

Politische Berichte



3

„Hartz 4“

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe: Bei langer Arbeitslosigkeit wird Absturz in die Armut zur Regel

7

Irak

Krise der Besatzung, Perspektiven des Widerstands

12

Kölner Grenzcamp gewaltsam aufgelöst

14

Aus der Diskussion der IG Metall

Hans-Jürgen Urban: „Zukunft des Sozialstaates – Eigenverantwortung und Finanzierung“

22

Franz Fühmanns „Saiäns-Fiktschen“



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210 112, 10501 Berlin. E-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 „Sozialabo“: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB
o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

BUNDESWEHR IM EINSATZ. Bald nach Ende der Sommerpause will die Bundesregierung den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan für ein Jahr verlängern. Struck gab jetzt erstmals zu, dass der Einsatz in absehbarer Zeit nicht beendet werde. Nach Informationen des „Handelsblatt“ wird derzeit die Verlängerung bis mindestens 2006 geplant. In NATO-Kreisen werde längst an einem Plan gearbeitet, welche Länder im Wechsel die Führung der Isaf-Truppe übernehmen können. Die Bundesrepublik Deutschland soll demnach noch vor 2006 zum zweiten Mal die Isaf führen. Schröder, der den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zum „zentralen Baustein deutscher Sicherheitspolitik“ erklärte, wies nebenbei auch darauf hin, dass immer noch Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan im Einsatz seien. – Der Bericht des „Erkundungsteams“ über den Kundus-Einsatz soll in Kürze erfolgen. Nach Vorlage des Berichts will die Bundesregierung entscheiden, unter welchem Mandat der Einsatz eines „Wiederaufbauteams“ aus Bundeswehrsoldaten erfolgen soll. Einige Grüne und SPD-Abgeordnete haben angekündigt, einer neuen Mission im Bundestag nicht zustimmen zu wollen, falls diese unter das Mandat „Enduring Freedom“ falle. Die Bundesregierung will das umgehen und plant, den bisher auf Kabul beschränkten Isaf-Einsatz entsprechend auszuweiten. – Wie Struck im Nachhinein bestätigte, war die Bundeswehr in den vergangenen Monaten auch in Algerien und später in Mali im Einsatz, zum Zweck der Geiselbefreiung. Ob die Bundeswehr bei dem jüngsten „Suchtrupp“ in der Region dabei ist, an dem neben algerischen und malischen Soldaten auch Amerikaner und Franzosen beteiligt sind und der die Geiselnehmer aufspüren soll, bleibt wiederum vorerst geheim.

FESTUNG EUROPA. Bundesinnenminister Schily hat bei einem Treffen mit seinem italienischen Amtskollegen Einzelheiten des „europäischen Projekts gegen illegale Einwanderung“ erörtert. Unter anderem verständigten sie sich auf die Einführung biometrischer Identifikationsmethoden wie digitale Abdrücke von Fingern und Iris. Einigkeit besteht innerhalb der EU schon längst, dass Flüchtlinge das Territorium der EU-Mitgliedsstaaten möglichst nicht mehr erreichen. Im Rahmen des Projekts „Nep tun“ sollen nun zukünftig sogenannte „Vorwarnposten“ im Mittelmeer vor den Küsten Spaniens und Griechenlands sowie auf italienischen Flughäfen „Informationen über illegale Einwanderer sammeln“. Das lässt sich die Bundesregierung was kosten; finanzschwache EU-Länder sollen bei der Sicherung der EU-Außengrenzen finanziell unterstützt werden. Geplant ist auch, dass Patrouillenboote demnächst bereits in libyschen Häfen und Gewässern Flüchtlingschiffe an der Abreise nach Europa hindern. –

Auch an der polnischen Ostgrenze hofft die Bundesrepublik nun eine „Schleuse des Menschen-smuggels“ zu verstopfen. Auf Drängen der EU und insbesondere der BRD tritt am 1.9. das neue polnische Einwanderungsgesetz in Kraft, das dem „Grenzschutz“ u.a. ermöglicht, bei der illegalen Einreise festgenommene Flüchtlinge nicht mehr wie bisher bis zu drei Monate, sondern ein ganzes Jahr lang einzusperren. Die BRD unterstützt Polen bei der Aufstockung des Grenzschutzes: Bis 2006 sollen 21 neue Grenzposten entstehen und gut 5000 Grenzschutzbeamte eingestellt werden, von denen rund 80% an der Ostgrenze eingesetzt werden.

WOHNRAUMNOT FÜR STUDIERENDE.

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) warnt, dass sich die jetzt schon äußerst angespannte Wohnraumsituation für Studierende im Wintersemester weiter verschärfen wird. Zwar bleibt die Zahl der Wohnheimplätze mit knapp über 220.000 einigermaßen konstant. Doch da die Zahl der Studienanfänger und ausländischer Studierender neue Rekorde erreicht – so soll allein die Zahl ausländischer Studierender um ca. 10.000 zunehmen –, rechnet das DSW damit, dass etliche Studierende zu Semesterbeginn ohne Wohnung sein werden. Insbesondere die ausländischen Studierenden sind auf Wohnheimplätze angewiesen. Hier fehlen nach Berechnungen des DSW bundesweit ca. 21.000 Plätze.

RÜRUP UND NOCH MEHR! Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unterstützt aufs Schärfste die Vorschläge der „Rürup-Kommission“, sieht darin aber nur erste Schritte. Ohne Abstriche müsste das Bruttorentenniveau von 48 auf 40% gesenkt, die abschlagsfreie Altersgrenze auf 67 Jahre angehoben werden. „Ergänzend“ müssten aber die Hinterbliebenenrente auf ihre „ursprüngliche Aufgabe“ zurückgestutzt werden, die beitragsfreien und „Rnten erhöhenden schulischen Anrechnungszeiten“ gestrichen, die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn heraufgesetzt sowie die Eigenanteile der Rentner an ihrer Kranken- und Pflegeversicherung angehoben werden, fordert die BDA.

KOPFTUCHURTEIL. Das Bundesarbeitsgericht hat das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hessen aufgehoben, das die Kündigung einer kopftuchtragenden Verkäuferin bestätigt hatte. Das LAG hatte der Eigentumsfreiheit aus Art. 14 Abs. 1 GG des Kaufhauses Vorrang vor der ebenfalls durch das Grundgesetz garantierten Glaubensfreiheit zugesprochen. Demgegenüber akzeptierte das BAG die Behauptung, das Kopftuchtragen schreckte Kunden ab, als bloße Vermutung nicht. Dass das Kopftuch bei Kunden und Kollegen Assoziationen zum Islam weckt, akzeptierte das BAG als Kündigungsgrund nicht.

Bei langer Arbeitslosigkeit wird Absturz in die Armut zur Regel

Falsche, aber hartnäckige Legenden

In der Debatte über die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe tritt neben den von Regierung, Arbeitgebern, CDU/CSU und FDP propagierten Gemeinheiten auch eine erstaunliche Unkenntnis über das geltende Arbeitslosenrecht zutage.

Selbst seriöse Medien befragen allen Ernstes ihr Publikum, ob Arbeitslose künftig schlechtere, weniger Qualifikation fordernde Jobs annehmen sollten. In Wirklichkeit stellt sich die Frage schon lange nicht mehr. Seit 1997 ist der „Berufsschutz“ im Arbeitslosenrecht aufgehoben. Paragraf 121 des „Sozialgesetzbuchs (SGB) III“ besagt kurz und brutal: „Einem Arbeitslosen sind alle seiner Arbeitsfähigkeit entsprechenenden Beschäftigungen zumutbar.“ Im gleichen Paragraf, Absatz 5, heißt es zur Bekräftigung: „Eine Beschäftigung ist nicht schon deshalb unzumutbar, weil sie befristet ist, vorübergehend eine getrennte Haushaltsführung erfordert oder nicht zum Kreis der Beschäftigungen gehört, für die der Arbeitnehmer ausgebildet ist oder die er bisher ausgeübt hat.“

Ähnlich unseriös ist die Frage, ob Arbeitslosen bei Verweigerung eines zumutbaren Jobs das Arbeitslosengeld gekürzt oder gestrichen werden soll. Auch das ist längst Praxis. Wer einen zumutbaren Job ablehnt, bekommt sofort eine Sperrzeit – in der Regel 12 Wochen – und in dieser Zeit keinen Cent.

Auch die Frage, ob Arbeitslose Einkommenssenkungen hinnehmen sollen, ist schon lange entschieden. Paragraf 121 SGB III besagt: In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit sind bis 20 Prozent niedrigere Einkommen „zumutbar“, in den nächsten drei Monaten bis zu 30 Prozent Einkommensverlust. Danach sind alle Jobs mit Einkommen in Höhe des Arbeitslosengelds (60 bzw. 67% vom alten Netto) oder der Arbeitslosenhilfe (53 bzw. 57%) zumutbar. Wer solche Jobs ablehnt, kriegt eine Sperrzeit von 12 Wochen, im Wiederholungsfall gibt's gar kein Geld mehr.

All das und viel mehr ist schon seit Jahren in Kraft. Geändert an der hohen Arbeitslosigkeit hat das bis heute nichts. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter – während der Lebensstandard von Arbeitslosen, zumal von Langzeitarbeitslosen, weiter sank.

Wiederholungstäter

Im Grunde ist die den Plänen der Regierung zugrunde liegende Philosophie – mehr Druck auf Arbeitslose hilft beim Abbau von Arbeitslosigkeit – seit Jahren

widerlegt. Trotzdem wird sie erneut aufgetischt – in einer bislang nicht gekannten Brutalität.

Über den Kreis der Betroffenen heißt es in dem seit Mitte August vorliegenden Entwurf des sog. „Hartz-4“-Gesetzes: „Insgesamt werden – Stand: September 2002 – rund 2,1 Millionen Haushalte mit rund 4,3 Millionen Personen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts haben.“ (Seite 91). Diese 4,3 Millionen Menschen sollen künftig auf Sozialhilfenebene leben – zusätzlich zu den mehr als eine Million SozialhilfeempfängerInnen, die aus Altersgründen, wegen dauernder Erkrankung oder aus anderen Gründen auch in Zukunft als „nicht erwerbsfähig“ eingestuft sind und deshalb ohnehin weiter auf Sozialhilfenebene leben.

Was der Regierungsentwurf verschweigt: Etwa eine Million Menschen, die bisher Arbeitslosenhilfe bezogen, wird aufgrund der schärferen „Bedürftigkeitsregeln“ des ALG II künftig gar kein Geld mehr erhalten. Opfer dieser Ausgrenzung von öffentlichen Leistungen werden vor allem Frauen, deren Partner normal verdient.

3,9 Milliarden Euro will die Regierung durch die Umstellung von Arbeitslosenhilfe auf ALG II jährlich „einsparen“. Umgerechnet auf die derzeit ca. 1,6 Millionen BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe heißt das: „Pro Kopf“ werden 2.400 Euro im Jahr weniger ausgezahlt. 80 Prozent aller Bezieher von Arbeitslosenhilfe werden mit dem neuen ALG II schlechter dastehen als vorher.

Alle Arbeit wird zumutbar, auch Zwangsarbeit

Bisher galten für Arbeitslose die geschilderten „Zumutbarkeitsregeln“. Für BezieherInnen von ALG II sollen dagegen künftig alle Schranken fallen. In § 2 des Regierungsentwurfs heißt es unmissverständlich: „Erwerbsfähige Hilfsbedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen haben in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten.“ In § 10 („Zumutbarkeit“) heißt es noch einmal: „Dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist jede Arbeit zumutbar.“ Bisher galt: Zumutbar sind nur tariflich oder „ortsüblich“ bezahlte Jobs, wenn die Bezahlung nicht schlechter ist als das bezogene Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. Diese Schranke fällt nun weg. Selbst schlechteste bezahlte Billigjobs sind in Zukunft zumutbar.

Ausdrücklich nennt der Entwurf auch

die sog. „gemeinnützige Arbeit“ (sprich: Zwangsarbeit), die bisher gegen SozialhilfebezieherInnen verhängt werden durfte. Sie droht nun allen BezieherInnen von ALG II. „Während der gemeinnützigen Arbeit erhält der erwerbsfähige Hilfebedürftige weiterhin das Arbeitslosengeld II zuzüglich einer Entschädigung für Mehraufwendungen“, heißt es auf Seite 113. Zur Vermeidung von offenen Verstößen gegen internationale Konventionen, die Zwangsarbeit verbieten, heißt es im nächsten Satz: „In diesem Fall wird ein Arbeitsverhältnis nicht begründet.“

Selbst Onkel und Tanten werden herangezogen

Bevor irgendwer aber das künftige ALG II erhält, schreibt der Gesetzentwurf wie bisher schon bei Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eine „Bedürftigkeitsprüfung“ vor. Wer mehr als 200 Euro pro Lebensjahr gespart hat, gilt als „nicht bedürftig“ und bekommt keinen Cent! Bei einem 40-jährigen Arbeitslosen reicht so ein „Vermögen“ von 8.200 Euro (Sparbuch, Girokonto plus z.B. Lebensversicherung), um zu dem Bescheid zu führen: „Sie haben keinen Anspruch auf ALG II! Verbrauchen Sie Ihr Vermögen und melden sich dann wieder!“

Ähnlich rigide ist die Anrechnung von sog. „Partnereinkommen“. Wer in einer Ehe oder „eheähnlichen Gemeinschaft“ (sprich: WG) lebt, dem wird alles Einkommen des Partners bzw. der Partnerin, das oberhalb des Sozialhilfenebene liegt, vom ALG II abgezogen. Im Ergebnis erhalten so vor allem Frauen, deren Partner ein „normales“ Einkommen bezieht, oft gar kein ALG II.

Selbst Onkel und Tanten werden, wenn sie in derselben Wohnung leben, zur „Einkommensanrechnung“ herangezogen. § 9, Absatz 4 des Gesetzentwurfs schreibt vor: „Leben Hilfebedürftige in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, so wird vermutet, dass sie von ihnen Leistungen erhalten.“

Insgesamt dürften durch diese beiden „Bedürftigkeitsprüfungen“ in Zukunft etwa 50 Prozent aller Arbeitslosen nach Ablauf des Arbeitslosengelds überhaupt kein ALG II erhalten und damit aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen.

Noch eine perfide Neuerung: Bisher galt die Zeit, in der Arbeitslose Arbeit suchten, auch dann als „Anwartschaftszeit“ für die spätere Rente, wenn sie keine Arbeitslosenhilfe bekamen. Das wird nun gestrichen. Wer kein ALG II erhält, für den gibt's auch keine Rentenanwartschaft – selbst wenn der oder die Betrof-

fene ständig Arbeit sucht. Noch ein Beitrag zur Ausbreitung von Altersarmut ...

ALG II als Darlehen, Umzug nur nach Genehmigung

Die übrigen 50 Prozent bekommen ALG II – auf Sozialhilfenebene. § 20 des Gesetzentwurfs legt fest: „Die monatliche Regelleistung beträgt für Personen, die alleinstehend oder alleinerziehend sind, in den alten Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) 297 Euro, in den neuen Bundesländern 285 Euro.“ Für „einmalige Bedarfe“ (z.B. einen neuen Kühlenschrank) gibt's analog zum Sozialhilfrecht zusätzlich eine monatliche Pauschale von „16 vom Hundert der ... maßgebenden Regelleistung“ (§ 23), umgerechnet 45 bis 48 Euro. Diese kolossale Mehrzahlung soll verwendet werden für „Instandsetzung von Bekleidung, Wäsche und Schuhen, Beschaffung von Brennstoffen für Einzelheizungen, Beschaffung von Lernmitteln für Schüler, Instandsetzung von Hausrat in nicht kleinem Umfang, Instandhaltung der Wohnung sowie für Beschaffung von Gebrauchsgütern von längerer Lebensdauer und höherem Anschaffungswert“ (ebenda), sprich: für Luxusgüter jeder Art.

Damit das Lotterleben der Arbeitslosen nicht überhand nimmt, haben die Beamten des Wirtschaftsministeriums aber noch ein paar Sperren eingebaut. Was ist zum Beispiel, wenn die Mehrbedarfspauschale nicht reicht für den neuen Kühlenschrank? Dann, so § 23, „ist der erwerbsfähige Hilfebedürftige auf das Vermögen ... zu verweisen. Soweit dieses Vermögen im Einzelfall nicht oder nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung steht, erbringt die Agentur für Arbeit bei entsprechendem Nachweis den einmaligen Bedarf als Sachleistung oder als Geldleistung in Form eines Darlehens.“ Mit anderen Worten: Die Bundesanstalt kauft gebrauchte Kühlgeräte („hierbei besteht grundsätzlich kein Anspruch auf fabrikneue Gegenstände“, so auf Seite 120 des Entwurfs) oder lehnt ihnen Geld für solche Anschaffungen. Im letzteren Fall ist der „Mehrbedarfzuschlag“ von 45 oder 48 Euro im Monat rasch wieder auf die Hälfte gestrichen, denn: „Das Darlehen wird durch monatliche Aufrechnung in Höhe von 50 vom Hundert der ... Pauschale getilgt.“ 297 Euro plus halber Zuschlag, zusammen ca. 320 Euro, sollen dann zum Leben reichen.

Der Einfall, bei Menschen in Not selbst so minimale Beträge wie die Mehrbedarfspauschale noch zur Tilgung von Krediten heranzuziehen, ist eine von vielen Gemeinheiten in dem Gesetzentwurf.

Die Beamten aus dem Hause Clement haben aber noch mehr Einfälle. Zum Beispiel sollen BezieherInnen von ALG II nur noch umziehen dürfen, wenn sie eine Genehmigung erhalten haben. § 22 schreibt vor: „Vor Abschluss eines Vertrages über eine neue Unterkunft soll der erwerbsfähige Hilfebedürftige die Ein-



Bild: res

willigung der Agentur für Arbeit zu den Aufwendungen für die neue Unterkunft einholen; die Agentur für Arbeit ist nur zur Zustimmung verpflichtet, wenn der Umzug erforderlich ist und die Aufwendungen für die neue Unterkunft angemessen sind.“

Schärfer als das geltende Sozialhilfrecht sind die Regelungen für die Übernahme von Mietschulden. Bisher hatten Sozialhilfebezieher Anspruch auf die Übernahme von Mietschulden, um zu vermeiden, dass sie obdachlos werden. Diese Regelung wird im Entwurf ausdrücklich nicht übernommen. Wörtlich heißt es auf Seite 115/116, dass „keine Schulden des Hilfebedürftigen übernommen werden. Dies gilt – insoweit im Gegensatz zur Sozialhilfe – auch für die Übernahme von Mietschulden im Fall der Räumungsklage, wenn hierdurch Wohnungslosigkeit verhindert oder beseitigt werden kann.“ In Zukunft sollen solche Schulden nur „darlehensweise“ übernommen werden und nur in Fällen, „in denen der aufgrund von Mietschulden drohende Verlust der Wohnung die Aufnahme einer konkreten Beschäftigung verhindern würde“. Wer also keinen Ausicht auf einen Job hat, dem hilft das Amt auch nicht gegen drohende Obdachlosigkeit.

Auch Mehrkosten für Kranke werden seltener übernommen. Für Diabetiker z.B. räumt das Sozialhilfrecht einen Mehrbedarf wegen höherer Ernährungskosten ein. Das neue ALG II ist auch da schärfer: Laut § 21 des Entwurfs gibt's nur dann einen Zuschlag, wenn „der Bedarf an kostenaufwändiger Ernährung einen Betrag von 50 vom Hundert der ... Regelleistung übersteigt“. Mit anderen

Worten: Nur wer einen Mehrbedarf für Ernährung von über 143 bzw. 149 Euro im Monat nachweist, bekommt künftig einen Zuschlag.

Selbst die neuen „Kinderzuschläge“ gibt's nur befristet und für einen kleinen Teil von Familien. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund hatten darauf hingewiesen, dass durch das geplante ALG II die Zahl der in Armut aufwachsenden Kinder von 1 Million auf etwa 1,5 Millionen ansteigen werde. Die Regierung hatte sich dagegen mit dem Hinweis verteidigt, sie plane einen „Kinderzuschlag“ von monatlich 140 Euro. Was sie dabei verschwiegen hat: Im neuen § 6a des Bundeskindergeldgesetzes heißt es: „Der Gesamtkindergeldzuschlag wird längstens für 36 Monate gezahlt.“ Nach 3 Jahren Kinderzuschlag ist also Schluss mit lustig.

Ohnehin wird der Zuschlag nur an Familien gezahlt, die bis knapp über Sozialhilfenebene leben. Der DGB geht davon aus, dass nur ca. 150.000 Kinder in den „Genuss“ der neuen Zahlung kommen.

Als „Pluspunkt“ ihrer Reform streicht die Regierung auch die Einbeziehung der SozialhilfebezieherInnen in die Sozialversicherungen, vor allem die Rentenversicherung, heraus. Tatsächlich zahlt die Agentur für ALG-II-Bezieher künftig monatlich nur 78 Euro an die gesetzliche Rentenversicherung. Das entspricht dem Beitrag für einen Monatsverdienst von 400 Euro. Mit anderen Worten: Rentenrechtlich werden ALG-II-Bezieher den Minijobbern gleichgestellt. Pro Jahr, so der DGB, beläuft sich so die „Rentenarbeitswirtschaft“ auf 5,60 Euro im Monat.

Erben müssen ALG II zurückzahlen!

Eine Gemeinheit besonderer Güte haben sich die Beamten auch einfallen lassen für den Fall, dass BezieherInnen von ALG II sterben. In dem Fall tritt das Arbeitsamt nämlich an die Erben der Verstorbenen heran und verlangt das vor dem Tod gezahlte ALG II zurück! Wörtlich heißt es in § 35: „Der Erbe eines Empfängers von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist der Agentur für Arbeit zum Ersatz der Leistungen verpflichtet, soweit sie innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall erbracht worden sind.“

Ähnlich rigide soll die Agentur künftig mit Unterhaltsansprüchen umgehen. Alle Unterhaltsansprüche gegen Eltern und Kindern müssen künftig bei Antragstellung an die „Agentur für Arbeit“ abgetreten werden. Die verklagt dann Kinder und Eltern.

Da sage noch jemand, diese Regierung sei auf dem Gebiet der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung nicht einfallsreich! Den Reichen alles lassen, den Armen alles nehmen – das neue ALG II macht's möglich!

Bei Störigkeit: Abzüge bis 40 Prozent oder Lebensmittelgutscheine

Vielfalt und Einfallsreichtum zeichnen

den Gesetzentwurf auch auf den Gebieten aus, wo es um Strafen gegen widerborstige ALG-II-Bezieher geht. Wer einen zumutbaren Job ablehnt, wer nicht pünktlich zum Termin beim Arbeitsamt erscheint, wer angebliche „Qualifizierungsmaßnahmen“ – und seien sie auch noch so unsinnig – verweigert, dem drohen in Zukunft sofort 30 Prozent Abzüge, im Wiederholungsfall sogar 40 Prozent. Netto müssen solche Menschen dann mit weniger als 200 Euro im Monat auskommen (plus Warmmiete). Dass der Mensch von 200 Euro im Monat nicht leben und nicht sterben kann, wissen die Verfasser des Gesetzes auch. Und wieder haben sie vorgebaut: „Bei einer Minderrung der Regelleistung um mehr als 30 Prozent kann die Agentur für Arbeit in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen, insbesondere in Form von Lebensmittelgutscheinen, erbringen.“ (Seite 30) Da sage noch jemand, deutsche Beamte denken nicht an alles!

Kahlschlag gegen Arbeitslose und massiver Druck auf Beschäftigte

„Die Agenda 2010 ist der massivste sozialpolitische Kahlschlag seit Bestehen der Bundesrepublik“, hat die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Barbara Stolterfoht, kritisiert. Sie hat Recht. Wobei sich schon abzeichnet, dass die von der Regierung erhoffte „Wende am Arbeitsmarkt“ nicht eintreten wird. Wirtschaftsinstitute kündigen für nächstes Jahr zwar etwas Wachstum an, aber ohne Arbeitsmarkteffekt. Mit anderen Worten: Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter steigen. Damit und mit der auch in den anderen Agenda-Gesetzen betriebenen sozialen Ausgrenzung tritt an Stelle des von der Regierung behaupteten „Job-Effekts“ ein anderer Effekt, der „Drehtür-Effekt“, die Ersetzung von tariflichen, regulären Jobs durch Billigjobs jeder Art. Die tariflich gesicherte Normalarbeit gerät noch mehr ins Rutschen.

Entsolidarisierung

Der „Rückbau des Sozialstaates“, wie die rot-grüne Regierung diesen Abbau sozialer Bürgerrechte scheinheilig nennt, macht die gesamte Gesellschaft hierarchischer, unsolidarischer, autoritärer. Arbeit wird für wachsende Teile der Bevölkerung wieder zu ungeschützter Zwangsarbeit. Trotzdem trifft das Hartz-4-Gesetz – wie die gesamte „Agenda 2010“ – nicht alle gleichermaßen. Das Gesetz wirkt spaltend. Für Unternehmen ist die Botschaft klar. Ihre Abzugslast sinkt. Für abhängig Beschäftigte dagegen lautet das Angebot der Regierung: weniger Abzugslast gegen weniger soziale Sicherheit. Beschäftigte, die sich in ihrem Job sicher fühlen, die jung und gesund sind, lockt die Senkung der Abzugslast. Allen anderen – vor allem in Gebieten mit ohnehin hoher Arbeitslosigkeit – droht in Zukunft dauerhaft mehr Unsicherheit und mehr Armut.

Hamburg

Schill out – Rechts- senat macht weiter

Die Hamburger Rechtskoalition aus CDU/FDP/Schill-Partei ist wild entschlossen, nach dem infamen Erpressungsversuch Schills und seiner Entlassung weiterzumachen. SPD und GAL fordern Neuwahlen, über ihren Antrag stimmt die Bürgerschaft Anfang September ab. Aber nicht nur wegen der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft scheinen Neuwahlen gegenwärtig eher unwahrscheinlich.

In der vermacheten Öffentlichkeit findet die Fortsetzung der Rechtskoalition Rückhalt. Die Springer-Presse, die Schill seinerzeit den Weg in Bürgerschaft und Senat wesentlich gebahnt hatte, gibt beidem, der Entmachtung Schills und der Fortsetzung der Koalition, volle Rückendeckung. Von der *Welt* und *Bild* in Auftrag gegebene Meinungsumfragenpuschen die CDU, die aus den letzten Wahlen nur als zweitstärkste Partei hervorging, als stärkste politische Kraft. (Welt, 22.8.) Nicht zuletzt die Organisationen des Kapitals wollen die Fortsetzung des Rechtssenats. Die Welt (20.8.) zitiert den Hauptgeschäftsführer der in Hamburg sehr mächtigen Handelskammer, Schmidt-Trenz, mit den Worten: „Die Stadt braucht stabile Verhältnisse. Wir gehen davon aus, dass der Bürgermeister

alles unternimmt, dies sicher zu stellen. Die Koalition hat sich bislang durch eine begrüßenswerte Reformfreude ausgezeichnet, wobei es bei der Umsetzung und im Marketing durchaus Verbesserungspotentiale gibt.“

CDU und FDP hatten durchaus gewusst, wen sie sich mit Schill vor zwei Jahren ins Boot holten. Dass der rechte Führergedanke und ordinäres Verbrechen in der Gestalt des Führers oft unmittelbar miteinander verquickt sind, lehren nicht nur die Geschichte und aktuelle Fälle in Europa, das hatte sich bei Schill auch damals, vor zwei Jahren, schon abgezeichnet. Das hat die Bürgerlichen nicht davon abgehalten, die Schill-Partei regierungsfähig zu machen. Sie benötigten sie – wegen der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft, aber auch programmatisch und als Peitsche zur Durchsetzung ihres Konzepts der imperialistischen Metropole, für das mit dem „Leitbild: Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ geworben wird. Wenig charakterisiert das Konzept besser als die Tatsache, dass es zu seiner Durchsetzung der Schill-Partei bedarf. Das „Leitbild“ des Senats basiert auf der Zertrümmerung der sozialen Hilfesysteme, auf Deregulierung, Privatisierung und Abstoßen von Aufgaben der Daseinsvorsorge, und es geht mit schroffer Polarisierung der sozialen Gegensätze, mit Angriffen auf die kulturelle Vielfalt und Unterdrückung von Protest und Widerstand einher. Für die dafür notwendige Brutalität der Senatspolitik steht in allererster Linie die Schill-Partei. Deshalb halten Beust & Co. weiterhin an der Koalition fest, auch wenn anzunehmen ist, dass die Schill-Partei ohne ihren Führer – oder mit entmachtetem Führer – über kurz oder lang auseinander fällt. Vorerst hat sein Nachfolger im Amt des Innensenators die Fortsetzung des Kursses der Repression angekündigt.

Rot-Grün fehlt die Überzeugungskraft. Es ist nicht recht ersichtlich, welche Alternativen zum Rechtssenat SPD und GAL eigentlich zu bieten haben. Um die Anliegen der Wirtschaft voranzubringen, fehlt es ihnen an der „Reformfreude“, die die Handelskammer kategorisch einfordert und dem Rechtssenat gerne bescheinigt. Da nutzt ihnen in diesen Kreisen wenig, dass sie ein ums andere Mal unter Beweis gestellt haben, dass sie gegen die Armen und Ärmsten vorzugehen bereit sind. Nötig sind jetzt Gegenkonzepte, die sich den durch die gesellschaftlichen Entwicklungen aufgeworfenen Fragen stellen und Schritte im Sinne des Gegenleitbildes der „Solidarischen Stadt“ ausarbeiten. Da hat Rot-Grün nichts zu bieten, im Gegenteil.

Aber auch die Diskussion der Hamburger Linken ist nicht besonders weit entwickelt, und die durchaus vielfältigen sozialen und politischen Oppositionsbewegungen entwickeln – bisher jedenfalls – zu wenig Kraft, um den Rechtssenat ernsthaft in Probleme zu bringen. Sie



sollte, wenn es nicht doch noch zu Neuwahlen kommt, die Zeit gut nutzen, um in allerspätestens zwei Jahren anders dazustehen als heute.

Christiane Schneider, Landessprecherin der PDS Hamburg (leicht überarbeitete Fassung eines Artikels aus dem Landesinfo der PDS Hamburg)

„Zentrum gegen Vertreibung“

Eine gespenstische Debatte

Dem „Bund der Vertriebenen“ ist es gelungen, mit seiner Kampagne für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ eine gespenstische Debatte loszutreten. Im September 2000 war der Bund mit seinem Plan an die Öffentlichkeit getreten. Als Kontrapunkt gegen das Holocaust-Mahnmal sollte in Berlin ein Zentrum errichtet werden, das „einen Gesamtüberblick über die Vertreibung der mehr als 15 Millionen Deutschen geben und der Aufarbeitung dieses einschneidenden Teils deutscher und europäischer Geschichte dienen“ solle. 160 Millionen DM will der BdV für sein Projekt aus öffentlichen Mitteln bekommen. Grundlage des Zentrums soll dabei die Charta des BdV sein. Diese 1950 beschlossene Charta spricht von den deutschen „Heimatvertriebenen als den vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“. Nur fünf Jahre nach den millionenfachen Morden der NS-Zeit, nach Holocaust, NS-Besatzungsterror und Zwangsarbeit verabschiedet, ist die Charta ein erschreckendes Dokument der Bagatellisierung der NS-Zeit und ihrer Verbrechen, ein Dokument der Verdrehung und Fälschung von Geschichte.

Trotzdem ist es dem BdV seitdem gelungen, einen illustren Unterstützerkreis für sein Vorhaben zu sammeln (www.z-g-v.de). Angefangen vom früheren SPD-Generalsekretär Peter Glotz gehören dem Beirat des Projekts inzwischen u.a. Joachim Gauck, Ex-Leiter der nach ihm benannten Behörde, Otto von Habsburg, Prof. Guido Knopp, Redaktionsleiter ZDF-Zeitgeschichte, der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff, Freya Klier, der Journalist Peter Scholl-Latour, Prof. Michael Wolffsohn von der Universität der Bundeswehr in München, Tilman Zülch, Vorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker, und der Völkerrechtler Prof. Tomuschat von der Berliner Humboldt-Universität an, jener Völkerrechtler, der kürzlich auf Bitte der Bundesregierung Gutachtete, dass italienische Militärinternierte zwar in den letzten Kriegsjahren zu Zwangsarbeit unter furchtbarsten Bedingungen gezwungen waren, aber keinen Anspruch auf Entschädigung für ihr Leid hätten.

Bei der Verleihung des neugestifteten „Franz-Werfel-Menschenrechtspreises“



„Deutschlandtreffen“ der Ostpreußischen Landesmannschaft

im Juli dieses Jahres gelang es dem BdV sogar, den Kölner Schriftsteller Ralph Giordano und den Grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit für seine Jury zu gewinnen.

Als der SPD-Abgeordnete Markus Meckel kurz danach mit polnischen, tschechischen und deutschen Schriftstellern öffentlich mit der Forderung auftrat, kein deutsches „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu errichten, sondern ein europäisches Zentrum in Tschechien oder im polnischen Wroclaw (früher: Breslau), fielen der BdV und seine Freunde massiv über Meckel und seine Freunde her. Meckel habe „mutwillig Unfrieden“ gestiftet, kritisierten der Historiker Arnulf Bahrung und der frühere Berliner CDU-Vorsitzende und jetzige Direktor des Deutschen Museums, Christoph Stölz. Das Zentrum werde so „zerredet“ und am Ende nie realisiert werden. Meckel dagegen fand Unterstützung bei der regierungsnahen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Selbst die Bundesregierung ist seitdem gespalten. Innenminister Schily unterstützt den BdV, die Staatsministerin für Kultur, Christina Weiss, unterstützt Meckel. Ein Zentrum in Berlin würde „germanozentrisch“, werde über kurz oder lang Holocaust und Vertreibung als gleichartige Verbrechen darstellen und damit jede kritische Sicht auf die Geschichte und jede Unterscheidung von Tätern und Opfern der NS-Zeit zu unterbinden suchen, berichtete die *Welt am Sonntag* am 27. Juli über Positionen der Kritiker des BdV-Projekts. Peter Glotz schlug am nächsten Tag im *Morgenecho* von WDR-5 vor, zwei Zentren zu errichten – eines in Berlin und eines in Breslau. Das Zentrum sei keineswegs „eine Art Gegenveranstaltung zum Holocaust-Mahnmal.“

Am 13. August schaltete sich Kanzler Schröder ein. Mit einem Zentrum in Berlin „liefe man Gefahr, das Unrecht, das Deutschen widerfahren sei, in den Vordergrund der Debatte zu stellen“. Eine „europäische Debatte sei angemessener“. Außenminister Fischer schloss sich wenige Tage später an. Auch der tschechische Premier Vladimir Spidla lehnte das Zentrum in Berlin ab. „Die Wahl von Berlin würde die Zeitfolge von Ursache und Wirkung verdrehen.“ BdV-Chefin

Steinbach, unterstützt von CSU-Chef Stoiber und CDU-Chefin Merkel, warf Schröder darauf „Angst vor unseren Nachbarn“ vor – ein bemerkenswerter, weil im Grunde seine Urheberin entlarvender Vorwurf. Ausgerechnet im Berliner Stadtteil Kreuzberg hat der BdV eine Immobilie für sein Projekt ins Auge gefasst – ein Gasometer, 1941 zum Luftschatzbunker umgebaut und danach zeitweilig als Flüchtlingslager und Lebensmittellager genutzt. Eine erste Anfrage des BdV beim zuständigen Steuerungsausschuss des Bezirks wurde dort erst einmal ignoriert. Vor einer Entscheidung der Bundesregierung gebe es keinen Beratungsbedarf, beschied das Gremium. Danach müsse der Senat von Berlin seine Position als Eigner festlegen, und erst dann gebe es Beratungsbedarf im Ausschuss.

Welches gespenstische Geschichtsbild die Verfechter des Berliner „Zentrums“ der BdV noch heute umtreibt, ist ihrer neuesten Erklärung vom 13.8.2003 (nachzulesen unter www.z-g-v.de) zu entnehmen. Obwohl allein die Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten 127 Milliarden DM als „Lastenausgleich“ an deutsche „Kriegsgeschädigte“ gezahlt hat – hinzu kommen die vermutlich noch höheren Aufwendungen der Länder und Kommunen –, wird dort allen Ernstes behauptet, es gehe den Initiatoren mit der Errichtung des Berliner Zentrums vor allem „darum, den deutschen Vertriebenen jenes Maß an Mitgefühl zu signalisieren, das ihnen in den letzten Jahrzehnten weitgehend verweigert wurde“. Der Vorwurf angeblich fehlenden Mitgefühls dient den Vertriebenenfunktionären seit Jahrzehnten dazu, von ihrer Kumpane mit allen Verfechtern deutscher Großmachtpolitik gen Osten abzulenken, ihre Schönfärberei der NS-Zeit fortzusetzen, die Mitwirkung vieler Deutscher an den NS-Verbrechen in Osteuropa zu vertuschen und ihre Ansprüche auf Rückgabe verlorener Vermögen und Gebiete in Osteuropa weiter aufrecht zu erhalten.

Der letzte noch lebende Führer des Warschauer Getto-Aufstandes von 1943, Marek Edelmann, hat sich scharf gegen ein solches Berliner Zentrum verwahrt. „Die Deutschen haben mit der Vertreibung für Hitler bezahlt“, sagte der 82-Jährige der polnischen Zeitung *Gazeta Wyborcza*. Die Debatte jetzt, ein halbes Jahrhundert nach dem Krieg, sei „eine rein politische Sache“.(*Berliner Zeitung*, 19.8.2003).

Das ist sie in der Tat. Und ein Beispiel dafür, welche gespenstischen Absichten noch heute maßgebliche politische Kräfte in Regierung und Opposition bei inner- und außenpolitischen Fragen bewegen. Der Geist der Revanche ist anscheinend nicht totzukriegen.

rü

Quellen: Neues Deutschland, 2.7.03, Welt am Sonntag, 27.7.03, Tagesspiegel, 29.7.03 und 17.8.03, Berliner Zeitung vom 14.8., 16./17.8. und 19.8.03

Krise der Besatzung, Perspektiven des Widerstands

Der Angriff auf das UN-Hauptquartier in Bagdad hat der Welt die dramatische Entwicklung der Situation im Irak vor Augen geführt. Die Besatzungsmacht wird trotz anhaltend großen Truppenaufmarsches der Lage nicht Herr. Sie hat kein Konzept für den Aufbau des Irak. Das zeigt sich bis in die Einzelheiten. Fast täglich muss der US-Zivilverwalter Bremer zuvor getroffene Entscheidungen widerrufen. So entließ er zunächst die 436 Professoren, die Mitglieder der Baath-Partei gewesen waren, um viele von ihnen kurz darauf wieder einzustellen, weil bei der Wiedereröffnung der irakischen Universitäten nicht genügend qualifiziertes Lehrpersonal zur Verfügung stand. Alle Erfolgsmeldungen erweisen sich binnen kurzem als überholt oder von vornherein getürkt. Nach wie vor gelingt es den USA nicht, auch nur die wichtigsten Einrichtungen der Infrastruktur in Gang zu halten. Ihr rüdes Besatzungsregime macht sie auch bei den Irakis verhasst, die den Sturz des Saddam-Regimes begrüßen. Immer wieder erschießen durch tagtägliche Angriffe zunehmend übernervöse und aggressive US-Soldaten irakische Zivilisten, schießen auf Demonstrationen, auf denen Tausende, manchmal Zehntausende gegen die Besatzungsmacht protestieren.

Man mag argumentieren, dass der Anschlag auf das UN-Hauptquartier aus der Tatsache resultiert, dass sich die UNO zur einflusslosen Handlangerin eines völkerrechtswidrigen Besatzungsregimes degradieren ließ.¹ Aber das erklärt nicht alles. Auch internationale Hilfsorganisationen oder ausländische Zivilisten sind Angriffsziele. Unter anderem wurden zwei Mitarbeiter des Roten Kreuzes ermordet, einer von ihnen kam aus Sri Lanka und war in einem klar gekennzeichneten Rot-Kreuz-Wagen auf einer Autobahn unterwegs. Der Journalist Robert Fisk, der für den britischen *Independent* aus dem Irak berichtet, schreibt: „In Wirklichkeit richtete sich die gestrige Attacke (gegen die UNO – Verf.) ... gegen Amerika – sie sollte beweisen, unter der US-Besatzungsherrschaft kann sich keine ausländische Organisation sicher fühlen – keine humanitäre Organisation, keine NGO, kein Geschäftsmann.“² So ernten die USA als Besatzungsmacht, was sie als Kriegsmacht säten, indem sie mit überwältigender Übermacht über den Irak herfielen, ohne bedroht oder gar angegriffen worden zu sein.

Aber wie stark sind die Widerstandskräfte, die eine demokratische Alternative zu endloser Besatzung und Mediatis-

sierung aufzeigen könnten? Der Irak, schreibt Fisk, durchlebt „eine Tragödie epischen Ausmaßes“.³ Mord, Totschlag, Vergewaltigungen, Diebstahl, Plünderei sind an der Tagesordnung. Die alte Ordnung ist zusammengebrochen, eine neue nicht in Sicht. So scheint es jedenfalls. In einer solchen Situation ist es hilfreich, eine authentische Stimme des Widerstands aus dem Irak selbst zu dokumentieren. scc

1 So etwa Andreas Zumach in der Schweizer Wochenzeitung.

2 Robert Fisk, Der Kollaps des Irak, Independent / ZNet 21.8.03, Übersetzung von Andrea Noll

3 Robert Fisk, Irak funktioniert nicht, Independent / ZNet 02.8.03, Übersetzung Andrea Noll

Dokumentiert: Auszüge aus der Erklärung des Zentralkomitees der Irakischen Kommunistischen Partei vom 24./25. Juli

(...) Die beste Methode, um die gegenwärtige Krise zu überwinden, die aus dem Kollaps der Diktatur resultiert, besteht in der Forderung nach Bildung einer irakischen Übergangsregierung, die alle Teile der Gesellschaft repräsentiert und wirkliche Macht besitzt. Dies wäre das Ergebnis einer nationalen Konferenz, die alle politischen, ethnischen, religiösen Gruppen des irakischen Volkes umfassen müsste. Nur auf diese Weise kann eine Regierung in die Lage versetzt werden, die zahlreichen schwierigen und dringenden Aufgaben zu lösen, wie u.a. die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, ein Wahlsystem aufzubauen und den Dialog mit den USA zu führen mit dem Ziel der Beendigung der Besatzung. (...)

Der gegenwärtige Regierungsrat hat zweifellos begrenzte Macht und ist nicht im Geringsten mit der viel gewünschten Übergangsregierung zu vergleichen. Jedoch, dass die USA überhaupt die Forderung der Menschen nach Einrichtung dieses Rats mit wirklichen Machtbefugnissen akzeptiert hat, deutet darauf hin, dass der Regierungsrat in nächster Zukunft mehr Macht erhalten kann in seiner Auseinandersetzung mit der provisorischen Regierung der Kriegs-Koalition. Die Tatsache, dass der Regierungsrat mehr einer „Kampfarena“ gleicht als einer endgültigen und konstanten Institution, war einer der Hauptgründe für unsere dringende Forderung der letzten Wochen nach Einberufung einer Versammlung aller irakischen politischen Parteien und Kräfte, um die allgemeine Situation im Land zu diskutieren: politische Spannungen, Verschlechterung der Dienstleistungen und des Lebensstandards, sowie die Maßnahmen, um all dieses zu beenden und Vertrauen und Hoffnung unter dem irakischen Volk zu schaffen.

Für das ZK und die Irakische Kommunistische Partei waren bei der Entscheidung, dem Regierungsrat anzuge-

hören, folgende Fakten ausschlaggebend: Alle anderen irakischen politischen Parteien und nationalen und religiösen Gruppierungen im Land wollten an ihm teilnehmen, auch solche, die ausgeschlossen waren. (...)

Es muss jedoch betont werden, dass die Beteiligung am Regierungsrat in seiner existierenden Form keine Alternative zur Errichtung einer nationalen Übergangsregierung darstellt. Letzteres bleibt unser Ziel. Der Regierungsrat bleibt ein Kompromiss und ist ein Schritt in Richtung einer unabhängigen irakischen Regierung, und er muss den Weg bereiten zur Ausarbeitung eines patriotischen demokratischen Programms, das letztendlich das Land in ein vereinigtes und föderales Irak umwandelt.

Das ZK hat außerdem ... ein paar sehr wichtige Punkte für die gegenwärtige Entwicklung des Landes, die dringender Lösung bedürfen, angesprochen:

Während das irakische Volk den Fall von Saddam Hussein und seinem Regime enthusiastisch begrüßte, hat es andererseits keineswegs die Invasoren willkommen geheißen. Bis heute ist die Mehrheit der Iraker gegen die Besatzung und wünscht ihr rasches Ende.

Unsere Haltung zur Besetzung

Die UN-Charta garantiert das Menschenrecht des Widerstands gegen Besetzung. Dies verleiht dem irakischen Volk, das dem Besatzungsregime gemäß der Sicherheitsrats-Resolution 1483 unterworfen ist, das legitime Recht, verschiedene Formen des Kampfes auszuüben, um schnell die Besetzung zu beenden und seine nationale Souveränität herzustellen. Jedoch, im Gegensatz zu den Behauptungen einiger Medien heißt Widerstand gegen die Besetzung nicht, dass nur gewalttame Mittel angewandt werden, sondern beinhaltet auch verschiedene andere Formen des friedlichen politischen Kampfes. Die Geschichte lehrt uns, dass das Volk nur dann zum bewaffneten Kampf greifen muss, wenn alle friedlichen Mittel ausgeschöpft sind.

Verschiedene Optionen und Möglichkeiten stehen unsrem Volk heute zur Verfügung, um einen friedlichen politischen Kampf zu führen. Dutzende von Parteien, politische, gewerkschaftliche und Besatzungsorganisationen als auch andere zivilgesellschaftliche Institutionen wurden ins Leben gerufen. Angesichts der augenblicklich verfügbaren Freiheiten betrachten die patriotischen Kräfte aller Schattierungen und Farben, einschließlich unserer Partei, gewalttame Mittel als unangemessen, solange die friedlichen Mittel noch nicht ausgeschöpft sind.

Außerdem können bewaffneten Operationen unter den vorherrschenden Bedingungen dem Ziel der schnellst möglichen Beendigung der Besetzung schaden. Im Gegenteil, solche Operationen schaffen einen Vorwand für die Besatzungsmächte, ihre Präsenz zu verlän-

gern. Darüber hinaus verlängern diese Operationen die Atmosphäre der Spannung, der Angst und Sorge in unserem Volk. Sie schaden auch den Anstrengungen, Verhandlungsbedingungen mit den Besatzungsbehörden zu schaffen, um die Besatzung zu beenden und einen Zeitplan für den Rückzug der Besatzungskräfte zu erstellen.

Es ist legitim, danach zu fragen, was Sabotage mit Widerstand zu tun hat, wenn sie direkt gegen die Elektrizitäts-, Gas- und Ölversorgung sowie andere öffentliche Dienstleistungen gerichtet ist und damit die miserablen Lebensbedingungen von Millionen Irakern noch mehr verschlechtert. Solche bewaffneten Operationen werden auch von den Überres-

ten des zusammengebrochenen Regimes benutzt, weil sie davon träumen, wieder an die Macht zurückzukehren. Auf der anderen Seite ist es kein Wunder, dass Machtmisbrauch und Gewaltexzesse der Besatzungsmächte wiederum gewaltsame Reaktionen in Form von bewaffneten Operationen hervorrufen. Es ist notwendig, unter den Gruppen und Kräften zu unterscheiden, die bewaffnete Operationen ausführen. Gleichzeitig ist es ein grober Fehler zu glauben, dass Gegengewalt und Repression diese bewaffneten Aktionen stoppen könnten. Der Weg zur Lösung dieses Problems liegt vor allem darin, Vorbereitungen für eine baldige Übergabe der Macht an die Iraker zu treffen und ein demokratisches

System im Land aufzubauen. (...)

Bezüglich des föderalen Systems:

Wir müssen betonen, dass unsere Partei nicht gegen die Dezentralisierung oder gegen den administrativen Föderalismus ist, der Macht an die lokalen Behörden im Land auf Kosten der Zentralmacht verleiht. Aber für die kurdische Region bedeutet dies etwas anderes. Beim kurdischen Volk geht es um nationale Rechte, die im Rahmen lokaler administrativer Macht nicht erreicht werden können. Man muss an einem föderalen System arbeiten, das die nationalen Besonderheiten des Volkes in dieser Region berücksichtigt. Dies beinhaltet keinen Widerspruch zur Dezentralisierung. (...)

„Wenn die Amerikaner Erfolg haben, dann ist der Irak künftig ein Dorado für deutsche Unternehmen“

Schon im April – der Bär war noch nicht erlegt und der Konflikt zwischen der „Koalition der Willigen“ und den „Unwilligen“ schien so tiefgreifend, dass so mancher die deutschen Unternehmen im Irak auf lange Zeit ausgebootet sahen –, schon im April also meldete die *Financial Times Deutschland* (16.4.): „Deutsche Industrie erwartet Irak-Bonanza“. Und: „Keine Spur von Angst vor einer Blockade durch die USA“. Die deutschen Firmen rechneten damit, so die *FTD*, ihre Erfahrungen mit Geschäften im Nahen Osten ausspielen zu können und nach einiger Zeit, wenn es dann um den Aufbau von Industriestrukturen gehe, kräftig mitmischen zu können. Wenige Monate später, am 8.8., sah das Finanzblatt die kühnsten Hoffnungen noch übertroffen: „Geschäfts-chancen im Irak besser als erwartet“. Zu diesem Ergebnis war eine Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) gekommen.

Die Ursachen für den sich abzeichnenden Irak-Boom:

Zum einen hatte die US-Regierung den Zuschlag für die ersten Großaufträge zwar ausschließlich an US-Konzerne erteilt. Die aber vergeben einen Großteil des Auftragsvolumens an Subunternehmer, der Baugigant Bechtel zum Beispiel 90% des 680 Mio.-\$-Auftrags, darunter Aufträge für die Instandsetzung von Kraftwerken oder die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie Bagdad-Mosul-Yurubiyah, die den Irak mit der Türkei verbindet. Der BDI rät deutschen Unternehmen allerdings eher ab. Die US-Konzerne verlangten häufig die Unterzeichnung sehr weitreichender Klauseln, die Geschäfte mit so genannten „Schurkenstaaten“ wie Libyen oder Iran verbieten, also das Ge-

schäft mit dem gesamten Mittleren Osten beeinträchtigen könnten.

Zum zweiten und langfristig wichtiger: Die USA sind dazu übergegangen, ihre Zivilverwaltung im Irak viele Aufträge international ausschreiben zu lassen. Auch damit tragen sie die Verflechtung der Weltwirtschaft Rechnung, die die Aussperrung von anderen als US-Unternehmen tatsächlich nicht zulässt. Derzeit geht es um Projekte wie Mobilfunklizenzen, die Sicherung der Ölfelder, die Renovierung großer Hotelbauten, die Ausstattung von Krankenhäusern usw.

Hinzu kommen drittens die Milliarden an internationalen Geldern. Die UNO stellt 2 Mrd. \$ zu Verfügung, von denen ein erheblicher Teil in den Energiesektor, darunter in den Wiederaufbau von Kraftwerken fließt. Siemens hat bereits Mitarbeiter in den Irak entsandt und geht überhaupt davon aus, dass der Kernbereich des Konzern-Sortiments in naher Zukunft im Irak wieder gefragt sein wird.¹ Unicef kauft Pumpwagen für die Kanalisation, die WHO vergibt Aufträge für die Wiederherstellung des Gesundheitswesens, das United Nations Development Programme betreut Projekte im Bereich der Infrastruktur, das Welternährungsprogramm (WFP) importiert Nahrungsmittel usw.

In allen Bereichen rechnen sich deutsche Unternehmen hervorragende Chancen aus, nicht nur die Großkonzerne, sondern auch zahlreiche mittelständische Unternehmen. Die Deutsch-Irakische Mittelstandsvereinigung Midan veröffentlicht auf ihrer Homepage Ausschreibungen und bereitet eine eigene „Hausmesse“ vor. Das „Economic Forum Deutschland“ hat eine Taskforce „Wiederaufbau Irak“ für mittelständische Unternehmen eingerichtet.

Nachdem die EU am 7.7. das Totalembargo gegen den Irak aufgehoben hat, beginnt auch der Handel mit dem Irak wieder anzulaufen. Dabei ist derzeit besonders verlockend, dass die US-

Zivilregierung bis Jahresende die Zölle auf Ein- und Ausfuhren aufgehoben hat, der Irak befristet also eine Freihandelszone ist. Schon stapeln sich der DIHK-Studie zufolge in den Lagerhallen des Hafens Umm Qasr Waren aus aller Welt, die nicht nur für den Irak, sondern für den Weiterexport in die ganze Region bestimmt sind.

Ein neuer Schub an Aufträgen wird von der im Oktober stattfindenden internationalen Geber-Konferenz und der Einrichtung eines Irak-Fund erwartet. Da infolge des langen Embargos der „Kapitalstock marode“ sei, rechnet man in Wirtschaftskreisen mit einem jährlichen Importbedarf des Irak für Wiederaufbau und Modernisierung in Milliardenhöhe. Zusätzlich angestachelt wird das Geschäft durch die Ankündigung der US-Zivilverwaltung, die 40 größten irakischen Staatsunternehmen mit Hilfe der Weltbank zu privatisieren.² Sorgen macht auch den deutschen Unternehmen die Sicherheitslage im Irak. Ihre Verbände raten, wenn möglich nicht als westliche Ausländer, sondern mittelöstliche „Nachbarn“, d.h. mit Hilfe von Niederlassungen oder Partnerfirmen aus der Türkei, Syrien, Jordanien, Dubai oder Kuwait das Irak-Geschäft zu machen.

Langfristig allerdings hängen die Geschäfte auch deutscher Unternehmen davon ab, ob die USA ihr Kriegsziel der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Neuordnung des Irak nach ihren Vorstellungen erreichen. „Wenn die Amerikaner Erfolg haben“, erwärmt sich auf der Veranstaltung „Irak nach dem Krieg – Chancen für die heimische Wirtschaft!“ der IHK Nürnberg der Chefvolkswirt der Hypo-vereinsbank, „dann ist der Irak künftig ein Dorado für deutschen Unternehmen.“³ Ja, wenn.

scc

1 www.nrw-export.de/export/800.asp

2 DIHK-Studie, [http://www2.ihk-koeln.de/Navigation/International/Anlagen/IrakStudie.pdf](http://www2.ihk-koeln.de/www.ihk-koeln.de/Navigation/International/Anlagen/IrakStudie.pdf)

3 siehe Fußnote 1



Seit Juni reißt die Streikwelle in Südkorea nicht ab. Die Eisenbahner kämpfen verbissen gegen die Pläne der Regierung, die Eisenbahn zu privatisieren. Beim Automobilkonzern Hyundai Motors, Partner von DaimlerChrysler, erkämpfte die Gewerkschaft nach 47 Tagen Streik die Fünf-Tage-Woche, dazu Lohn erhöhungen von 8,6% (bei einer Inflationsrate von amtlich 3,1%) und Bonuszahlungen. Auch bei Kia Motors finden seit Wochen Streikaktionen statt. In der letzten Woche haben die beiden größten Gewerkschaftsverbände mit ersten landesweiten Warnstreiks auf die Absichten der Regierung reagiert, die Einführung der Fünf-Tage-Woche mit Lohnkürzungen zu verbinden. Die meisten Lohnabhängigen in Südkorea haben nur zwischen 91 und 101 freie Tage im Jahr, das durchschnittliche Bruttonomsgehalt liegt bei 2 Mio. Won, das entspricht 1.724 US\$. Polizei-angriffe und Repression gegen die Streikenden sind an der Tagesordnung. Gegen den Eisenbahnerstreik z.B. setzte der Staat die berüchtigten Anti-Aufruhrreinheiten ein und ließ über 1.500 Gewerkschaftsaktivisten bei einer blutigen Hatz auf dem Campus der Yonsei Universität verhaften. Massenfestnahmen, Massenentlassungen und Anklagen zwangen die Eisenbahner schließlich, den Streik zu beenden. Quelle: ND, www.umwaelzung.de/; www.bas21.org

Russland privatisiert Rüstungsbetriebe, wachsende Rüstungsexporte angepeilt

Die russische Regierung hat den Rüstungsbetrieb MIG aus der Liste der Betriebe gestrichen, die nicht privatisiert werden dürfen. Insgesamt wurden damit 70 bisher staatliche Rüstungsbetriebe für die Privatisierung freigegeben. Erwünscht sind ausdrücklich ausländische Interessenten. Rosoboronexport, ein Betrieb der Militärraumfahrt, teilte auf dem internationalen Luft- und Raumfahrtsalon mit, dass der Konzern und die Weltraumstreitkräfte der Russischen Föderation erstmals einen Vertrag über den Start einer Gruppe ausländischer militärischer Raumfahrtapparate vom russischen Weltraumbahnhof Plesetsk in den Jahren 2005 bis 2007 unterzeichnet haben. – Der Generaldirektor von MIG sagte anlässlich einer Pressekonferenz, dass man die Exporte in den nächsten zwei Jahren auf bis zu 3 Mrd. Dollar erhöhen wolle. Obwohl die osteuropäischen Nachbarn ihre Ausrüstungen zunehmend in NATO-Ländern ordern, erwartet MIG Verträge über die Modernisierung ihrer Kampfflugzeuge im Wert von 4,5 Mrd. Dollar. Quelle: DW, 21. und 22.8.

Kosovo: Gewalt ohne Ende

Auch nach vier Jahren unter UN-Verwaltung ist der Kosovo nach wie vor ein Pulverfass. Die Gewalt nahm in den letzten Wochen eher noch zu. Anfang August kam ein indischer Polizei ums Leben. Am 13. August erschoss ein Hecken-schütze zwei serbische Jugendliche beim Schwimmen. In einem Belgrader Krankenhaus erlag ein 44-jähriger Serbe seinen Verletzungen: Ihm war 14 Tage zuvor in der Nähe seines Hauses 15 km von Pristina entfernt beim Angeln in den Mund geschossen worden. Am 17. August ereignete sich im UNO-Protektorat die vierte Explosion innerhalb von vier Tagen. Ein serbischer Militärstützpunkt jenseits der Grenze wurde mit Granaten angegriffen. Für den Anschlag übernahm die von der UNO verbotene „Albanische Nationalarmee“ die Verantwortung. Sie rief alle

Kosovo-Albaner auf, den Kampf gegen die Serben wieder aufzunehmen. Augenscheinlich versuchen die extremen albanischen Nationalisten, den vereinbarten direkten Dialog zwischen Belgrad und Pristina zu sabotieren.

Aber auch von Übergriffen serbischer Bewohner auf albanische Nachbarn wird berichtet. So bewarfen Unbekannte in der Ortschaft Gracanica Fahrzeuge mit Steinen und verprügeln Insassen. Quelle: ND, DW, 20.8.

Los Angeles: Proteste gegen polizeilichen Todesschuss

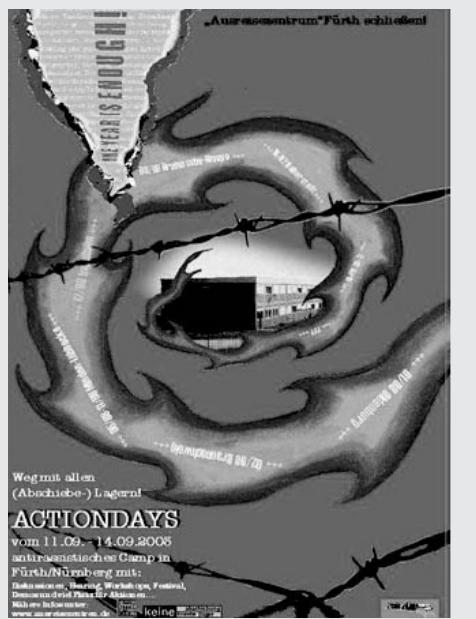
Die Bangladesh-Community in Los Angeles demonstrierte am 15. August vor dem Polizeidepartment gegen einen polizeilichen Todesschuss, dem wenige Tage zuvor Yousuf Mollah zum Opfer gefallen war. Der Mann, der der Polizei als psychisch krank bekannt war, hatte die Polizei selbst gerufen; als diese eintraf, öffnete er die Tür mit einem Messer in der Hand. Darauf will die Polizeibeamtin ihn angerufen haben, das Messer wegzuwerfen, und als er das nicht tat, schoss sie ihn in den Magen. Der Mann kroch schwer verwundet in sein Appartement zurück. Drei Stunden später (!) warf die Polizei Tränengas in die Wohnung, brach nach einer halben Stunde Warten die Tür auf – und fand den Mann an seinen inneren Verletzungen verblutet vor. Die Bangladesh-Community fordert eine unabhängige Untersuchung der Umstände des Todesschusses. Nachbarn sagten aus, dass von der Öffnung der Tür bis zum Schuss nur fünf Sekunden vergangen seien und



dass sie keinen Warnruf der Polizei gehört hätten. Der Bruder des Erschossenen, der mit ihm die Wohnung teilt und spät in der Nacht nach Hause kam, sagte aus, Yousuf Mollah sei augenscheinlich dabei gewesen, sein Essen zu kochen, als die Polizei eintraf, und habe das Küchenmesser, das er gerade zum Kochen benötigte, in der Hand gehalten. Quelle und Bild: Indymedia Los Angeles

Zusammenstellung: scc

FÜRTH (BAYERN). **Lager-Schließungstage vom 11. bis 14. September 2003 in Fürth:** Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen rufen bundesweit dazu auf, gegen das sogenannte „Ausreisezentrum“ für Flüchtlinge in der Fürther Hafenstraße zu protestieren. Damit wollen die VeranstalterInnen mit Nachdruck ihre Forderung deutlich machen, das Abschiebelager in Fürth und ähnliche solcher Einrichtungen in Deutschland und weltweit zu schließen. Am Donnerstagnachmittag, den 11. September 2003, werden die Flüchtlinge des Fürther Abschiebelagers und der benachbarten Flüchtlingsunterkunft am „Grenzzaun“ begrüßt und auf das sich in deren Nähe befindliche Camp eingeladen, wo anschließend ein Auftaktplenum stattfindet. Freitagmorgens ist zunächst eine Kundgebung vor dem in Nürnberg ansässigen Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen geplant. Anschließend gibt es in Fürth ein Hearing mit der Karawane, res publica, dem AK Asyl und Insassen des Ausreisezentrums, bei dem über das Lager in Fürth und die Situation der dort Lebenden, aber auch über „Ausreisezentren“ in Deutschland generell informiert wird. Zeitgleich starten im gesamten Großraum Nürnberg, Fürth und Erlangen Aktionen mit dem Ziel, eine breite Öffentlichkeit für die Belange der Flüchtlinge und MigrantInnen zu sensibilisieren. Abends wird das Thema Migration und Flucht auf einer Podiumsdiskussion auch im internationalen Zusammenhang und auf theoretischer Ebene erörtert. Am Samstag wird eine Großdemonstration in Fürth stattfinden. Unter dem Motto „Open the borders, close the camp!“ soll Solidarität mit den Flüchtlingen gezeigt werden. Der ausführliche Aufruf und weitere Details sind zu finden in: www.ausreisezentren.cjb.net



Kundgebung für den Erhalt der Hamburger Geschichtswerkstätten

HAMBURG. Ca. 200 Menschen versammelten sich am 19. August 2003 zu einer Kundgebung gegen die drohende Schließung der 14 Geschichtswerkstätten auf dem Hansaplatz. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hat die Kulturbörde den Geschichtswerkstätten ab 2003 sämtliche Zuschüsse – insgesamt 540.000 Euro – gestrichen, was faktisch das Aus bedeuten würde. Nach Michael Joho von der Geschichtswerkstatt St. Georg sprachen sich u.a. Peggy Parnass und Rolf Becker gegen die herrschende Kulturpolitik aus, Grußadressen kamen von Tom Stromberg, Intendant des Deutschen Schauspielhauses, und vielen anderen. Der Stadtteilchor Drachengold unterstützte die Kundgebung mit kulturellen Beiträgen. Die Geschichtswerkstätten präsentierten sich mit „dem längsten Büchertisch der Stadt Hamburg“. Elisabeth v. Dünker vom Stadtteilarchiv Ottensen, einer der MitbegründerInnen der Hamburger Geschichtswerkstätten-Bewegung, berichtete von einer großen Solidaritätswelle: der 1. Bürgermeister und die Kultusministerin erhalten Briefe sogar aus Schottland und Japan. Mittlerweile sichert die Kultusministerin die Miet- und Betriebskosten zu, doch das sind nur etwa 25% des Etats, und eine sinnvolle Arbeit ist so nicht zu leisten. Der Protest wird also weitergehen müssen. Ausführliche Infos unter www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de

Europäisches Bildungsforum vom 18. – 20. September 2003 in Berlin

BERLIN. Ein Bündnis verschiedener Gruppen ruft anlässlich der Konferenz der europäischen Bildungsminister am 18/19.9. in Berlin zum ersten Europäischen Bildungsforum auf. Während bei der offiziellen Konferenz in Berlin Ver-

treterInnen von Regierungen über die weitere Umsetzung des Bologna-Prozesses beraten, ist das erste EEF ein offenes Forum für alle Betroffenen der europäischen Bildungspolitik. In Anlehnung an die Sozialforen in Porto Alegre und Florenz soll eine breite Plattform geschaffen werden, auf der „von unten“ über die Zukunft der europäischen Bildung diskutiert werden soll. Zu allen Aspekten des Themas Bildung können am 18. und 19.9. Workshops und Seminare angeboten werden (derzeit sind 40 Workshops angemeldet). Hierbei werden verschiedene Aspekte europäischer Bildungspolitik thematisiert und deren Entwicklung kritisch analysiert und hinterfragt. Neben der Analyse und der Kritik der gegenwärtigen Bildungspolitik steht vor allem die Entwicklung von Alternativen im Zentrum der Veranstaltungen. Dabei gliedert sich das Forum in vier große Themengebiete: Zugang zu Bildung, Bildung und Gesellschaft, Möglichkeiten der Beteiligung und Internationalisierung.

Kleinere Aktionen am Rande der Ministerkonferenz sowie eine Abschlussdemo am 20.9. in Berlin, die sich gegen die zunehmende Kommerzialisierung, Entdemokratisierung und Selektion von und in Bildung richtet, werden Teil des Pro-

gramms sein. Das EEF wird initiiert und unterstützt vom einem breiten europäischen Netzwerk. Grundlage für die Zusammenarbeit ist ein Aufruf, der zu finden ist unter: www.eef2003.org

Initiativen für bundesweite Herbst-Aktionen gegen die Agenda 2010

FRANKFURT a.M., BERLIN. Am Samstag, den 16. August 2003, trafen sich in Frankfurt/Main Anti-Hartz-Initiativen, Erwerbslosen- und Bürgerinitiativen sowie Vertreter linker Organisationen und einiger Attac Regionalgruppen. Zuerst wurde inhaltlich über die Agenda 2010 diskutiert und über Proteste und bestehende Strukturen berichtet. Im 2. Teil des Treffens hat man sich auf folgende konkrete Punkte einigen können:

1. Am 20.10 wird es einen bundesweiten Aktionstag gegen Sozialabbau geben. Dieser Tag wird u.a. für die Mobilisation der Demo genutzt.

2. Am 1. November gibt es eine Demonstration in Berlin, zu der bundesweit mobilisiert wird. Ein gemeinsamer Aufruf wird gerade fertiggestellt. Jedoch ist es jeder Organisation möglich, in eigenem Rahmen dazu aufzurufen. Eine Vorbereitungsgruppe, bestehend aus 20 Vertretern verschiedener Organisationen, wurde gebildet.

Infos dazu auf der Homepage: www.attac.de/soziale-zukunft-jetzt/ak.php

Initiiert von Stuttgarter GewerkschaftlerInnen kursiert derzeit eine Unterschriftenliste, mit der die Unterzeichnenden den DGB und seine Einzelgewerkschaften aufrufen, „die Proteste gegen Sozialabbau wieder aufzunehmen, zu verstärken und im Herbst (vor den parlamentarischen Entscheidungen), eine bundesweite Demonstration vorzubereiten und durchzuführen“.

Unterschriften an Bernd Rießinger, ver.di Bezirk Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart



Initiative Polizeikontrollstelle wertet Brandenburger Datenwochen aus

POTSDAM. Einige Monate lang sammelte die Polizeikontrollstelle-Initiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei die dümmsten Ausreden und Vorwände, die sich brandenburgische Behörden ausdenken, um Bürger/innen die Auskunft darüber zu verweigern, welche Daten über sie gespeichert wurden. Um die Beantragung der Auskünfte zu erleichtern, wurde ein umfangreiches Angebot von Antragsformularen an Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaften auf der Homepage der Initiative abgespeichert.

Nun sind die Datenwochen vorbei. Seit einigen Tagen sind die drei „Siegerfälle“ unter www.polizeikontrollstelle.de dokumentiert. Die Ergebnisse sprechen für sich: Ob die Staatsanwaltschaft fordert, dass man durchs halbe Land reisen und seinen Ausweis vorzeigen muss, ob der Verfassungsschutz einfach behauptet, Daten seien gelöscht, oder ob vor Prüfung der Speicherungen durch den Landesdatenschutzbeauftragten gleich ganze Akten gelöscht werden – die Behörden sind um keine Ausrede verlegen, um zu verhindern, dass die Bürger/innen wissen, was wer über sie gespeichert hat.

Die Initiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei fordert die Landesregierung auf, endlich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung umfassend und unbürokratisch durchzusetzen und Interessierten nicht länger unter haarsträubenden Vorwänden die ihnen zustehenden Auskünfte zu verweigern.

www.polizeikontrollstelle.de

Demonstration in Nürnberg gegen Nazi-Aufmarsch am 6. September

NÜRNBERG. Das Bündnis gegen die Nazi-Provokation am 6. September ruft alle Menschen auf, sich aktiv dem Aufmarsch der Neonazis in den Weg zu stellen. Der bekennende Neonazi Gerd Ittner hat zusammen mit dem bundesweit berüchtigten Naziaktivisten Christian Worch aus Norddeutschland für den 6. September einen Großaufmarsch unter dem Motto „stolz und treu macht Deutschland frei“ in Nürnberg angemeldet. Die Faschisten wollen in der Tradition der NSDAP die historische Aufmarschroute vom Reichsparteitagsgelände über die Südstadt zum Hauptmarkt in der Innenstadt laufen. Neben den jährlich stattfindenden Aufmärschen in Wunsiedel zur Ehrung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess soll Nürnberg zu einem weiteren Fanal für die gesamte rechtsradikale Szene in Deutschland werden. Neben zahlreichen anderen kreativen Aktionen wird das antifaschistische Bündnis vom 1.–6. September Infostände zur Information und Mobilisierung für die Bündnis-Demonstration am 6. September durchführen.

www.nie-wieder-reichsparteitage.tk

Studentischer Dachverband fzs beschließt Resolution zur Unterstützung der StudentInnenproteste im Iran

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) erklärt sich solidarisch mit den protestierenden StudentInnen im Iran. Der Kampf um Demokratie, Menschenrechte und individuelle Freiheit verdient die Unterstützung der StudentInnenschaften in Deutschland.

Die auch mit der miserablen wirtschaftlichen Lage des Landes zusammenhängenden Protestkundgebungen drängen nicht mehr auf Reformen innerhalb des „Gottesstaats“, sondern fordern eine andere, demokratische Verfassung, die die Freiheit und politische Mitsprache Aller gewährleistet. Insbesondere die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen wird in verstärktem Maße eingefordert. An vielen deutschen Hochschulen haben sich in den letzten Wochen spontane Solidaritätsgruppen gebildet, die auf die dramatische Situation im Iran hinweisen.

Dass sich die aktuellen Proteste der iranischen Studierenden im Juni an der geplanten Privatisierung der Universitäten und der möglichen Einführung von Studiengebühren entzündeten, zeigt auch, dass der Machterhalt der herrschenden iranischen Eliten einhergeht mit Veränderungen im Bildungswesen, wie sie auch im Rest der Welt den Protest von StudentInnen herausgefordert haben. Gemeinsam mit unseren iranischen KommilitonInnen und den StudentInnen in aller Welt gilt es weiterhin, den Kampf für den Erhalt und Ausbau studentischer Mitbestimmung an der Hochschule fortzuführen sowie für freien und kostenlosen Zugang zu Bildung für alle Menschen einzutreten.

Der fzs teilt die Einschätzungen vieler JournalistInnen und Iran-ExpertInnen, wonach sich der Demokratisierungsprozess im Iran kaum durch Verhaftungen und Verbote aufhalten lassen wird. Die meisten der unter 25-Jährigen, die etwa 60% der Landesbevölkerung ausmachen, sympathisieren unabhängigen Berichten zufolge mit den Protesten, während noch etwa 30% der IranerInnen fest zum bestehenden Regime halten.

Ferner teilt der fzs die Auffassung, dass Präsident Chatamis Reformversprechen wenig daran ändern, dass die eigentliche Macht im Staat verfassungsgemäß „Revolutionärer“ Chamenei bzw. der von ihm kontrollierte „Wächterrat“ innehat – und dass das gewählte Parlament faktisch machtlos ist. Die Ausgrenzung von Oppositionellen ist ganz im Sinne der Verfassung der Islamischen Republik – und dies gilt es in Politik und Öffentlichkeit zu benennen und zu kritisieren. Wir fordern daher eine ungehinderte, wahrheitsgemäße und nicht-verharmlosende Berichterstattung über die Ereignisse im Iran und deren Hintergründe.

Seit dem Aufkommen der Studieren-

denprotestbewegung im Juli 1999 wurden missliebige Studierende in verstärktem Maße verhaftet, misshandelt und mundtot gemacht. Im Juli 2003 wurden für kurze Zeit drei Studierendenfunktionäre ohne triftigen Grund inhaftiert. Der fzs unterstützt die Forderung nach sofortiger Freilassung der Berichten von Amnesty International zufolge momentan vermutlich ca. 2000 inhaftierten Studierenden. Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen und studentischen Dachverbänden weltweit wird der fzs seine Stimme erheben und ein Ende der Menschenrechtsverletzungen fordern.

Aufgrund unserer Einschätzung, dass es bisher trotz vieler Anstrengungen der Regierung und der Anhänger des Systems nicht gelungen ist, die außerparlamentarische Opposition auszuschalten, und eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft abseits des unmittelbar öffentlichen Lebens sowie in einigen iranischen Medien vergleichsweise offen und intensiv diskutiert wird, lehnen wir eine Debatte über militärische Eingriffe von außen ab. Von den europäischen und deutschen PolitikerInnen fordern wir allerdings, nicht länger im Interesse einer exportorientierten Außenpolitik über Menschenrechtsverletzungen im Iran hinwegzusehen. Insbesondere die Beteiligung deutscher Firmen, wie z.B. Siemens, an der Installation von Überwachungsanlagen und Störsendern, auf die die iranische StudentInnenbewegung hinwies, ist zu verurteilen. Gleichzeitig muss entschieden gegen menschenverachtende Praktiken der iranischen Regierung und deren Verteidiger Stellung bezogen werden.

Wir sprechen den protestierenden StudentInnen unsere Solidarität und unseren Respekt aus und hoffen, dass ihre Proteste eine Wendung zum Positiven herbeiführen werden. Wir verurteilen das Verbot von Demonstrationen und Kundgebungen, die staatsgesteuerte Verwüstung von Wohnheimen durch Schlägertrupps sowie generell die anhaltende massive Einschüchterung der Studierendenvereinigungen durch regimetreue Kräfte.

Der fzs wird die Proteste weiterhin begleiten und dafür Sorge tragen, dass wichtige Meldungen aus dem Iran den Weg auch an die deutsche Öffentlichkeit finden. Wir werden außerdem den Kontakt zu den Betroffenen suchen und die demokratische Bewegung in geeigneter Weise unterstützen. Die StudentInnenvertretungen in Deutschland sind aufgerufen, mit iranischen StudentInnen zwecks Verbreitung von Informationen sowie der Organisation von pro-demokratischen Kundgebungen zusammenzuarbeiten.

www.fzs-online.org/article/361/de

Antirassismus weggeräumt – mit Massenverhaftungen

6. Antirassistisches Grenzcamp 31.7. – 10.8. 2003 in Köln

Seit dem 31. Juli gastierte das Antirassistische Grenzcamp auf den Poller Wiesen in Köln (wir berichteten). Schon nach den ersten Aktionen nahmen polizeiliche Kontrollen im Camp zu. Das gipfelte am Samstag, 9.8., in der Umstellung des Lagers und Massenfestnahmen in der Nacht zu Sonntag.

Den Aktionen bei IKEA und bei den IBIS-Hotels am Barbarossaplatz und am Hauptbahnhof folgten viele weitere Aktionen, z.B. am 6.8. am Düsseldorfer Flughafen gegen das Abschiebegeschäft der Lufthansa und am 8.8. bei der IOM-Zentrale in Bonn.

Eigentlich dürfen in den Abflugbe-

reich des Düsseldorfer Flughafens nur Fluggäste. Trotzdem gelang es den Campern, einen kurzen Umzug mit Transparenten, Flugblättern und Megafon durch den Flughafen zu machen, um gegen das Abschiebebusiness zu protestieren, bis zum Nachmittag demonstrierten rund 600 AktivistInnen an verschiedenen Orten im und um den Flughafen.

Der Protest vor der IOM-Zentrale in Bonn am 8. August machte auf die wenig beachtete Praxis dieser Organisation aufmerksam.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) macht als zwischenstaatliche Organisation alles, was von ih-

ren Mitgliedstaaten in Auftrag gegeben und bezahlt wird: Für die ukrainische Regierung organisiert sie die Ausbildung von Grenztruppen und koordiniert den Bau von Grenzanlagen. Im Südpazifik betreibt die IOM eigene Lager, wo Flüchtlinge unter erbärmlichen Bedingungen inhaftiert werden, damit sie nicht nach Australien gelangen. Der spanischen Regierung besorgt sie ecuadorianische Saisonarbeiterinnen und regelt deren Rückführung nach abgeschlossenem Arbeitseinsatz.

„Da Migration nicht aufzuhalten ist, wollen die reicheren Staaten sie wenigstens steuern, und dafür ist die IOM ein zentrales Instrument“, heißt es in dem Flugblatt, das bei dieser Aktion zur Information verteilt wurde.

Am 9.8. hatten erneut Neonazis angekündigt, gegen das Camp demonstrieren zu wollen. Diesmal hatte der „Kampfbund Deutsche Sozialisten“ aufgerufen, es kam im Wesentlichen die Kameradschaft Köln (Kameradschaft Walter Spangenberg) um Axel Reitz. Auflagen sorgten dafür, dass gar nicht erst alle zum Kundgebungsplatz durchkamen. Ein Häuflein von 30 Neonazis, ausgerüstet mit Köln-Fahne und einem Transparent „Nationalen Sozialisten voran“ lauschten zum Teil auf Socken den Reden, die schlecht zu verstehen waren, da die GegendemonstrantInnen – obwohl durch massive Polizeiabsperrungen nur wenige durchkamen – lautstark protestierten.

Schon in den frühen Morgenstunden hatte ein Aufgebot von 2500 Polizisten das Camp abgeriegelt, so dass von dort nur Einzelne rauskamen. Die Polizei zeigte immer wieder auf einzelne Cam-



22. Grenzcamp meets Popkomm

Aktionstag gegen den Angriff auf das 6. Antirassistische Grenzcamp – Unter die BesucherInnen des Ringfestes und der Popkomm in Köln mischten sich am Samstag, den 16.08., auch AktivistInnen und UnterstützerInnen des 6. Antirassistischen Grenzamps, um ihre Empörung über den unverhältnismäßigen Angriff der Polizei auf das Camp in die Öffentlichkeit zu tragen.

Eine Woche zuvor hatten 2500 Polizeibeamte das Camp an den Poller Wiesen umgestellt und die AktivistInnen bis zu 17 Stunden festgehalten. Bei diesem Großeinsatz setzten die Beamten Schlagstöcke und Gas ein und unterbrachen zeitweilig die Wasserversorgung. Von über 500 Personen wurden Personalien aufgenommen und Videoaufzeichnungen erstellt. Über 300 Personen verbrachten die Nacht in den Käfigen der Gefangenensammelstelle Brühl.

Gegen die Freiheitsberaubung der

GrenzcamperInnen und die Kriminalisierung antirassistischer Politik fanden an diesem Wochenende bundesweit Solidaritätsaktionen statt. In Köln eroberten sich AktivistInnen auf mehreren Veranstaltungsorten der Popkomm die Bühne. So protestierten sie z.B. im Tanzbrunnen und im Bürgerhaus Stollwerk gegen den Polizeieinsatz und kündigten an, ihre Aktivitäten gegen staatlichen Rassismus, Abschiebepolitik und Migrationskontrolle fortzusetzen. „Wir lassen uns nicht kriminalisieren. Antirassistische Politik tut Not. Wir werden weiterhin Sand im Getriebe sein,“ verkündete eine Antirassistin unter Applaus aus dem Publikum auf der Tanzbrunnenbühne.

In der Kölner Innenstadt machten TeilnehmerInnen einer Spontandemonstration auf die Inhalte des Grenzamps und den skandalösen Polizeieinsatz aufmerksam. An mehreren Orten tauchten kleinere Gruppen auf und verteilten Flugblätter. Wieder zeigte die Kölner Polizei ihr intolerantes Gesicht: Neun Personen wurden deswegen in Gewahrsam

genommen, mehrere Platzverweise für den gesamten Innenstadtbereich erteilt. Selbst unbeteiligte BesucherInnen eines HipHop-Konzertes lernten die Verhaftungswut der Kölner Beamten kennen.

Unter dem Motto „Schafft 1,2,3 viele Grenzamps!“ bauten UnterstützerInnen in den Innenstädten von Wuppertal und Kassel mobile Miniatur-Grenzamps auf. In Freiburg, Lich bei Gießen und Potsdam fanden ebenso Solidaritätsaktionen statt.

Zahlreiche Unterstützungserklärungen für das 6. Antirassistische Grenzcamp wurden u.a. von Gewerkschaftern, dem Komitee für Grundrecht und Demokratie, Politikern, dem Rom e.V., BUKO (Bundeskordinierung Internationalismus), JungdemokratInnen, dem Kölner Appell und dem FZS (Bundesweite StudentInnen-Vertretung) veröffentlicht.

Kathrin Lohe und Britt Polfak, Camp Pressegruppe, 17.08.2003, www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/index2.html. Bilder. <http://www.umbruch-bildarchiv.de/willkomm1.html>

Grenzcamp beendet



per, die dann aus der Menge herausgegriffen wurden. Tränengas wurde eingesetzt, was bei knapp 40 Grad Celsius zu schweren Verbrennungen der Haut führt. Zusätzlich stellte die Polizei das Wasser ab, so dass auch die Verletzten schlecht behandelt werden konnten. Nachdem Telefon- und Internetleitungen des Camps gekappt waren, wurden alle Anwesenden als verhaftet erklärt.

Um die auf dem Camp anwesenden Flüchtlinge zu schützen, nahmen die Eingeschlossenen diese in die Mitte. Parallel wurden Verhandlungen über freien Abzug geführt u.a. durch Rechtsanwälte und die stellvertretende NRW-Landtagsvorsitzende (B90/Die Grünen) Edith Müller. Von Seiten der Polizei gab es jedoch keinerlei Einlenken.

Da die Stadt Köln inzwischen auch das Gelände gekündigt hatte, war die Bahn frei für die Verhaftung sämtlicher sich nun illegal auf dem Gelände befindlichen Camper.

Einige TeilnehmerInnen gingen nach Feststellung der Personalien „freiwillig“ vom Platz, die übrigen wurden ins Gefangenensammelager nach Brühl verbracht und erst am frühen Morgen wieder auf freiem Fuß gesetzt.

„Den Polizeiangegriff verstehen wir als Angriff auf die antirassistische Bewegung in der BRD und ihre internationale Vernetzung“, erklärten die Camper in einer ersten Pressemitteilung. „Durch die erfahrene maßlose Machtdemonstration sollen die AktivistInnen eingeschüchtert und Organisierungsprozesse verhindert werden.“

Noch während der Räumung fanden Solidaritätsaktionen in Köln, Kiel, Dresden, Leipzig, Hamburg, Göttingen, Freiburg, Frankfurt, Bremen und im Wendland statt.

Nach Pressemitteilungen des Pressebüros des 6. antirassistischen Grenzcampus – u.b. Infos: www.nadir.org/camp03

Aus: Lokalberichte Köln

Grenzcamp-Solidaritätserklärung:

Wir verurteilen das brutale und unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei gegen das 6. Antirassistische Grenzcamp auf den Poller Wiesen.

Das Camp fand vom 31. Juli bis 10. August statt und richtete sich gegen Rassismus, Ausgrenzung, das repressive globale Migrationsregime, Kontroll- und Überwachungstechniken und gegen Abschiebe- und Lagerpolitik. Für „Freedom of Movement“ und eine „Globalisierung der Rechte“. Weit über 1000 Personen aus der Bundesrepublik und ganz Europa beteiligten sich am Camp.

Am Samstag, den 9. August, wurde das Camp-Gelände von mehreren Hundertschaften Polizei über zwölf Stunden lang umstellt. Mehrere hundert CamperInnen waren bis in die Nacht eingeschlossen. Insgesamt waren rund 2800 Polizisten im Einsatz.

Etliche CamperInnen wurden durch Schlagstock- und Tränengaseinsatz verletzt. Dabei zwang die Polizei nach eigenen Angaben über 510 Menschen zur Personalienfeststellung. Fotos- bzw. Videoaufnahmen wurden von allen gemacht. Rund 360 AktivistInnen, die sich dieser Personalienfeststellung widersetzen, wurden in der Nacht ins Polizeigewahrsam nach Brühl gebracht. Diese Massenerfassung von Personendaten ist ein unerträglicher Akt repressiver Willkür. Sie dient der Kontrolle und Kriminalisierung einer wachsenden antirassistischen Bewegung.

Die Polizei begründete ihr Vorgehen damit, dass innerhalb des 10-tägigen Camps 84 Straftaten von Camp-TeilnehmerInnen verübt worden seien. Selbst

wenn dies zutreffen sollte, rechtfertigt es keinesfalls eine Pauschal-Verdächtigung aller Grenzcamp-TeilnehmerInnen sowie den Einsatz von psychischer und physischer Gewalt gegen die antirassistischen AktivistInnen.

Während der Einkesselung des Camps wurde die Wasser- und Stromversorgung für mehrere Stunden abgestellt. Bei nahezu 40 Grad Hitze erfüllte diese Aktion den Straftatbestand der Körperverletzung. Es war so fast unmöglich, die durch den Einsatz der chemischen Reizstoffe Verletzten im Sanitätszelt zu behandeln.

Fast zeitgleich beschützte die Polizei einen Aufmarsch von 50 militanten Neonazis in Köln-Poll und erlaubte diesen, ihre menschen- und lebensverachtende Ideologie auf die Straße zu tragen.

Wir sind schockiert und entsetzt über die Ereignisse vom Samstag. Ein schwarzer Tag für die Stadt Köln, die sich so gerne ihrer Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit röhmt.

Wir richten uns entschieden gegen diesen Kriminalisierungsversuch der antirassistischen AktivistInnen und ihrer Initiativen, insbesondere des Netzwerks „kein mensch ist illegal“ und der Grenzcamp-Vorbereitung.

Wir fordern, dass alle von der Polizei erzwungenen personenbezogenen Daten unverzüglich wieder gelöscht werden!

Zusätzlich müssen die Verantwortlichen für den menschenunwürdigen und unverhältnismäßigen Polizeieinsatz zur Rechenschaft gezogen werden!

Wir – die UnterzeichnerInnen – bekennen hiermit unsere Solidarität mit dem 6. Antirassistischen Grenzcamp.

Wer die Resolution unterschreiben möchte, bitte mailen an: camp_koeln_oeffentlichkeit@gmx.de



Kein Anstieg der Gewerbesteuer. BERLIN. Meldungen, nach denen Städte und Gemeinden mit sprudelnden Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen hätten und sich damit die Finanzlage verbessere, entbehren nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGb) jeglicher Grundlage. Neue Daten wird das Statistische Bundesamt erst im Verlauf des Monats September 2003 ermitteln und bekannt geben. Einzelne Zahlen aus wenigen der über 13.000 deutschen Städte und Gemeinden herausgegriffenen Beispiele lassen eine Schlussfolgerung über die generelle kommunale Finanzsituation nicht zu.

Die Steuerschätzexperten gehen für 2003 von einem (Netto-) Gewerbesteueraufkommen aus, das 3 Mrd. Euro unter dem vom Jahr 2000 liegen wird. Damit wird die Finanzkrise der Städte und Gemeinden weiter verschärft. Angesichts eines Finanzdefizits von 10 Milliarden Euro im Jahre 2003 appelliert der DStGb an den Gesetzgeber, den Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände zur Reform der Gemeindefinanzen zu folgen. www.dstgb.de

Gegen „AGENDA 2010“. STOLLBERG (THÜRINGEN). In einem offenen Brief an die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern die 34 KommunalpolitikerInnen mit PDS Mandat des Landkreises Stollberg die Überarbeitung der „AGENDA 2010“ und die Nichteinbringung als Gesetzesvorlage in den Bundestag. Das durch den Finanzmangel bestimmte Spannungsfeld zwischen den Kommunen und dem Landkreis wird sich durch die Änderungen weiter verkomplizieren,“ meint die Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion Dr. B. Drechsel. Als Alternativen schlug die PDS auf ihrem jüngsten Bundesparteitag u.a. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Einführung der Tobinsteuern (Besteuerung von Veräußerungsgewinne von Börsen- und anderen Spekulationsgewinnen) in einer „AGENDA SOZIAL“ vor. „Statt Millionen Menschen zur Kasse zu bitten und deren Kaufkraft zu schwächen, sollten die Gewinne der Millionäre abgeschöpft werden,“ so Weikert, „das verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit.“ www.kopofor-thuer.de

Einführung der Ortschaftsverfassung. LEIPZIG. Der Stadtrat wird am 17. September 2003 das vom OB vorgelegte „Konzept über die zukünftige Struktur der Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte“ beraten. Die PDS-Fraktion sieht in der Vorlage einige Verbesserungen, besteht aber auf ihrer Forderung, ab 2004 die Ortschaftsverfassung in den 10 Stadtbezirken einzuführen: „Die Einführung der Ortschaftsverfassung und die Wahl von Ortschaftsräten

würde Bürgerdemokratie entscheidend stärken. Es würde zudem dem Gleichheitsgrundsatz entsprochen, da die Stadtbezirksbeiräte sehr viel weniger Rechte haben als die Ortschaftsräte. Das betrifft vor allem die Antrags-, Entscheidungs- und Vorschlagsrechte. Die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Erweiterung von Aufgaben für die Stadtbezirksbeiräte kann in keiner Weise ein Ausgleich dafür sein. Nicht unerheblich ist, dass Ortschaftsräte direkt gewählt werden. Damit hätten auch Mitglieder von Wählervereinigungen, die nicht im Stadtrat aufgrund ihres räumlich eingegrenzten Wirkungskreises vertreten sind, die Möglichkeit, für einen Ortschaftsrat zu kandidieren.“ www.pds-fraktion-leipzig.de

Fragen des „Grünbuchs“ beantworten! ESSEN. Mit insgesamt 30 Fragen zur zukünftigen Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat sich die EU-Kommission an die Öffentlichkeit gewandt. Aus Sicht der PDS-Ratsgruppe sollte die Stadt Essen die Gelegenheit für eine Bilanz nutzen, inwieweit die Liberalisierung von Dienstleistungen wirklich den Interessen der Bürger entspricht. Diese sehen den Ausverkauf von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge sehr kritisch. Dies hat jetzt erst wieder der Protest gegen den geplanten Verkauf des Trinkwassernetzes im Rahmen eines Cross-Border-Leasing-Geschäftes klar gemacht. Bis zum 15. September sollen die Stellungnahmen in Brüssel sein. Die Zeit drängt also. Deshalb soll nach dem Willen der PDS-Ratsgruppe die Stellungnahme der Verwaltung bis Ende August den Ratsparteien zugeleitet werden, damit noch eine öffentliche Erörterung möglich ist. In der Hauptausschuss-Sitzung im September könnte ein Beschluss erfolgen, und eine Diskussion in der Ratsitzung im September sollte auch noch möglich sein. www.pds-essen-im-rat.de

Schließung der Stadtbücherei. HEIDELBERG. Trotz eines breiten Protestes der Rohrbacher Bürgerschaft, der Bezirksbeiräte, des Stadtteilvereins, der Kindergärten und Schulen beschloss eine Mehrheit im Gemeinderat von CDU bis SPD die sofortige Schließung der Zweigstelle der Stadtbücherei in der Internationalen Gesamtschule Hasenleiser. Die GAL wollte durch ihren Antrag das notwendige Zeitpolster schaffen, damit unter Berücksichtigung der Sparvorgabe X ein Konzept für die Stadtbücherei mit ihren drei Nebenstellen und dem Bücherbus entwickelt werden kann. Die Schließung ist zwar einfach zu rechnen (jährliche Einsparsumme ca. 60000 EUR), sie ist aber endgültig, und deshalb die schlechteste Lösung. www.stadtpolitik-heidelberg.de

Zusammenstellung: baf

Wir dokumentieren den folgenden Text so ausführlich, weil er das Verhältnis der IG Metall zur Sozialdemokratie aus der Tradition einer langen Bindung der Gewerkschaft an diese Partei schildert.

„Zukunft des Sozialstaates – Eigenverantwortung und Finanzierung“

Statement auf dem Gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forum der IG Metall am 11./12. Juni 2003 in Berlin

Hans-Jürgen Urban, Abteilung Sozialpolitik der IG Metall

I. Ein unterschwelliger Strategiekonflikt im Gewerkschaftslager

Die Gewerkschaften befinden sich in einer schwierigen Situation. Nicht nur, dass der Druck von außen immer stärker zunimmt. Hinzu kommt, dass zwischen und mitunter auch innerhalb der Gewerkschaften ein Strategiekonflikt schwelt. An die Oberfläche kam er jüngst. Die „Uneindeutigkeiten“, mit denen führende Gewerkschaftsrepräsentanten der Agenda 2010 in der Öffentlichkeit entgegengetreten sind, verweisen nicht bloß auf unterschiedliche Einschätzungen zu Einzelfragen der Sozial-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik. Auch wir in der IG Metall streiten nicht zuletzt über die Frage, wie sich die Gewerkschaften gegenüber dem „Strategiewechsel“ verhalten sollten, den die Neue Sozialdemokratie seit geraumer Zeit eingeläutet hat und der in der Agenda 2010 zum Ausdruck kommt.

Dass es diesen Streit gibt, ist nicht weiter verwunderlich. Seit geraumer Zeit leben wir in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchperiode, und die Zeiten sind reichlich unübersichtlich. Zugleich ist die IG Metall eine pluralistische und demokratische Organisation. Wen wundert es da, dass wir auch kontrovers um den richtigen Weg in die Zukunft ringen.

Ich möchte am Beispiel der widerstreitenden Leitbilder über die Zukunft des Sozialstaats deutlich machen, worum es geht. Dabei will ich nicht auf die soziostruktturellen und alltagskulturellen Aspekte der schleichenenden Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften eingehen, sondern mich mit den politisch-strategischen Faktoren der „Zerrüttung der historischen Ehe“ zwischen beiden auseinander setzen.

II. Die Konturen des „neusozialdemokratischen Sozialstaates“

Auch wenn die sozialdemokratischen Parteien in Europa durchaus markante Unterschiede in den einzelnen Politikfeldern aufweisen, so lassen sich doch Konturen eines gemeinsamen, neuen Leitbildes der „Modernisierung“ der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften erkennen. Die dahinter stehende Strategie wird gemeinhin als „Dritter Weg“ bezeichnet. Sie beinhaltet einerseits eine Reihe neoliberaler und angebotsorientierter Theoreme und Politikziele: etwa eine bedingungslose Haushaltskonsolidierung, eine wettbewerbspolitisch begründete Senkung der Steuer- und Arbeitskostenbelastung der Wirtschaft, die Befürwortung einer restriktiven Geldpolitik, der Rückzug des Staates aus der Wirtschaftssteuerung usw. Und doch bedeutet der „Dritte Weg“ nicht einfach die Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln. Er stellt einen eigenständigen Strategieentwurf für Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialstaat dar, der sich durchaus in wichtigen Punkten vom neoliberalen Marktradikalismus (aber auch von den gewerkschaftlichen Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft!) unterscheidet. Mit Blick auf den Sozialstaat läuft das Ganze darauf hinaus, den heutigen „marktkorrigierenden Interventionsstaat“ in einen „aktivierenden Wettbewerbsstaat“ zu überführen. Was heißt das?

1. Von der Parität zur Eigenfinanzierung: Das neue Finanzierungsmodell des Sozialstaates

Das (Sozial-)Staatsverständnis der Neuen Sozialdemokratie ist ein Kind der Globalisierungs- und Standortdebatten. Ihre Prämisse und Zwänge haben es geprägt. Globalisierung und Standortwettbewerb werden einerseits durchaus als problematische Prozesse gewertet, die den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden und zum Ausschluss vieler aus der Gesellschaft führen können. Dem soll der Sozialstaat entgegenwirken. Aber er darf dabei die Wirtschaft nicht belasten und die Attraktivität des heimischen Standortes nicht beeinträchtigen. Mehr noch: der globale Wettbewerbsdruck wird durchaus als eine Kraft begrüßt, die hilft, etablierte (von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erstrittene und verteidigte) sozialstaatliche Standards und Verteilungspolitik aufzubrechen. „Globalisierung als Chance zur Modernisierung“, heißt das dann in Statements von Wirtschaftsvertretern und Politikern.

Diese Art der Modernisierung bricht mit dem „sozialstaatlichen Klassenkommiss“, der nach dem Zweiten Weltkrieg das westeuropäische Modell des Sozialstaats-Kapitalismus prägte. Der Schlüsselbegriff des „deutschen Modells“ lautete Parität. Dieses aus der Bismarck-Zeit stammende Prinzip gewann im Nachkriegsdeutschland eine ganz neue

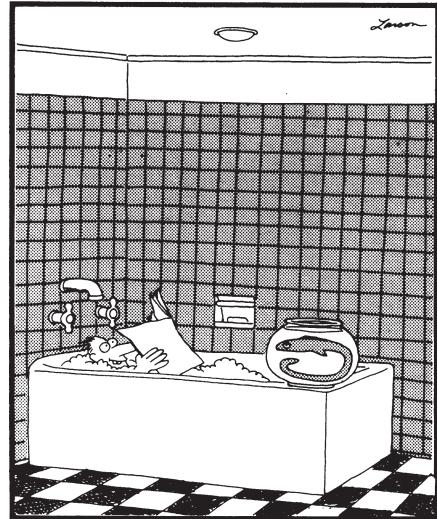
Bedeutung. Es brachte das nach dem Krieg herrschende relative Kräftegleichgewicht zwischen den sozialen Klassen zum Ausdruck. Zugleich wirkte die Parität als „gesellschaftliche Friedensformel“ (G. Lehmbruch), in dem sie den Kern eines gesellschaftsprägenden „Sozialkompromisses“ darstellte: Danach sollten sich Kapital und Arbeit in Betrieb und Gesellschaft auf „gleicher Augenhöhe“ begegnen; beide akzeptierten ihre sozialökonomischen Basisinteressen, und der Staat verpflichtete sich in den gesellschaftspolitischen Kernfragen zu einer Politik des Interessenausgleichs. Der Gedanke der gesellschaftlichen Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit fand seinen Ausdruck in der Tarifautonomie und im Tarifvertragssystem, im Konzept der betrieblichen Mitbestimmung und eben in der paritätischen Finanzierung und Selbstverwaltung der Sozialversicherungen.

Das Prinzip der Parität war also nicht nur eine Finanzierungstechnik, es beinhaltete die gesellschaftliche Vereinbarung, dass sich Kapital und Arbeit gleichgewichtig an der Finanzierung der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaft beteiligen.

Die Neue Sozialdemokratie hat sich nun konzeptionell und in ihrer politischen Praxis vom Prinzip der Parität und dem damit verbundenen Gesellschaftsentwurf verabschiedet. Es soll durch das Prinzip der „Eigenfinanzierung des Sozialstaates“ durch die abhängig Beschäftigten und ihrer Unterordnung unter die allgemeinen „Wettbewerbszwänge“ ersetzt werden. Im Gegensatz zum neoliberalen Radikalismus setzt sie also nicht auf die Zerschlagung, sondern auf den wettbewerbsorientierten Um- und Rückbau des Sozialstaates und den globalisierungs-kompatiblen Umbau seines Finanzmodells. Die Kernbotschaft lautet: auch in Zeiten der Globalisierung/Europäisierung brauchen wir den Sozialstaat als Instanz zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aber: Aus Wettbewerbsgründen können wir nicht mehr das „mobile Kapital“ und aus Motivationsgründen nicht mehr die „gesellschaftlichen Leistungsträger“ der Guts- bis Besserverdienenden (die sogenannte „neue Mitte“) mit seiner Finanzierung belasten. Statt dessen muss der weniger mobile „Faktor Arbeit“ das gewünschte Ausmaß an Sozialstaatlichkeit selbst finanzieren. Und da die „neue Mitte“ ebenfalls nicht mehr so viel Sozialstaat wie bisher will, sollte auch sie entlastet werden.

Also: runter mit den „zu hohen“ Unternehmenssteuern, aber auch runter mit den „zu hohen“ (Spitzen)Steuersätzen der hohen Arbeitseinkommen und mit den „zu hohen“ Sozialbeiträgen; eben runter mit dem Sozialstaat und seinen Umverteilungssystemen zwischen den Klassen, aber auch innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten.

Daraus ergeben sich die Anforderungen an ein neues Finanzierungsmodell: Es



Wo man seinen Zitteraal nie hinstellen sollte

setzt zum einen auf einen allgemeinen „Rückbau“ der solidarisch finanzierten Sozialsysteme, etwa durch die Kürzung von Renten oder Arbeitslosengeld bzw. durch die Ausgliederung von Leistungen aus dem GKV-Leistungskatalog (und damit aus dem Solidarausgleich!); und es setzt zugleich auf einen „Umbau“ des Finanzierungssystems durch den Bruch mit der paritätischen Finanzierung zur Entlastung der Unternehmen. Hinzu kommen einseitige Belastungen der Lohnabhängigen durch die gewählten Varianten der Umbasierung von Sozialversicherungsleistungen. Da die Entlastung der Wirtschaft zu den Hauptzielen der „neuen Sozialpolitik“ gehört, kommen hier nur „arbeitskosten- und wettbewerbsunschädliche“ Finanzierungswege infrage. Beispiele gibt es auch hier genug. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge („Lohnnebenkosten“), an denen die Arbeitgeber beteiligt sind, werden über private Zuzahlungen und Risikoprämien, die Öko-Steuer, die Mehrwertsteuer usw. gegenfinanziert; also über Wege, die nur die abhängig Beschäftigten (als Bezieher von Arbeits- und Sozialeinkommen oder als Konsumenten) belasten.

Dieser neusozialdemokratische Umbau der Sozialstaatsfinanzierung müsste für die Gewerkschaften einige Fragen aufwerfen: Wie fällt die Verteilungsbilanz aus: zwischen Kapital und Arbeit, aber auch innerhalb der Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten? Wer sind die Gewinner und Verlierer? Oder: Wenn Parität als „soziale Friedensformel“ aufgekündigt wird, was tritt an ihre Stelle? Ist die Formel „Kapital geht vor Arbeit“ und „wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit vor soziale Sicherheit“ eine geeignete Formel für eine solidarische Gesellschaft? Und können die Gewerkschaften mit der systematischen Unterordnung der Arbeitsinteressen unter die „Standortinteressen“ wirklich leben?

2. Vom marktkorrigierenden zum aktivierenden Staat

Aber die Neue Sozialdemokratie will nicht nur die Spielregeln, nach denen die

gesellschaftlichen Gruppen zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen, grundlegend ändern. Gleiches gilt für die Regeln, nach denen die sozialstaatlichen Leistungen verteilt werden. Das traditionelle Verständnis des Sozialstaates, das Gewerkschaften und Sozialdemokratie einmal teilten, basierte auf der Einsicht in die Notwendigkeit staatlicher Gestaltung („Regulierung“) von Ökonomie und Gesellschaft.¹ Dieses Sozialstaatsverständnis beruhte u.a. auf folgenden Prämissen:

Erstens: Der Markt ist als wirtschaftlicher Mechanismus höchst produktiv, verteilt aber die Produktivitätserträge auf eine Weise, die ökonomisch krisenfällig und wachstumshemmend und die gesellschaftspolitisch höchst ungleich und ungerecht ist.

Zweitens: Aus Gründen ökonomischer Effizienz und gesellschaftlicher Solidarität bedürfen diese Fehlentwicklungen der sozialstaatlichen Korrektur. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gewährleistet und verhindert werden, dass die „Teufelsmühle des Marktes“ (Karl Polanyi) solidarische Beziehungen zermahlt. Diese Korrekturen sollten z.B. durch eine krisenvermeidende Konjunktur- und Wachstumspolitik, eine umverteilende Steuer- und Transferpolitik, soziale Sicherungssysteme, geschützte Tarifautonomie und Arbeitnehmerrechte erfolgen.

Drittens: Sozialstaatliche Umverteilung stellt keine Fürsorgeleistung des „väterlichen Staates“ gegenüber den Untertanen dar. Der historische Fortschritt des demokratischen Sozialstaats bestand in der Durchsetzung und Anerkennung sozialer Bürgerrechte als der entscheidenden Grundlage sozialstaatlicher Leistungen.² Der Sozialstaat hat (im Bedarfsfall) eine soziale Bringschuld gegenüber dem Bürger, und nicht umgekehrt. Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat.

Der „aktivierende Sozialstaat“ beruht auf ganz anderen Prämissen:

Erstens: Seine „aktivierende Sozialpolitik“ bezieht sich nicht mehr korrigierend oder einbettend, sondern weitgehend vorbehaltlos und unterstützend auf den Markt. Sie setzt nicht mehr auf *Schutz vor den Märkten*, sondern auf *Öffnung und Förderung von Märkten*.

Sozialpolitik degeneriert vielfach zur Wirtschaftsförderungspolitik und zur Politik der Stärkung der Selbstbehauptungsfähigkeit des Einzelnen im Markt.

Zweitens: Die Aktivierungsstrategie beruht auf der richtigen Erkenntnis, dass die „Selbstheilungs Kräfte des Marktes“ bei der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit versagen. Aber die daraus folgenden Interventionen setzen nicht am Zentralproblem eines unzureichenden Angebots akzeptabler Arbeitsplätze, sondern am angeblichen Fehlverhalten der Arbeitslosen an. („Mikropolitik“ statt „Makroökonomie“). Die Protagonisten des aktivierenden Sozialstaates sind der festen Überzeugung, dass in Programmatik und

Politik der traditionellen Sozialdemokratie die Rechte des Einzelnen überbetont und seine Pflichten vernachlässigt wurden. Dies hat, so der Vorwurf, zu einer passiven Einrichtung des „sozialstaatlichen Klientel“ in den staatlichen Leistungssystemen geführt. Die Kerninnovation der neuen Politik soll nun darin bestehen, das Sozialstaatsklientel durch Strategien der „Aktivierung“ in Bewegung zu setzen und aus dieser Passivität herauszuholen.

Drittens: Diese Aktivierung soll vor allem durch den Rückbau sozialstaatlicher Leistungen und Schutzrechte geschehen, die den Einzelnen vor den Pressionen und Risiken des Marktes geschützt haben. Zukünftig sollen Marktdruck und Risiken den Einzelnen wieder stärker unter Druck setzen. Ergänzt werden soll diese Aktivierung durch materielle Hilfen, die aber insgesamt deutlich niedriger ausfallen als die vorherigen Leistungen. Im Vergleich zum traditionellen Sozialstaat soll der aktivierende Staat ein „schlanker Staat“ sein.³

Viertens: Konzeptionell verabschiedet sich der aktivierende Sozialstaat nicht nur von einer marktkorrigierenden Verteilungspolitik, sondern auch weitgehend von der Idee „sozialer Bürgerrechte“. Er kehrt die „sozialpolitische Bringschuld“ um. Nicht die sozial-staatliche Verantwortung für das Wohlergehen des Einzelnen, sondern die Verantwortung des Einzelnen für das „Gemeinwohl“ (das heißt vor allem: die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Entlastung des Steuerstaates) stehen im Vordergrund. Der aktivierende Sozialstaat geht deshalb nicht zufällig mit einer neuen Rhetorik „staatsbürgerlicher Pflichten“ und teilweise mit einer neuen Art der Verachtung und Difamierung kollektiver Rechte einher.

Fünftens: In der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik geht der aktivierende Sozialstaat mit dem gezielten und systematischen Ausbau eines geringer geschützten Niedriglohnsektors einher. Die durch Aktivierungsstrategien zu besetzenden Arbeitsplätze sind in der Regel keine produktiven Hochlohnarbeitsplätze in Zukunftssektoren. (Beispiel: „Hartz-Reform“ und „Mini- und Midi-Jobs“). Da „prinzipiell jede Arbeit zumutbar ist“ (Wolfgang Clement), werden die Sanktionen bei Ablehnung von angebotenen Arbeitsplätzen verschärft. Kriterien der Qualität der Arbeit, Berufsschutz, vorhandene Kompetenzen oder Ansprüche verlieren weitestgehend an Bedeutung. Gerade mit Blick auf die „Vermittlung“ dieser Arbeitsplätze neigt der aktivierende Sozialstaat verstärkt zu „neuen Formen der Zwangsarbeit“ und einem „neuen Autoritarismus“, wie es der liberale Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf genannt hat. Dabei unterstützt die Abwendung von der Idee der sozialen Bürgerrechte und die Hinwendung zur aktivierende Staatshilfe die Tendenz, den Zwang zur Annahme ungeschützter Arbeit als „Instrument sozialer Kontrolle“ (ebenfalls Ralf Dahrendorf) zu missbrau-

chen. Arbeit droht ihren emanzipatorischen Charakter zu verlieren.

Für die aktuelle politische Debatte und die gewerkschaftliche Positionierung sind vor allem zwei Umstände wichtig. Zum einen: Dem Gedanken der „Aktivierung“ durch Leistungskürzung und der Strategie der gewährten bzw. abgeforderten Hilfe zur Selbsthilfe mag in der Theorie noch Sozialverträgliches abgewinnen zu sein. In dem Maße, in dem sich die aktivierende Sozialpolitik mit dem Übermaß an Arbeitslosigkeit infolge einer falschen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik konfrontiert sieht und sie zugleich in den Sog der durch das Euro-Regime verstärkten Spar-Hysterie (Stichwort: „Stabilitätspakt“) gerät, rücken die autoritären und auf Leistungskürzungen ziellende Komponenten in den Vordergrund. Zum Zweiten: Wer den Begriff des aktivierenden Sozialstaats übernimmt, signalisiert die Bereitschaft zur Übernahme der theoretischen und praktischen Prämissen – ob er will oder nicht!

III. Eckpunkte eines gewerkschaftlichen Gegenentwurfs

Das Sozialstaats-Projekt der Neuen Sozialdemokratie ist ein „Projekt der Erschöpften“. Es bringt die Erschöpfung der historischen Widerstandskraft der Sozialdemokratie gegen die (ökonomisch kontraproduktiven und gesellschaftlich zerstörerischen) Wirkungen des unregulierten Marktes zum Ausdruck.⁴ Als ein Konzept der „politischen Schadensbegrenzung“ versucht es die Folgeschäden übermächtiger Märkte zu begrenzen; aber Schadensbegrenzung bedeutet eben auch Inkaufnahme des Restschadens. Und dieser besteht in der Zurückdrängung von Verteilungsfairness, sozialer Sicherheit, sozial und ökonomisch begründeter Umverteilung und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aus diesen Gründen entwickelt das neue Sozialstaatsmodell weder Ausstrahlungskraft noch Aufbruchsstimmung oder gar Reformeuphorie; und aus diesen Gründen wirken die aus ihm abgeleiteten politischen Projekte, wie etwa die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder, so „mutlos“ und „blutleer“ (Klaus Zwickel).

Für die Gewerkschaften bietet sich hier keine zukunftstaugliche Perspektive:

Zum einen, weil diese Politik ökonomisch nicht funktioniert, sondern sich als prozyklische Krisenpolitik erweist. Sie beseitigt weder Arbeitslosigkeit noch Staatsschulden, sondern heizt beides an; sie fördert wirtschaftliches Wachstum nicht, sondern bremst es usw.. Die Praxis spricht Bände.

Zweitens, weil diese Strategie die Interessen der Arbeit systematisch denen des Kapitals und einer anonymen Standortwettbewerbsfähigkeit unterordnet und damit das sozialemanzipatorische Potenzial, das eine wirtschaftlich wie gesellschaftlich produktive Funktion des sozialstaatlichen Klassenkompromisses

war, verschleudert; und weil sie keine für Gewerkschaften akzeptable Vorstellung eines neuen gesellschaftsprägenden Sozialkompromisses enthält.

Schließlich weil dieses Gesellschafts- und Sozialstaatsmodell schwache, jedenfalls keine starken und autonomen Gewerkschaften braucht, sondern für sie lediglich die Rolle des mehr oder weniger kritischen Juniorpartners in Modernisierungs-Pakten (wie etwa das „Bündnis für Arbeit“) bereithält, in denen für die abhängig Beschäftigten nicht viel zu holen ist.

Die Gewerkschaften würden, ließen sie sich darauf ein, die Akzeptanz ihrer Mitgliedschaft verlieren und setzten ihre Zukunft als politische Gegenmacht- und Reformkraft und damit letztlich auch das organisationspolitischen Überleben aufs Spiel. Die Zustimmung zum Rück- und Umbau des Sozialstaates, zu tarifpolitischer Bescheidenheit und die Einordnung in Standortbündnisse schafft keine Mitgliederbindung. Somit scheidet der Weg in den „aktivierenden Wettbewerbsstaat“ für die Gewerkschaften, jedenfalls für die IG Metall, als Zukunftspfad aus!

Aber: Die erbitterte Verteidigung des Status quo scheidet selbstredend ebenso aus! Denn dieser ist durch die tiefgreifenden Probleme geprägt, die Wirtschaft und Gesellschaft blockieren und die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt haben. Was sollten wir an einem gesellschaftlichen Zustand verteidigen, der durch eine Massenarbeitslosigkeit von gegenwärtig 4,3 Mio. (bzw. eine reale Beschäftigungslücke von ca. 7 Mio. Arbeitsplätzen), durch eine permanente Finanzkrise des Steuerstaates (infolge der steuerpolitischen Selbstplünderung der öffentlichen Haushalte und der Arbeitsmarktkrise) und steigende Abgabenbelastungen der Arbeitseinkommen (infolge von Umverteilung und Massenarbeitslosigkeit) geprägt ist.

Notwendig ist also ein radikaler Politikwechsel, allerdings nicht in Richtung der „politischen Mitte“. Wenn man so will: ein neuer Weg nicht „jenseits von Rechts und Links“ (Anthony Giddens), sondern jenseits von Status quo und „Drittem Weg“. Wenn die Gewerkschaften daran mitarbeiten wollen, Wirtschaft und Gesellschaft auf einen anderen Entwicklungspfad zu bringen, und wenn sie sich dafür als autonome Reformkraft engagieren wollen, reichen reine Verteidigungsstrategien nicht aus. Gerade dann wachsen die Anforderungen an die eigene Fähigkeit, der schlechte Gegenwart sowie den neusozial-demokratischen Politikkonzepten alternative Strategieentwürfe entgegenzusetzen. Und das gilt nicht zuletzt mit Blick auf den Sozialstaat.

1. Die zentrale Ausgangseinsicht

Am Beginn der Entwicklung eigener Strategieentwürfe muss eine realitätstaugliche Einschätzung von Stärken und Schwächen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stehen. Zu den Stärken

gehören die Entfaltung der Arbeitsproduktivität sowie die politische Demokratie. Aber gerade die „kapitalistische Privatwirtschaft“ (Max Weber) hat auch strukturelle Defizite. „Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen“, so hat es einmal John Maynard Keynes in einem Epoche machenden Buch formuliert, das auch eine Art wirtschaftspolitisches Regiebuch für den historisch einmaligen Erfolg der Nachkriegs-Sozialdemokratie liefert.⁵ Man mag nun daran Zweifel anmelden, ob die stark nationalökonomischen Politikempfehlungen (beschäftigungsorientierte Geldpolitik, öffentliche Investitionslenkung, staatliche Nachfragestärkung), die Keynes aus seiner Analyse der Defizite der selbstregulierten Marktwirtschaft ableitet, die Transnationalisierung („Globalisierung/Europäisierung“) von Ökonomie und Politik schadlos überstanden haben.⁶ Doch wer wollte bezweifeln, dass die Instabilitäten einer zunehmend deregulierten Marktkökonomie durch die Transnationalisierungsprozesse eher zugeschlagen haben. Massenarbeitslosigkeit sowie die wirtschaftlich schädliche und gesellschaftlich ungerechte Verteilung der ökonomischen Wertschöpfung haben durch Globalisierung und Europäisierung an Brisanz gewonnen, nicht eingebüßt! Und das belegt: Solange wir in einer kapitalistischen Privatwirtschaft leben, bedürfen Markt und Gesellschaft der bewussten Regulierung durch den demokratischen Sozialstaat. Der wettbewerbsorientierte Rück- und Umbau des Sozialstaates zum Zwecke der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, der Attraktivität des Standortes oder der Förderung von Beschäftigung produziert Nebenfolgen, die hohe wirtschaftliche und politische Folgekosten erzeugen. Das hat die Neue Sozialdemokratie vergessen oder verdrängt und deshalb erweist sie sich vielfach als so hilflos gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen, die ihr in Deutschland zunehmend die Zustimmung ihrer WählerInnen kosten. Nicht die Frage, ob, sondern wie die sozialstaatliche Regulierung der kapitalistischen Privatwirtschaft angesichts der grundlegend veränderten Rahmenbedingungen aussehen muss, sollte Gegenstand der Reformdebatte sein.

2. Antizyklische Krisenüberwindung statt prozyklischer Krisenverschärfung

Eine neue, solidarische Modernisierung des Sozialstaates kann nur auf der Grundlage einer neuen Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik gelingen. Die aktuelle Politik der Steuergeschenke an die Wirtschaft und der Kürzung öffentlicher Ausgaben und sozialer Leistungen endet in öffentlichen und privaten Nachfragedefiziten; diese führen zu einer Unterauslastung der volkswirt-

schaftlichen Produktionskapazitäten und damit zu einem Rückgang der privatwirtschaftlichen Investitionsnachfrage. Die Wirtschaft stagniert, und zu den Einnahmeausfällen infolge unternehmerischer Steuerentlastungen gesellen sich stagnationsbedingte Steuerausfälle. Zugleich setzen die Kosten der Massenarbeitslosigkeit Staatshaushalte und Sozialkassen weiter unter Druck. Die öffentlichen Defizite müssen erhöht und eine neue Sparrunde aufgelegt werden – und der Teufelskreis beginnt von vorne. Genau das ist eines der Probleme mit der Agenda 2010. Schätzungen zufolge dürfte sie zum Verlust von etwa 100.000 Arbeitsplätzen führen.

Diese Politik ist perspektivlos: sie führt zu weniger Wachstum sowie zu mehr Schulden und Arbeitslosigkeit. Zu Recht fordern die Gewerkschaften eine wirtschaftspolitische Umkehr, z.B. durch:

- ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm zur Modernisierung der sozialen und ökologischen Infrastruktur und zur Erzeugung der dringend notwendigen Wachstumsimpulse;
- den Verzicht auf Kürzung von Sozialleistungen (Rente, Arbeitslosengeld und -hilfe usw.), um die „konjunkturellen Stabilisatoren“ wirken zu lassen;
- eine ökonomisch wachstumsfördernde und sozial gerechte Reform des Steuersystems (der Körperschaftsteuer, der Vermögens- und Erbschaftssteuer, der Einführung einer Börsenumsatzsteuer), um die Finanzmittel für die öffentlichen Aktivitäten zu erschließen und die volkswirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

3. Elemente eines neuen solidarischen Finanzierungsmodells

Zu überprüfen ist aber auch das tradierte Modell der Sozialstaatsfinanzierung. Heute orientiert sich die Verteilung der Finanzierungslasten an zwei Prinzipien: zwischen den Versicherten, also „innerhalb der Klasse“ gilt das Prinzip der Leistungsfähigkeit (allerdings mit einer stark degressiven Wirkung oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen); zwischen Kapital und Arbeit, also zwischen den Klassen, gilt das Paritätsprinzip. Letzteres ist der Neuen Sozialdemokratie ein besonderer Dorn im Auge. Um es klar zu sagen: Es gibt für die Gewerkschaften keinen Anlass, bei der Reform der Finanzierung des Sozialstaates vom Strukturprinzip der gleichgewichtigen Aufteilung zwischen Kapital und Arbeit abzuweichen.

Die Forderung nach Parität hält zu Recht an einer gerechten Aufteilung der Beitragslasten zwischen Kapital und Arbeit fest; und sie erzeugt einen ökonomischen Anreiz für die Unternehmen, kostentreibende Verhaltensweisen (wie Entlassungen, die Hinnahme gesundheitsschädigender Arbeitsbedingungen usw.) wenigstens in Grenzen zu halten, da sie über die steigenden Beiträge an den Folgekosten beteiligt sind.

Doch das Prinzip der gleichgewichti-

gen Beteiligung an den Sozialstaatskosten kann auch als Reformkompass außerhalb der direkten Beitragsfinanzierung dienen. So gibt es durchaus Gründe dafür, die starke Koppelung der Finanzierung der Sozialversicherungen an die Arbeits-einkommen zwar nicht gänzlich aufzuheben, wohl aber zu relativieren. Nicht aus Wettbewerbs- oder Beschäftigungsgründen. Die Lohnstückkostenentwicklung in Deutschland zeigt, dass der deutschen Wirtschaft aus der Entwicklung von Produktivität und Arbeitskosten gegenüber den meisten Konkurrenzstandorten eher komparative Vorteile als Nachteile erwachsen sind; und der deutsche Arbeitsmarkt wird nicht durch angeblich zu hohe Lohnnebenkosten, sondern durch unzulänglichen Konsum-, Staats- und Investitionsgüternachfrage stranguliert. Doch die Finanzierung der Sozialkassen aus der „volkswirtschaftlichen Lohnsumme“ stößt auf zwei andere Probleme. Zum einen ist sie als Finanzbasis in den letzten Jahren fast kontinuierlich erodiert, da der relative Wertschöpfungsanteil, den sich die Lohnabhängigen auf der primären Verteilungsebene sichern konnten, beständig zurückging (Stichwort: sinkende Lohnquote); und zum Zweiten führt sie in dem Maße zu Ungerechtigkeiten, in dem volkswirtschaftlich (auch unter den abhängig Beschäftigten) die Einkommensbestandteile zunehmen, die nicht über die Erwerbsarbeit verteilt werden.

Diesen Ergiebigkeits- und Gerechtigkeitsproblemen kann prinzipiell über drei Wege begegnet werden:

Erstens über die wertschöpfungsisierte Umstellung des Arbeitgeberbeitrages bzw. die Einführung einer additiven Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen. Ziel einer solchen Reform könnte sein, die arbeits- und beschäftigungintensiven Betriebe weniger als wertschöpfungsintensive zu belasten und damit den Wirtschaftsanteil zur Sozialstaatsfinanzierung enger an die betriebliche Wertschöpfung anzubinden; oder einen Schritt in Richtung Wiederherstellung der (durch Zuzahlungen und private Versicherungsprämien) zu Lasten der Versicherten beschädigten Parität zu gehen.

Ein zweiter Weg wäre die Anhebung des Steueranteils an den beitragsfinanzierten Sozialsystemen. Dadurch könnten gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die zur Zeit von den Sozialversicherungssystemen gewährte und nur von den Beitragszahler getragen werden, gerechter finanziert werden; zugleich könnte der Beitragssatz auf die Höhe herunter subventioniert werden, die man (aus welchen Gründen auch immer) für angemessen hält.

Schließlich käme die Ausweitung von Beitragspflicht und Versicherungsschutz auf alle Erwerbstätigen und die Ausweitung der Beitragspflicht auf weitere Einkommensarten (Kapital-, Miet- und Pachteinkommen) infrage. Die Finanzbasis der Sozialversicherungen würde breiter und stabiler und verlöre an Anhän-

gigkeit gegenüber dem Ausfransen des so genannten Normalarbeitverhältnisses; auch dadurch könnten die Beiträge entsprechend der zusätzlichen Einnahmen sinken.

Die Gewerkschaften haben die Neujustierung von Beitrags- und Steuermitteln und die Weiterentwicklung der Arbeitnehmer- zu universellen Erwerbstätigengesicherungen gefordert; und die Ausdehnung der Beitragspflicht auf alle Einkommensarten könnte unter der Bedingung einer entsprechenden Verteilungspolitischen Ausgestaltung ebenfalls ein sinnvoller Weg werden. Die additive Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen gewinnt in dem Maße an Plausibilität, in dem die Zusatzbelastungen der Versicherungen einseitig ausgeweitet werden.

Bei allen diesen Überlegungen können und sollten die Prinzipien der Belastung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sowie der Parität zwischen Kapital und Arbeit als Reformkompass dienen. Das bedeutet zum Beispiel: Auch wenn es nicht ohne Probleme möglich ist, bei einer Erhöhung des Steueranteils in den Sozialversicherungen eine exakte Parität in der Refinanzierung dieser Ausgaben zu sichern, so kann das Paritätskriterium als Verteilungspolitische Orientierungsmarke dienen. Wenn etwa, wie in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Parität bereits zu Lasten der mittleren versicherungspflichtigen Arbeitseinkommen verschoben ist, muss die Steuerfinanzierung dem entgegenwirken und etwa Unternehmens- oder höhere Kapital-einkommen heranziehen, soll auch nur ansatzweise von einer gerechten Lastenverteilung die Rede sein. Das ist aber das Gegenteil einer Reformstrategie, die aus falsch analysierten Wettbewerbsgründen und zweifelhaften Gerechtigkeitsgründen die Verteilungsrelationen in Richtung Selbstfinanzierung der Lohnabhängigen verschieben will und deshalb das Paritätskriterium diskreditiert.

2. Ent-Marktlichung und Förderung von Selbsthilfepotenzialen

Auch in der Frage der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft bzw. dem Sozialstaat weist eine solidarische Reformstrategie in eine andere Richtung als der aktivierende Sozialstaat. Heute dringt der Markt in immer weitere Bereiche der Arbeitswelt und der Gesellschaft vor und erweitert dort die Autonomiespielräume der Menschen nicht, sondern schränkt sie ein. Gerade deshalb muss Sozialpolitik, die auf die Steigerung von Autonomie und Souveränität des Einzelnen zielt, seine Abhängigkeit vom Markt reduzieren und nicht erhöhen. Das Gegenkonzept zur „Aktivierung über die Mobilisierung von Marktdruck“, also über Leistungskürzungen und verschärfte Zumutbarkeitsregelungen, ist die Förderung kollektiver Selbsthilfe auf sozial gesicherter Basis. Wenn chronisch kranken oder pflegebedürftigen Menschen tatsächlich Hilfe zur gemeinsamen

Selbsthilfe gewährt wird, dann kann dies effektiver und humaner sein, als mit medizinischen oder Geldleistungen aus der Kranken- oder Pflegeversicherung „abgespeist“ zu werden. Nicht selten ist das Leben in einer Selbsthilfe-WG mit mehr Lebensqualität verbunden als die „Aufbewahrung“ in einem (auch noch so gut durchorganisierten) Pflegeheim.

Dies bedeutet keineswegs, auf die Förderung von Eigenverantwortung zu verzichten. Im Gegenteil: Zivilgesellschaftliches Engagement kann staatliche Aufgaben übernehmen und zugleich die Lebensqualität sozialer Leistungsbezieher erhöhen. Die Wohlfahrtsgesellschaft kann den Wohlfahrtsstaat durchaus entlasten. Doch eine solche Strategie zur Entlastung des Sozialstaats ist nicht über Leistungskürzungen, administrative Repressionen und den Entzug staatlicher Mittel anzuschieben. Die Drohung mit sozialer Unterversorgung und staatlichem Druck bringt soziale Existenzängste, aber nicht Selbstbewusstsein und Selbstbehauptungsfähigkeit in der Marktgemeinschaft hervor. „Angst essen Seele auf“ (R. W. Fassbinder) – emanzipierte Lebensweisen und eine innovative und solidarische Gesellschaft entstehen so nicht.

IV. Die „historische Ehe“ zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften steht auf dem Prüfstand

So, wie der unterschwellige Strategiekonflikt zur Zeit ausgetragen wird, schwächt er den DGB und seine Gewerkschaften auf Dauer. Vor allem, weil er das Vertrauenskapital der gewerkschaftlichen Führung in der Mitgliedschaft ver spielt. Oder kommunikationstheoretisch formuliert: Die unterschiedlichen Signale, die die intransparente Kontroverse zwischen den Gewerkschaftsvorsitzenden an die Mitgliedschaft aussendet, kann vom Empfänger nicht entschlüsselt werden. Sie fördert eher Verwirrung und Misstrauen als Überzeugung und Aktivitätsbereitschaft. Zugleich spricht vieles dafür, dass die Neue Sozialdemokratie auf dem Weg des wettbewerbsorientierten Um- und Rückbaus des Sozialstaates weiter gehen wird.

Gerhard Schröder hat unmissverständlich darauf hingewiesen, dass die Agenda 2010 erst der Beginn eines lang andauernden Prozesses ist, von dem er sich durch die diversen Lobby-Verbände, zu denen die Neue Sozialdemokratie auch die Gewerkschaften zählt, nicht abringen lassen wird. Das sollten wir ernst nehmen.

Dieser Konflikt zwischen der strategischen Positionierung der Neuen Sozialdemokratie und der Interessenlage der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder dürfte der gegenwärtigen Zerrüttung des Verhältnisses eine gewisse Dauer verleihen. Das müssen die Gewerkschaften zur Kenntnis nehmen! Es wäre verantwortungslos, die gegenwärtigen Spannungen für ein Missverständnis oder eine beiläu-

fige, vorübergehende Erscheinung zu (ver)klären und sich in den bequemen Ge- wissheiten gemeinsamer Traditionen in Sicherheit zu wiegen. Auch hier müssen wir die neue Realität zur Kenntnis nehmen. Auf absehbare Zeit werden die Gewerkschaften über die sozialdemokratische Parlamentsmehrheiten im politischen Raum nicht viel von ihren Konzepten umsetzen können! Und damit stehen wir vor einem großen Problem. Denn natürlich brauchen wir in den politischen Arenen durchsetzungsfähige Akteure, die unsere Mobilisierungsimpulse aufnehmen und in politische Entscheidungen, Gesetze usw. umsetzen.

Zwei Szenarien sind denkbar, um diesen Zustand der Zerrüttung zwischen SPD und Gewerkschaften zu beenden:

Szenario A: Beide „Ehepartner“ überwinden die Beziehungskrise, wagen noch mal einen neuen Anfang, einen zweiten Versuch und untermauern diesen mit kleinen gegenseitigen Geschenken. Doch ein klarer Blick auf die meisten Beziehungskisten zeigt: Erfolge sind den „zweiten Versuchen“ zumeist nur dann beschieden, wenn Beide sich einen neuen gemeinsamen Lebensentwurf erarbeiten und ihn gemeinsam leben. Angesichts der beschriebenen Problem- und Konfliktkonstellation ist die Wahrscheinlichkeit, dass dies zwischen SPD und DGB-Gewerkschaften auf absehbare Zeit gelingt, nicht sehr hoch einzuschätzen. Gründe genug also, die Situation zu durchdenken, die dann entstünde. Szenario B: Der Kanzler macht ernst mit der Fortsetzung der Agenda 2010-Politik und hält die Sozialdemokratie auf dem „Dritten Weg“-Kurs. Er setzt das Konzept der aktivierenden Sozialstaatspolitik sukzessive um. Dass dies eine wahrscheinliche Variante ist, hat nicht zuletzt die Belobigung und der Schulterschluss von Gerhard Schröder mit Tony Blair anlässlich des 140. Geburtstages der Sozialdemokratie gezeigt hat. Damit würde der gegenwärtigen Zerrüttung eine Phase dauerhafter Distanz folgen. Denn für die Gewerkschaften, insbesondere für die IG Metall, ist ein Einschwenken auf den Weg des wettbewerbsorientierten Um- und Rückbaus des Sozialstaates auf Dauer nicht durchhaltbar.

Diese Konstellation ist weder für die Sozialdemokratie noch für die Gewerkschaften ohne Probleme. Der Sozialdemokratie kommt eine gesellschaftlich bedeutende Institution abhanden, die in Krisensituationen stets bereit war, als politischer Werbeträger und Akzeptanzbeschaffer für sozialdemokratische Spitzenkandidaten und Politikprojekte zu wirken. Ob die Sozialdemokratie ohne diese Unterstützung politisch wird überleben können, ist keineswegs ausgemacht. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Spin-Doctors im Kanzleramt durch ihre habituelle Distanz zu den Gewerkschaften zu einer hoch riskanten Strategie haben hinreißen lassen, deren politische Kosten heute noch gar nicht absehbar

sind. Aber auch für die Gewerkschaften entsteht eine schwierige Konstellation. Da in den Arenen der politischen Entscheidung keine linke Kraft mehr vorhanden ist und die Grünen längst mit der FDP um die Vorherrschaft im Bereich des Wirtschaftsliberalismus kämpfen, käme den Gewerkschaften mit der Scheidung von der SPD endgültig der politische Arm abhanden. Mit anderen Worten: Selbst wenn die gesellschaftliche Mobilisierung gelingt, fragt sich, wer die gesellschaftlichen Protest- und Gestaltungsimpulse im politischen Bereich aufnimmt und in Politik und Gesetze umsetzt. Was also tun?

V. Neue Wege wagen: Gewerkschaftliche Autonomie neu buchstabieren!

Von der aus dem privaten Beziehungsturbulenzen bekannten Angst vor dem Single-Dasein sollten sich die Gewerkschaften nicht einschüchtern lassen. Auch dem politischen Single bieten sich nicht nur neue Probleme, sondern auch neue Chancen. Meine These lautet: Die Gewerkschaften können und wollen auf die SPD als Bündnisakteur nicht gänzlich und dauerhaft verzichten; doch solange die SPD den falschen Dritten Weg nicht verlassen will, müssen die Gewerkschaften den „Umweg über die Aktivierung der Zivilgesellschaft“ gehen.

Das bedeutet: Was zuvor über den direkten Weg, also die selbstverständlichen Arbeitskontakte, persönliche Bekanntschaften oder gar politische Personalunionen, über gemeinsame Traditionen, Werte und soziokulturelle Deutungsmuster vermittelt werden konnte, muss in einer Phase gewachsener Distanz zwischen Gewerkschaften und SPD über den Kampf für andere gesellschaftliche Mehrheiten versucht werden. Wo der „kurze Weg“ Erfolg verspricht, muss er selbstredend intensiv genutzt werden. Aber das wird immer seltener der Fall sein; und daher müssen die Gewerkschaften mit eigenen, überzeugenden Alternativkonzepten, aber natürlich auch mit sozialer Mobilisierungskraft um Anerkennung und Mehrheiten in der Gesellschaft streiten. Es geht um den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten für eine andere Politik, aus der in funktionierenden Demokratien politischen Mehrheiten werden (können). Denn die legitimationsabhängigen Parteien können, bei Strafe ihres politischen Untergangs, auf Dauer nicht gegen gesellschaftliche Mehrheiten regieren – und das ist gut so.

1. Der Ausbau gewerkschaftlicher Kompetenzen

Eine solche Orientierung erfordert von den Gewerkschaften neue und umfassende Kompetenzen, die zusammenkommen und einander ergänzen müssen.

Mobilisierungs-Kompetenz: Bisher war ein ausgewogenes Verhältnis von Konfliktfähigkeit und Kompromissbereitschaft, von Mobilisierung und Verhandlung, von Widerstandsfähigkeit und

Reformfähigkeit identitätsstiftend für die IG Metall. Zukünftig wird die Mobilisierung gesellschaftlichen Protestes und Widerstandes in politischen Konfliktsituationen an Bedeutung gewinnen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, durch diesen Widerstand die politischen Konfliktkosten der aktuellen Politik des wettbewerbsorientierten Umbaus des Sozialstaates zu erhöhen, um damit alternative, solidarische Reformstrategien attraktiver zu machen.

Dass diese Mobilisierungsfähigkeit vor allem auf einer möglichst breiten Verankerung in den Betrieben und in den unterschiedlichen Lohnabhängengruppen beruhen muss; dass sie die erfolgreiche Wahrnehmung der Kernaufgabe der IG Metall, die tarifpolitische Interessenvertretung der Mitglieder, voraussetzt, steht außer Frage. Sollten die Gewerkschaften die Lücke zwischen dem sozialen Profil ihrer Mitgliedschaft und der gesellschaftlichen Sozialstruktur nicht schließen können, sollte ihnen die organisationspolitische Verankerung in neuen Sektoren der dienstleistungsgeprägten Erwerbsarbeit nicht gelingen und sollten sie schließlich keinen adäquaten interessengesetzlichen Zugang zu den unterschiedlichen Lohnabhängigenmilieus finden, wird sich die Frage der Mobilisierung gesellschaftlicher Reformkraft gar nicht mehr stellen. Denn natürlich kann diese kein Ersatz, sondern nur (allerdings notwendige) Ergänzung zur betrieblichen und tarifpolitischen Verankerung sein. Aber es geht nicht nur um Mobilisierungs-Kompetenz.

Konzept-Kompetenz: Die sozialpolitische Mobilisierung gegen den wettbewerbsorientierten Um- und Rückbau des Sozialstaates schließt immer zwei Komponenten ein: Die Mobilisierung gegen die Durchsetzung falscher und die Mobilisierung für die Durchsetzung richtiger Konzepte. Die Entgegenseitung von Gegenmacht und Reformkraft ist von der Sache her unsinnig und taugt nicht einmal für tagesaktuelle Leitartikel. Gestaltungskraft muss auf Gegenmachtfähigkeit beruhen, und ohne Gestaltungskraft läuft Gegenmachtfähigkeit in Leere. Daraus folgt: für die Gewerkschaften ist nicht nur die politische, sondern gleichermaßen die konzeptionellstrategische Mobilisierung von zentraler Bedeutung.

Dieser Ausbau der Konzept-Kompetenz dürfte den Gewerkschaften gegenwärtig durchaus schwer fallen. Nicht in der Rhetorik, wohl aber in der Praxis. Doch es hilft nichts: Auch wenn die Ressourcen vielfach durch die aktuellen Abwehrkämpfe und Aktivitäten im gewerkschaftlichen Kerngeschäft gebunden sind, müssen die Gewerkschaften stärker als bisher zu „politisch-strategischen Investitionen“ bereit sein. Stärker als heute sind finanzielle, personelle und intellektuelle Ressourcen für die Entwicklung strategischer Zukunftskonzepte bereit zu stellen. Es geht um die kontinuierliche Beobachtung der Zeitgeschichte, um die dauerhafte und systema-

tische Suche nach neuen Entwicklungen, bevor sie unmittelbar relevant für die Gewerkschaften geworden sind. Es geht gewissermaßen um gesellschaftskritische Grundlagenarbeit.

Hier stellt sich eine Reihe von Fragen. Welcher Stellenwert politischen „Think Tanks“ bei der Erringung gesellschaftlicher Hegemonie zukommen kann, lässt sich aus der erfolgreichen „Revolution“ der Neo-Konservativen in den USA lernen. Was hieße das etwa für die wissenschaftlichen Einrichtungen der Gewerkschaften, also das WSI, die Hans-Böckler-Stiftung, die Otto-Brenner-Stiftung. Wie können sie intensiver als bisher in diesen Such-, Diskussions- und Konzeptionierungsprozess eingebunden werden, ohne selbstredend das unverzichtbare Mindestmaß an wissenschaftlicher Autonomie infrage zu stellen?

Zugleich stellen sich neue Anforderungen an die zu entwickelnden Konzepte. Bisher waren wir bei der Entwicklung unserer Konzepte stets darauf bedacht, eine zu große Entfernung von dem zu vermeiden, was man für durchsetzbar hielt. Zugleich sollte die Anschlussfähigkeit insbesondere an sozialdemokratische Positionen nicht verloren gehen. Ein solcher Schuss Pragmatismus wird auch in Zukunft notwendig sein, sollen gewerkschaftliche Reformvorstellungen nicht in abstrakte Utopien abgleiten. Aber etwas mehr „realutopischen Überschuss“ könnten sie schon brauchen. Wenn Reformkompetenz und politische Ausstrahlungskraft in die Zivilgesellschaft gefragt sind, sind nicht Pragmatismus und Anschlussfähigkeit an sozialdemokratische Positionen (zumal, wenn diese auf „dritte Irrwege“ geraten sind), sondern gewerkschaftliche Authentizität und politische Bündnisfähigkeit die entscheidenden Prüfkriterien. Die Gewerkschaften müssen auch wieder den Mut zurückgewinnen, Forderungen und Konzepte in die politischen Aushandlungsprozesse einzubringen, hinter denen sich nicht sofort Befürworter versammeln und die gleichwohl „von der Sache her“ unverzichtbar sind. Das bedeutet keinen Abschied von einer realitätsbezogenen Gestaltungspolitik, wohl aber eine Neubewertung von „Strategien mit mittlerer Reichweite“.

Diskurs- und Netzwerk-Kompetenz: Alles das wird zukünftig immer schwieriger im Alleingang zu bewältigen sein. Die Entwicklung von Mobilisierungs- wie von Konzeptkompetenzen muss verstärkt in Diskussionen und kontinuierlichen Arbeitsbeziehungen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, Organisationen und Institutionen geschehen. Die neuere Politikwissenschaft weist seit geraumer Zeit darauf hin, dass in ausdifferenzierten Gesellschaften auch dem Staat der Regierungsstil autoritär-hierarchischer Anweisungen kaum mehr zur Verfügung steht. Auch er muss sich als „verhandelnder Staat“ um Kontakte zu den relevanten gesellschaftlichen Akteuren bemühen. Dies geschieht in so genannten „po-

litischen Verhandlungssystemen“ und „Politik-Netzwerken“ zwischen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren, zu denen auch die Gewerkschaften gehören. Doch dies bietet auch für die Gewerkschaften mehr Chancen, als diese bisher zu nutzen fähig waren.

2. Die wachsende Bedeutung strategischer Allianzen

Dies verweist auf die wachsende Bedeutung strategischer Allianzen zur Durchsetzung organisatorischer Interessen. Um die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit über eine erhöhte Mobilisierungs-, Konzept- und Netzwerk-Kompetenz zu stärken, ist ein systematischer Ausbau der Kontakte zu anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren notwendig. Dabei geht es zum einen natürlich auch um „Mobilisierungs-Allianzen“ zur Verbesserung von Durchsetzungsmacht in zugespitzten Konfliktsituationen. Wenn auch zumeist sporadisch, verfügen die Gewerkschaften durchaus über solche Erfahrungen mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder Nichtregierungsorganisationen. Hinzu kommen könnten zukünftig aber vor allem in den sozialpolitischen Feldern auch Akteure wie gesetzlichen Krankenversicherungen oder die Rentenversicherungsträger. Auch wenn diese durch ihre paritätisch besetzten Selbstverwaltungsgremien gegenüber dedizierten politischen Positionierungen gewisse Reserven haben, verfügen sie durchaus über gesonderte organisatorische Eigeninteressen, die sich zumindest punktuell in Strategien einer solidarischen Sozialstaatsreform integrieren lassen.

Auch dies erfordert einige Veränderungen auf Seiten der Gewerkschaften. So müsste von der heutigen Praxis abgewichen werden, politische Positionen im Alleingang zu entwickeln, um diese dann anderen als unveränderbare Plattform für ein gemeinsames Handeln anzubieten, ohne sie wirklich offen zur Debatte zu stellen. Wer möglichst früh auf gemeinsames politisches Handeln orientiert, der muss auch möglichst früh die Ziele dieses Handeln gemeinsam definieren und nicht nur Mobilisierungs-, sondern auch Konzeptallianzen miteinander eingehen. Dies sollte keineswegs als Einschränkung empfunden werden. Heute sind die Fragen einer solidarischen Weiterentwicklung des Sozialstaates in der Regel ohnehin so kompliziert, dass kein einzelner Akteur alleine hinreichende Lösungsvorschläge parat haben kann. Inhaltliche Kooperation kann von wechselseitigem Nutzen sein.

3. Mehr Flexibilität durch einen neuen Bündnis-Pragmatismus

Wenn die Sozialdemokratie als quasi natürlicher Lebenspartner nicht mehr zur Verfügung steht, müssen die Gewerkschaften immer wieder aufs Neue und an den jeweiligen Konfliktgegenständen

orientiert nach Partnern Ausschau halten. Das historische Dauerbündnis mit der Sozialdemokratie dürfte durch „Von Fall zu Fall“-Bündnisse mit unterschiedlichen Akteuren ersetzt werden. Wenn notwendig und möglich, sollten die Gewerkschaften auch nicht zögern, auf Sachkoalitionen mit anderen parlamentarischen Kräften hinzuarbeiten. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass die wettbewerbspolitische Radikalisierung der CDU/CSU zu internen Konflikten führt und der „Flügel der Sozialdemokraten in der Union“ (von Norbert Blüm bis Horst Seehofer), der heute nahezu bedeutungslos ist, als Proteststimme an Bedeutung gewinnt. Auch im Bereich der ehemals linken, grünen Bewegung existieren noch Akteure, die sich in der Juniorpartnerrolle beim wettbewerbsorientierten Rückbau des Sozialstaates nicht wohl fühlen. Und schließlich ist nicht ausgeschlossen, dass eine linke politische Kraft wieder in parlamentarische Funktionen zurückkehrt. Die Gewerkschaften sollten sich also durch eine Strategie eines neuen „Bündnis-Pragmatismus“ Zweckbündnisse mit allen Kräften offen halten.

4. Der überfällige Aufbruch auf eine Entdeckungsreise nach Europa

Zwar ist nach wie vor die nationalstaatliche Ebene die zentrale Ebene politischer Entscheidungen. Aber zweifelsohne gewinnt die europäische Ebene an Bedeutung.

Die Gewerkschaften sollten nicht nur ihre Organisationsstrukturen weiter europäisieren, sondern auch systematisch ausleuchten, wie sie in den Arenen der europäischen Politik Fuß fassen können. Mitunter könnte es möglich sein, Bündnispartner, die auf nationalstaatlicher Ebene verloren gegangen sind, auf europäischer neu zu entdecken. Jedenfalls ist bisher gänzlich unversucht geblieben, im europäischen Parlament neue Bündnispartner für gewerkschaftliche Politik zu finden. Gleches gilt für die Europäische Kommission. Natürlich werden auch diese Bemühungen immer wieder mit der Hauptstößrichtung des europäischen Integrationsprozesses kollidieren, der eindeutig in Richtung einer wettbewerbspolitischen Restrukturierung Europas mit deutlichen angebotspolitischen und monetaristischen Elementen weist. Aber es gibt durchaus positive Gegenimpulse. So konnten etwa im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes über den Umweg der europäischen Richtlinien-Politik wichtige Impulse für innovative Veränderungen im deutschen Arbeitsschutzrecht durchgesetzt werden, die in den nationalstaatlichen Arenen nicht durchsetzbar waren. Ob wir es wollen oder nicht: Der Druck, der aus dem Euro-Finanzregime und den neuen Maßnahmen der „offenen Koordinierung“ der Sozialpolitiken auf die Gewerkschaften und nationalen Sozialstaaten ausgeht, erfordert ohnehin erhebliche finanzielle, personelle und konzeptionelle Investitionen in die Europäi-

sierung der gewerkschaftlichen Politik.

All diese Aufgaben und Anforderungen scheinen übermäßig in einer Zeit, in denen die Gewerkschaften strategisch mit dem Rücken an der Wand stehen. Doch auch für die Gewerkschaften gilt, was wir für Betriebe immer wieder postulieren: Gerade in strukturellen Krisenzeiten entscheidet nicht zuletzt die Belegschaft, trotz aller Sparwünsche Ressourcen für strategische Zukunftsaufgaben bereit zu stellen, über das Überleben.

1 Dabei ging es vor allem um Schutz vor den bzw. Korrekturen der Fehlfunktionen des Marktes, es ging, wie es ein renommierter Sozialstaatsforscher einmal formuliert hat, um „Politics against markets“, also um „Politik gegen Märkte“ (G. Esping-Andersen).

2 „Social citizenship“ hat es der Sozialwissenschaftler Thomas H. Marshall in einer sehr einflussreichen Interpretation genannt. Inhaltlich ließe sich dieser Begriff als sozialer Bürgeranspruch oder soziales Bürgerecht bezeichnen.

3 In der Praxis arbeitet der aktivierende Sozialstaat in der Regel mit einer Mischung aus materiellen Leistungskürzungen bzw. verschärften Zugangsvoraussetzungen und – in einigen Fällen – vergleichsweise geringen materiellen Hilfen für gewünschte Verhaltensweisen. Beispiele aus der neueren Sozialpolitik der rotgrünen Bundesregierung gibt es genug: Etwa in der Alterssicherungspolitik. Da die ArbeitnehmerInnen bisher nur in geringem Umfang bereit (oder in der Lage!) waren, Teile ihres Entgeltes in private und über die Kapitalmärkte refinanzierte Versicherungssysteme zu investieren und sich mehr oder weniger auf die gesetzliche Rente verlassen haben, half bzw. hilft der aktivierende Staat nach. Rentenkürzungen, höhere gesetzliche Altersgrenzen und Beitragsentlastungen der Arbeitgeber greifen ineinander, um ArbeitnehmerInnen zu „aktivieren“, Einkommensbestandteile in kapitalgedeckte Vorsorgesysteme zu investieren und zugleich länger im „aktiven Arbeitsleben“ zu verbleiben.

4 In der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Debatte ist der hier gemeinte Prozess als kontinuierlicher Prozess der politischen Deradikalisierung beschrieben worden: „Betrachtet man das 20. Jahrhundert aus der Vogelperspektive, lässt die europäische Sozialdemokratie eine klare Linie erkennen: Sie verläuft von der radikalen Ablehnung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln über die Akzeptanz einer wohlfahrtsstaatlich gebändigten und keynesianischen gesteuerten Marktwirtschaft bis hin zur Anerkennung gesellschaftlicher Ungleichheit als legitimes und ökonomisch funktionales Stratifikationsmuster hochentwickelter Marktgemeinschaften unter Bedingungen globaler ökonomischer Transaktionen. Damit lässt sich über hundert Jahre ein kontinuierlicher Prozess der politischen Deradikalisierung erkennen.“ (W. Merkel, Die Dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert, in: Berliner Journal für Soziologie, 2/2000, S. 99-124). Wo dieser Weg wohl enden mag?

5 J. M. Keynes., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 2000 (1936), S. 314.

6 Auch ich plädiere für einen „wachstumspolitisch geläuterten Euro-Keynesianismus“, wie ihn etwa die „Euro-Memo-Gruppe“ vorschlägt; einen Keynesianismus, der die stark konjunkturpolitische Schlagseite zugunsten der Aufwertung struktur- und ordnungspolitischer Interventionen relativiert; der stärkeres Augenmerk auf die soziale Qualität ökonomischen Handels richtet; der ökologische Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns als zentrales Politikziel integriert und der schließlich auf europäischer Ebene konzipiert und praktiziert wird.

BDA gegen Krankenkassen-Beitragssenkung „auf Pump“. *FR, Montag, 28.7.03.* – Einige Krankenkassen stellen Beitragssenkungen in Aussicht, die AOKs knüpfen dies aber an die Bedingung, dass der Schuldenabbau der Kassen gestreckt werde. Die Bundesregierung plane eine Streckung der Schulden in Höhe von 7 Milliarden Euro über 4 bis 5 Jahre. Arbeitgeberpräsident D. Hundt wendet sich gegen eine solche unsolide finanzierte Beitragssenkung.

BDA gegen Zuschläge auf das neue Arbeitslosengeld II. *FAZ, Montag, 4.8.03.* – Scharf kritisiert BDA-Präsident Hundt die Höhe der neuen Hilfeleistung. „Die neue Leistung muss sich am Niveau der Sozialhilfe orientieren“.

BDI feilscht um Verschmutzungsrechte. *HB, Mittwoch, 6.8.03.* – Die Industrie fürchtet Verzögerungen der Umsetzung des EU-Klimaschutzrechtes. Der BDI hofft, dass sich bei Verteilung der Verschmutzungsrechte der deutschen Industrie („Allokationsplan“) Wirtschaftsminister Clement gegen Bundesweltminister Trittin durchsetzt: für Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs kann die deutsche dann z.B. der russischen Industrie Filteranlagen spendieren und sich damit von eigenen Auflagen freikaufen (Joint Implementation). Nach wie vor fehlen allerdings Vorschläge der Industrie, wie die Verschmutzungsrechte auf einzelne Anlagen umgelegt werden soll.

BDI drängt auf Erleichterung von Rüstungsexporten. *HB, Freitag/Samstag 8./9.8.2003.* – „Hilfreich wäre, wenn der Bund seine starre Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte an das europäische Niveau angleichen würde,“ fordert T. Meyer, Leiter der Abteilung öffentliches Auftragswesen und Verteidigungswirtschaft im BDI. Solange dies nicht der Fall sei, erlitten die deutschen Unternehmen weiterhin entscheidende Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren französischen und britischen Konkurrenten. Zudem werde die europäische Kooperation behindert, weil kein ausländisches Unternehmen an der Arbeitsteilung mit deutschen Wettbewerbern interessiert sei, wenn es sich damit an die deutsche Genehmigungspolitik bindet. Dagegen hält der BDI nichts davon, ausländische Übernahmen wehrtechnischer Unternehmen gesetzlich einzuschränken. Der ausländische Erwerb von Anteilen an Rüstungsunternehmen ab 25 % soll jedoch lt. einem Referentenentwurf unter Genehmigungsvorbehalt der Regierung stehen, wenn wesentliche BRD-Sicherheitsinteressen beeinträchtigt werden könnten.

Rüstungsindustrie gegen „Lex-Anti-Amerika“. *HB, Mittwoch, 20.8.03.* – Die Regierung beansprucht einen Vorbehalt, wenn eine ausländische Firma zu mehr als 25 Prozent bei einer deutschen Rüstungsfirma einsteigt. Nach dem Bundeswirtschaftsministerium kommen die im Kriegswaffenkontrollgesetz genannten Bereiche in Betracht, das Bundesverteidigungsressort empfiehlt, sich am Außenwirtschaftsgesetz zu orientieren. Der BDI stellt sich gegen eine Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes. Zusätzliche staatliche Regelungen erhöhen das Unternehmensrisiko, so BDI-Hauptgeschäftsführer L. v. Wartenburg. Vor „gravierenden Folgen für mittelständische Unternehmen und Zulieferer“ werde aus Firmenkreisen gewarnt, weil die Reichweite der Regelung unklar sei. Die Regierung argumentiert, dass Fusionen dadurch nicht unmöglich würden. Das Einspruchsrecht solle gerade Kooperationen zwischen deutschen und europäischen Rüstungsfirmen ermöglichen, indem zunächst ein Ausverkauf an potenterne Firmen im außereuropäischen Raum verhindert werde.

„Einfachere Berufe“ für schlechtere Zeugnisse. *HB, Freitag / Samstag, 22./23.8.03.* – Handwerkspräsident Philipp will die Tatsache, dass 15 % der Schulabgänger eines Jahrgangs den Anforderungen einer normalen Lehre nicht gewachsen sind, mit kürzeren Ausbildungsgängen für einfachere Berufe beantworten. Die Schaffung solcher Ausbildungsgänge blockiere seit Monaten die IG Metall. Bundeswirtschaftsminister Clement hat den Gewerkschaften jetzt eine Frist bis 15. 9. gesetzt. „Wenn sie sich bis dahin nicht bewegen, werden wir diese Ausbildungsgänge dekretieren“.

BDI lobt Verzicht auf „Substanzbesteuerung“. *FR, Donnerstag, 14.8.03.* – BDI-Chef M. Rogowski lobt die Kabinettsbeschlüsse über Steuer- und Haushaltspolitik: Sie brächten „weitere Bewegung, um verkrustete Strukturen aufzubrechen“. Jedoch seien die Entscheidungen „in sich widersprüchlich“. Die Industrie sehe sich zudem vor „unkalkulierbaren Risiken“, weil bereits angekündigt werde, dass das Gesetzespaket „in einem undurchschaubaren Vermittlungsverfahren“ landen werde. Positiv bewertete Rogowski, dass die Regierung bei der Neukonzeption der Gemeindewirtschaftssteuer ausdrücklich auf gewinnunabhängige Elemente verzichte. Positiv sei auch der Verzicht auf die Besteuerung von Zinsen, Pacht und Mieten bei der Gewerbesteuerreform.

Presseauswertung: *rst*

Franz Fühmanns „Saiäns-Fiktschen“

Von Lutz Kirschner

„Sinn und Form“, die DDR-Literaturzeitschrift, veröffentlichte in ihrem ersten Heft des Jahres 1976 Franz Fühmanns Erzählung „Die Ohnmacht“. Ort und Zeit der Handlung waren dem Text nicht zu entnehmen, viele Details der Geschichte machten jedoch klar, daß es zumindest nicht die Vergangenheit oder das unmittelbare Hier und Heute sein könnte. Die Story selbst schien hoch befremdlich: Ein von dem Trinker Pavlo entwickelter Apparat hat die Fähigkeit der Zukunftsvorhersage. Wird eine Person angeschlossen, ist erkennbar, was sie in einer späteren Zeitsequenz notwendig tun wird. Das Experiment, das den Glauben an die menschliche Willensfreiheit ad absurdum führt, fordert einen Diplomlogiker heraus. Entgegen der Warnungen Jannos, der mit dem Effekt vertraut ist und ihn mit dem Phänomen der Antikausalität erklärt – man „handelt auf das hin, was jetzt noch nicht da ist, doch einst Ursache gewesen sein wird“¹ – wettet er, daß er „kraft eigenen Willens zur X-Zeit etwas wahrnehmbar anderes tun“² werde. Die Zukunftsschau zeigt ihn zehn Minuten später durch die Stadt laufen, er sieht sich nahe vor dem Haus von Bekannten und deren kleines Kind spielend auf der Fensterbank des fünften Stocks. Der Logiker bricht den Blick in die Zukunft ab und läuft los, das Kind zu retten. Er hastet bei Rot über die Straße, wird von einem Polizisten mit einem Magnetstab festgehalten und befreit sich mit einem Fußtritt, kämpft sich durch ein Straßenkonzert der Jungmädchenwehr, die den „allbeliebte(n) Marsch Nummer sieben: Unser Weg geht gradaus in das Morgen hinein, und das Morgen ist hell und schön!“³ zum Besten geben, kann einen Volksschützer erweichen, nicht sein Fangnetz gegen ihn einzusetzen, und ist, zusammen mit der Feuerwehr, die versucht, ein Sprungstuch auszubreiten, kurz vor dem Haus. Das Geschehene hat sich ereignet. Der Absturz kann nicht verhindert werden, das Kind fällt. Janno, der hoffte, hier die Ausnahme von der Vorbestimmtheit durch das Künftige zu erleben, zerstört den Apparat, Pavlo faßt das Geschehene in den Worten zusammen „Da kann man halt nix machen ... Und's schlaue Apparaterl weiß das!“⁴ und fällt betrunken in die Reste des Versuchsaufbaus.

I.

Diese Geschichte der Negation humanen Wollens ist dann die erste von den sieben Erzählungen des Bandes „Saiäns-Fiktschen“, der 1982 erscheint. (Wenngleich im Buch 1981 angegeben wird, das Jahr des 150jährigen Bestehens des Rostocker Hinstorff Verlags.) In seiner Einleitung

spricht Fühmann davon, daß er „Die Ohnmacht“ in einer „bösen Krise“ schrieb, um „eine existentielle Lähmung“⁵ zu überwinden. Genauer erklärt er sich in einem späteren Gespräch mit Lesern – zu Besuch bei dem tschechischen Lyriker Ludvík Kundera mußte Fühmann erleben, daß dessen Tochter dringend benötigte Medikamente verweigert wurden, weil ihr Vater aufgrund der Namensgleichheit mit dem bekannten Systemkritiker gleichfalls als Dissident angesehen und ausgegrenzt wurde.⁶ Offenbar hatte diese Erfahrung politischer Absurdität und persönlicher Ohnmacht auch zum Rückfall Fühmanns in den Alkohol beigetragen, in seinem Ringen um das Wiedergewinnen der für ihn seit einer Entziehungskur 1968 unabdingbaren Abstinenz schrieb er im Juni/Juli 1975 diesen ersten Text der späteren Reihe. Als Autor fand er damit auch eine ihm gemäße Form, „Bedrängnisse und Nöte schreibend zu materialisieren, Bedrängnisse und Nöte jener Art, die sich so schwer darstellen lassen, weil sie zwar der Realität entstammen, sie aber, die Realität, wohl maßlos überschreiten“.⁷ In den Folgejahren entstehen die anderen Erzählungen des Zyklus um Pavlo, Janno und Jirro, von einer Welt nach zwei Atomkriegen, die zwischen Uniterr und Libroterr geteilt ist. Für Fühmann hatte es reichlich Anlaß für neue Bedrückungen gegeben: So gehört er 1976 zu den Erstunterzeichnern des Protestes von DDR-Künstlern gegen die Ausweisung Wolf Biermanns, in einem persönlichen Schreiben wendet er sich in gleicher Sache zudem an Willi Stoph. Das MfS beginnt die operative Personenkontrolle gegen ihn – Deckname „Filou“ –, es häufen sich Absagen von Lesungen unter fadenscheinigen Begründungen. Vergeblich versucht er den Schriftstellerverband zu bewegen, Sarah Kirsch für den Verbleib in der DDR zu gewinnen, vergeblich protestiert er 1979 gegen den Ausschluß von Heym und anderen aus dem Schriftstellerverband. Sein Offener Brief an Klaus Höpcke, in dem er das Wahrheitsmonopol der Partei zurückweist und Öffentlichkeit einfordert, verschwindet in der Schublade. Gegen die Verhaftung dreier junger Schriftsteller protestiert Fühmann in Schreiben an den Staatssekretär für Kultur und an Erich Honecker. – Die DDR erweist sich für Fühmann immer weniger als Einlösung seiner Hoffnungen auf Menschenwürde und Menschenglück. Das, was für ihn künstlerische Aufgabe und Anspruch ist, muß er mehr und mehr gegen offizielle Kulturpolitik durchsetzen.

Dabei hatte Fühmann nach Kriegsgefangenschaft und Antifa-Schule bewußt das neue Deutschland gewählt, in Abwendung von und Abrechnung mit seiner Vergangenheit in Naziideologie und fa-

schistischem Kriegsdienst. Seine Vorstellung der 50er, sich der sozialistischen Gesellschaftsordnung als dem Anderen zu Auschwitz „mit ausgelöschem Willen als Werkzeug zur Verfügung zu stellen“⁸, wandelte sich zum Wunsch, Mitgestalter des Sozialismus als Gemeinschaft zu sein, in der die freie Entwicklung eines jeden die Vorbedingung der freien Entwicklung aller ist, mit eben dem Beitrag, den nur er leisten könne.⁹ Im großen Trakl-Essay, der in zeitlicher Nähe zu den „Saiäns-Fiktschen“-Erzählungen entsteht, wird dann die Dichtung zur genuinen Äußerungsform des Anderen zu Auschwitz. „Der Konflikt zwischen Dichtung und Doktrin war unvermeidlich; beide waren in mir verwurzelt, und beide nahm ich existenziell. Es war mir ernst mit der Doktrin, hinter der ich noch durch die verzerrtesten Züge das Gesicht der Befreier von Auschwitz sah, und es war mir ernst mit der Dichtung, in der ich jenes Andere ahnte, das den Menschen auch nach Auschwitz nicht aufgab, weil es immer das Andere zu Auschwitz ist. – Ein Ernstnehmen wog das andere auf. – Von ‚Verführung‘ ist da keine Rede; dieses Wort setzt nicht nur die Dichtung, es setzt auch die Doktrin herab – will sagen: das, was hinter ihr steht. Mein Konflikt brach von innen aus, nicht von außen, also war er nicht vermeidbar. Sein Ende ist noch nicht abzusehen.“¹⁰

Drückt diese Sentenz die zunehmende Distanz Fühmanns gegenüber realsozialistischen Zuständen und den sie befestigenden Ideologien und Denkmustern aus, so auch den intellektuellen Ernst, mit dem er künstlerisch produziert und seine Werke rezipiert wissen will. Wohl um nicht als Science-Fiction-Autor des DDR-mainstreams von Unterhaltungsabsicht, Zukunftsvuversicht und Technikgläubigkeit mißverstanden zu werden, auch, um den genretypischen Anforderungen naturwissenschaftlicher Konsistenz und Glaubhaftigkeit zu entgehen (Fühmanns Einleitung berichtet von einer Leserzuschrift zur „Ohnmacht“, die ihn belehrt: das darin enthaltene physikalische Problem sei in einer Weise angepackt worden, die für einen Science-Fiction zu viel Kolportage und für Kolportierendes zu viel Ernst aufweise), wählt Fühmann als Titel des Bandes das Schriftbild der gesprochenen Genrebzeichnung „Saiäns-Fiktschen“ also als bewußt gewählte Verfremdung des Heutigen, als Übersteigerung – um es zu wiederholen – von Bedrängnissen und Nöten, die der Realität entstammen.

II.

Die erste Erzählung wurde schon vorgestellt, wovon handeln die folgenden? In „Der Haufen“ erfährt der Leser zunächst etwas vom gesellschaftlichen Umfeld, in dem das Figurenensemble Janno, Jirro

und Pavlo agiert. Die Wahrhaft Befreite Gesellschaft – sie wird in der dritten Erzählung als Uniterr bezeichnet –, ging aus zwei Atomkriegen hervor und ist die Realisierung der Lehren der Kameraden Klassiker. Gegenwärtig tobt „wieder einmal eine Schlacht des Überzeugens durchs Land, den Idealcharakter der realen Gesellschaft, der im Alltag nicht so offen vor Augen liege, als Realgehalt des sozialen Ideals zu beweisen“¹¹; so soll auch dargestellt werden, daß sich die „Voraussage der Kameraden Klassiker vom Lösen aller überlieferten philosophischen Probleme durch die Wahrhaft Befreite Gesellschaft“¹² erfüllt habe. Dem Diplomkausalitätler Janno ist dabei der antike SORITES zugewiesen, die Frage, wann eine Ansammlung von Einzelnen berechtigerweise als Haufen zu charakterisieren sei. Er verbeißt sich in das Problem und versucht sich einer wirklich inhaltlichen Lösung auf dem Wege empirischer Forschungsarbeit, durch das kontrollierte Zufügen und Wegnehmen von (in Uniterr notorisch knappen) Stahlschrauben, zu nähern. Sein Freund Jirro, als Diplomneutronologe damit befaßt, nicht nachweisbare Teilchen als „das Nicht-nachweisbar-sein-Könnende nicht nachweisen zu können, um solcherart den Triumph der Physik in einer Wahrhaft Befreiten Gesellschaft“¹³ zu bestätigen, rät ihn demgegenüber zu Vorgehensweisen, die auf die Lehren der Kameraden Klassiker Bezug nehmen – so könnte man z.B. prüfen, wann diese den Begriff gebrauchten –; auch sei die Methode des Zirkelschlusses nutzbar. Da Janno sich sperrig zeigt, wird er prinzipiell und warnt ihn davor, „die Ausrichtung allen Denkens auf Vorhergewußtes, weil als heilsam für die Gesellschaft Bewährtes“ zu sprengen. Als Janno trotz eines Institutsappells anlässlich des Besuchs des Kameraden Anführers des Hauptstädtischen Kontrolltrupps seine Laborarbeit nicht unterbricht, kommt es zur Katastrophe: Kontrolltruppführer und Chefphilosoph identifizieren Janno als Schädling; unter der Wirkung von Jirros Bewußtseinsprüfer, der ihn als krank ausweist und seinen „Willen freundlich, die Muskeln müde und das Denken völlig gradlinig stimmt“¹⁴, taumelt er gegen die Kontrolltruppler, die ihre Beta-Brownings gegen ihn einsetzen.

Die dritte und vierte Erzählung („Das Denkmal“, „Die Straße der Perversionen“) berichten von Jirros Aufenthalt in Libroterr, der im Rahmen eines Austauschprogramms möglich geworden war. Libroterr, gemäß der offiziellen uniterrschen

Deutung „die sterbende Hälfte der Welt“, von menschenfeindlichen Charakter und historisch überholt¹⁵, verwirrt Jirro. Libroterr Industrie erzielt Leistungen, die ihn ob ihrer technischen Perfektion, ihrer Zweckmäßigkeit und ihres Komforts überwältigen und denen gegenüber in Uniterr „Kümmerlichkeiten“ hergestellt werden, andererseits ist sie jedoch Realisierungsräum von Wahnideen. Der Sohn des reichen Spielautomatenkönigs von Libroterr kann sich mit der Unmöglichkeit exakter Erfassung der Bewegungen im physikalischen Elementarbereich nicht abfinden; um „das Durcheinanderwirbeln niedrigster Körper in die berechenbare Ordnung mechanischer Verhältnisse“¹⁶ zu überführen, läßt er eine gigantische Fabrik erbauen, „ein Wunderwerk menschlicher Willenskraft“¹⁷. Hier bringt er seine Theorie der Mikromechanik anhand des ungeordneten Naturstoffs Wasser zur Verwirklichung. Glänzend weiß, fensterlos, darin ein Kessel im Durchmesser von zwei Kilometern, über 200 Meter lange abwärtsgerichtete Schornsteine, ein kindskopfgroßes Brillantenrad – dieser letzte Schrei wissenschaftlich-technischen Fortschritts wandelt reines Gebirgswasser um: in eine „graue, schleimige Brühe“, „für menschlichen Genuß und menschliche Nutzung vollkommen unbrauchbar“¹⁸. „ESWERDE ORDNUNG! ESWERDE REINHEIT! DIE WAHRE ÄRA DES ALLS BEGINNT!“¹⁹ lauten die Lösungen zur Einweihung der Bergfabrik in Libroterr, und für Jirro ist sie das Symbol, das Denkmal, auch für die Gesellschaft Uniterrs. – Jirro hatte sich angewöhnt, nach der Tagesarbeit durch Libroerrs Städte zu spazieren, nicht durch die Hauptstraßen mit ihrer aggressiven Fangwerbung und häufigen Paraden und Verbrechen, den Gangstern, Gauern und Prostituierten, sondern auf deren Rückseite, wo die Wohnungen liegen und die Fernseher laufen. Gibt es in Uniterr nur eine Fernsehanstalt, den Einheitssender „Freies Uniterr“, so in Libroterr einige zehntausend, und Jirros Bestreben geht dahin, die für ihn nur akustisch und in vielfältiger Überlagerung wahrnehmbaren Fernsehsendungen zu deuten und analytisch zu ordnen. Zwei Grundmuster schälen sich heraus: „Lust der Gewalt – Gewalt der Lust; oder simpler: Schläger und Schlager“²⁰. Hatten ihn obszöne und brutale Inhalte zunächst erschreckt, nimmt er sie recht bald als selbstverständlich, und nach dem Statement eines librotterschen Arbeitskollegen, daß die „Welt nun einmal pervers (sei); und im übrigen seien sie Physiker“²¹, nennt Jirro

Franz Fühmann (1922-1984) wuchs im sudeutsche-nationalistischen Milieu des böhmischen Riesengebirgsdorfes Rochlitz (tschechisch: Rokytnice) auf. In den Bedrückungen seiner Kindheit zwischen dem autoritärem Vater, der als Apotheker zu den örtlichen Honoratioren gehörte, und seiner frömmelnden Mutter fand er frühzeitig zur Literatur und zu ersten Schreibversuchen. In seiner Schulzeit u.a. Zögling am Jesuitenkonvikt Kalksburg bei Wien, tritt er als 14jähriger dem „Deutschen Turnbund“, der sudetendeutschen Hitlerjugend und nach dem Anschluß Böhmens und Mährens als 16jähriger der Reiter-SA bei. Abitur 1941, als Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes ist Fühmann am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. Wehrmachtssoldat, Ausbildung zum Fernschreiber und Einsatz u.a. in Kiew, Charkow, Athen. In der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Besuch der Antifaschule Noginsk bei Moskau, später auch als Lehrassistent und Lehrer tätig. Fühmann kommt als Antifaschist und im Bewußtsein persönlicher Schuld, als Marxist stalinistischer Prägung 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Er wird Mitarbeiter im NPD-Parteiapparat und dort für die kulturpolitische Arbeit zuständig. Nach Konflikten mit der Parteiführung 1958 Beendigung der Arbeit in der NPD-Zentrale, Tätigkeit als freier Schriftsteller. Frühe lyrische und erzählerische Arbeiten der Abrechnung mit der faschistischen Vergangenheit: *Die Fahrt nach Stalingrad* (Poem), *Kameraden*, *Die Schöpfung*, *König Ödipus*, *Kapitulation* (Novellen). Seit den 60er Jahren u.a. Kinderbücher – *Die Suche nach dem wunderbunten Vögelchen*, *Kabelkran und blauer Peter* –, Nachdichtungen – *Reinecke Fuchs*, *Das Nibelungenlied* – und eigene Bearbeitungen mythischer und klassischer Stoffe: *Prometheus*, *Der Geliebte der Morgenröte*, *Das Ohr des Dionysios*. Nach dem Prager Frühling und dessen Niederschlagung 1968 Suche nach der Neubestimmung seiner künstlerischen Aufgabe und des Platzes von Literatur in der sozialistischen Gesellschaft: *Zweiundzwanzig Tage oder die Hälfte des Lebens*, *Literatur und Kritik*, *Das mythische Element in der Literatur*. Fühmanns zunehmende Kritik an der Kultur- und Gesellschaftspolitik der DDR drückt sich sowohl in seinen vielfältigen (kultur)politischen Interventionen wie auch in seinem essayistischen und literarischen Schaffen – *Bagatelle*, *rundrum positiv* (Erzählungen), *Fräulein Veronika Paulmann aus der Pirnaer Vorstadt oder Etwas über das Schauerliche bei E.T.A. Hoffmann* (Essay), *Saiäns-Fiktschen* (Erzählungszykus) – aus. Im 1982 erschienenen Band *Vor Feuerschlündern* gelingt ihm die darstellerisch überzeugende Verschmelzung seiner persönlichen Wandlungsprozesse mit der Herausarbeitung der Lyrikleistung Trakls und der Auseinandersetzung mit der gesellschafts- und kulturpolitischer Dogmatik des Realsozialismus. Unter dem Titel *Der Sturz des Engels* auch in der Bundesrepublik erschienen, wurde der Trakl-Essay mit dem Geschwister-Scholl-Preis der Stadt München ausgezeichnet. Sein großangelegtes Bergwerksprojekt blieb Fragment (posthum 1992 *Im Berg. Bericht eines Scheiterns*). – Fühmann Erzählungsband *Saiäns-Fiktschen* ist in den Ausgaben des HinstorffVerlags Rostock von 1981, 1983, 1987 sowie in der 1985er Ausgabe des Reclam-Verlags Leipzig antiquarisch zu erwerben über www.zvab.com.

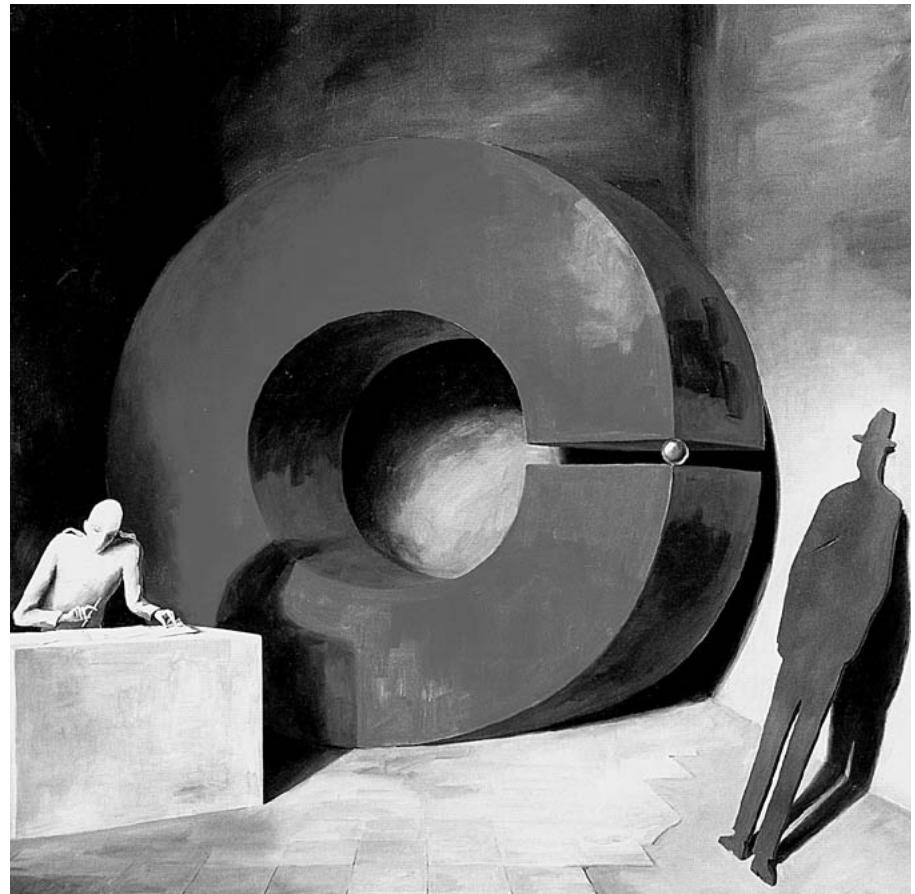
den von ihm bevorzugten Spazierweg „Straße der Perversionen“. Kurz vor dem Termin der Rückreise in wehmütiger Abschiedsstimmung dort unterwegs, kommt ihm der Gedanke, in Librotter zu bleiben, und sogleich hört er – offenbar aus einem Fernseher Librotters – die Stimme der anerkanntesten künstlerisch-politischen Führungskraft Uniterrs: „KAMERAD UND SOLLTE ES JAHRE DAUERN WIR WERDEN SO LANG MIT DIR DISKUTIEREN BIS AUCH DU ÜBERZEUGT WORDEN BIST“²². Für Jirro ist dies „das Ärgste des in dieser Straße Erfahrenen“²³, er erwacht aus der Stunde seiner „ärgsten Verwirrung“, „packt seine Sachen, und ist bereit.“²⁴

In „Das Duell“ wird dem Leser Pavlos Weg zum Trinker, der der „Ohnmacht“ bereits vorausgesetzt ist, nachgereicht; diese längste und komplexeste Erzählung des Zyklus kann hier in der Vielheit ihrer Bezüge nur sehr begrenzt dargestellt werden. Bei seinem Studium der Kausalitätswissenschaften besucht Pavlo auch Geschichtsvorlesungen, und in deren Rahmen findet, kontrolliert vom Obersten Kameradschaftsrat, erstmalig für Uniterr eine historische Okulardeemonstration statt. Die Teilnehmer sehen den Realablauf eines konkreten geschichtlichen Ereignisses: des Duells zwischen einem normannischen Seegräfen und dessen als Bastard unebenbürtigem Sohn Toul, einem Schweinehirten, im Jahre 1409. Verlauf und Ergebnis waren bislang in ihren Fakten nicht dokumentiert; einerseits ist es herrschende Lehrmeinung, daß der Schweinehirt den Kampf gewann und die damaligen Chronisten als Soldschreiber der Herrschen den dies verschwiegen hätten, andererseits steht diese Hypothese im (den Teilnehmern nicht wirklich bewußten) Widerspruch zur offiziellen Geschichtsdoktrin Uniterrs, der Wahrhaft Wahren Geschichte, die besagt, „daß vor der Schaffung der Wahrhaft Befreiten Gesellschaft alles Geschehen nur den Obren diente, nur ihnen zu nutzen und frommen hatte und deshalb in jeder Einzelerscheinung von ihnen im Ablauf vorprogrammiert war“²⁵. Pavlo ist vom Gesehenen überwältigt. Die Konkretheit der Bilder, das Mit- und Gegeneinander von Volksfest und Gewaltexzess, von Schönheit und Häßlichkeit, Herrschaft und Aufruhr beeindrucken ihn tief, er erfährt so die Existenz des Anderen – „daß es möglich war, nicht Uniterr zu sein“²⁶. Als die Übertragung in den Hörsaal auf Weisung des Obersten Kameradschaftsrats abgebrochen wird und der Professor das Gesehene als glänzende Bestätigung von Uniterrs Geschichtswissenschaft darstellt, sagt Pavlo öffentlich „Nein“, und im Glauben, „das Verändern seiner selbst als jähre Möglichkeit zu erkennen, auch Uniterr verändern zu können“²⁷, beantragt er einen Wissenschaftlichen Disput. Der WISDIS wird zur Farce, da der Professor, wissend, „daß nicht das Jagen

nach subjektiver, sondern das Sich-Einordnen in objektive Erkenntnis dem Wissenschaftler Uniterrs ziemte“²⁸, eine Einschätzung des Obersten Kameradschaftsrates vorlegt: Die Okulardeemonstration „sei als glänzendste Bestätigung Wahrhaft Wahrer Geschichtsbetrachtung von schier unermeßlicher Bedeutung: habe sie doch sinnenfällig, un widerleglich und jedermann faßbar die vergangenen finstren Zeiten, die in Uniterr endgültig überwunden, als wahrhaft finster und wahrhaft vergangen und so-

verschwiegen; die Geschichte war so verlaufen, wie die Wahrhaft Wahre Geschichte es rückwirkend ihr vorgeschriven hatte.“²⁹ Pavlo bleibt der Alkohol und schließlich statt Erfindungen Träume vom Erfinden, neben zwei wiederkehrenden Alpträumen – einer davon so „peinlich“³⁰, daß ihn uns der Autor verschweigt.

„Bewußtseinserhebung“ nennt Fühmann doppeldeutig die Geschichte von Jannos Aufnahmetest zum Hochschul-



Wolfgang Lettl, Das Urteil, 1990

mit endgültig überwunden gezeigt.“²⁹ Pavlos Aufbruch in die Veränderung ist blockiert, eine rational-wissenschaftliche Verarbeitung der ihn verwirrenden Eindrücke nicht möglich, im Emotional-Unterbewußten schwärzen sie weiter und bedrängen ihn. Zufällig hört er, wie das Geschehen nach dem Übertragungsabbruch sich fortsetzte: das bewaffnete Volk stürmte das Kampffeld, tötete den Seegräfen, und zog, Toul auf den Schultern und das Banner des Königs entfaltend, „als ob dies ein Banner der Freiheit wäre“³⁰, an der Tribüne vorbei. Pavlo wird zum Trinker, er „trank Schnaps statt Wein und Fusel statt Schnaps, und so von Stufe zu Stufe sinkend, wertete er bald seine philosophischen Kenntnisse aus, geldbringende Dinge zu erfinden“³¹. Nach einiger Zeit vermag er das Gesehene finalistisch verkürzt, inhaltlich entproblematisiert und zugleich selbstanklägerisch nur noch so zu deuten, „daß die Wahrhaft Wahre Geschichte mit ihrer Theorie ja vollständig im Recht war: Der Toul hatte gesiegt und der Chronist es

studium. Diese Prozedur der Gesinnungsprüfung, „vulgär „Gedankenlesen““³⁴ genannt, dient offiziell nur statistischen Zwecken, ihr Bestehen jedoch ist Voraussetzung des „Eintritt(s) in die höhere Führung“³⁵ und damit auch einer Immatrikulation. Janno, der in der Schulzeit im Fach Staatsbewußtseinserüchtigung stets der Beste war, gerät beim Herannahen des Termins in zunehmende Ängste, versagen zu können, und als die Prüfung, ohne daß er dies weiß, bereits begonnen hat, bewahrheiten sich diese: Sein Hirn denkt gegen seinen Willen den Satz „NIEDER MIT UNITERR!“, „und er ist ein Feind seines Vaterlands, des fortgeschrittensten Teils der Erde“³⁶. Nachdem ihm die Situation klargeworden ist, vollzieht Janno – er sitzt allein im grauen Testraum, die Prüfer verfolgen seine Gedankenströme – den Weg von der Lähmung über die Selbstbeziehtigung und das Schuldeingeständnis hin zu Apathie und Geständniswunsch. Die Prüfungskommission anerkennt seine so gezeigte Bereitschaft, „in festem, hingebungsvol-

lem Vertrauen zu einer künftigen straffen Führung durch seine Kameraden Lehrer den inneren Feind restlos auszumerzen“³⁷; er darf studieren mit der Bewährungsaufgabe, „zur Erhellung und also denn auch zu späterem Läutern des Denkens ihm namentlich noch zu benennender Kommilitonen oder anderer Bürger“³⁸ beizutragen. – Janno erkennt dieses Prüfungsergebnis als „Erhebung ... (L.K.: seines) Bewußtseins auf die lichten Höhen wahrhafter Reinheit“³⁹. – „Einer seiner ersten Bewährungsaufträge galt übrigens seinem Vater.“⁴⁰

Die letzte Erzählung des „Saiäns-Fiktschen“-Zyklus, „Pavlos Papierbuch“, ist wohl eine der dichtesten, bittersten und eindringlichsten Stücke Fühmanns. Sie hebt an mit einer Lobpreisung des Buches. Bücher im heutigen Sinne, Papierbücher eben, sind in Uniterr kaum zugänglich, und als Pavlo ein über private Kontakte leihweise Erhaltenes in den Händen hat, erfährt er sinnlich deren Wert als Kulturgut – gegenüber dem technikförmigen Surrogat des Mikrofilms und der Leseckarte sowie den absurd entleerten Inhaltskonzentraten für Kulturrwissensspeicher. Pavlo liest drei Texte, und Fühmann stellt deren Inhalt und seine Gedanken parallel dar. Bei Kafkas „In der Strafkolonie“ erwartet er ein glückliches Ende („Der Reisende und der Soldat überwältigen den Offizier, befreien den Verurteilten und schlagen sich in die Freiheit durch.“⁴¹) und ist am Schluß hoch verwirrt: „Wo wurde denn erklärt, wer gut und wer schlecht war, wer recht und wer unrecht hatte, wem man nacheifern sollte und wen entlarven; wo war ein Fazit, was war bewiesen, was richtiggestellt, was widerlegt?“ „Die Marter der Hoffnung“ ist die nächste Geschichte überschrieben, und Pavlo hofft mit dem alten Juden aus dem mittelalterlichen Saragossa, dem gerade sein morgiger Tod in den Flammen verkündet worden war, daß ihm die nächtliche Flucht aus dem Gefängnis gelänge – aber er muß erkennen, daß der vermeintliche Weg in die Freiheit in die Arme des Großinquisitors führt und damit absichtsvoller Teil der Folter ist. „Erwartungslos“⁴² liest er dann die letzte Geschichte, „Der Nasenstüber“, handelnd in einem „Konzentrationslager des zwanzigsten Jahrhunderts“, „(e)ine Art Summe von Strafkolonie und Inquisitionskerker“⁴³.

Sind „In der Strafkolonie“ und „Die Marter der Hoffnung“ von Fühmann gewissermaßen nacherzählt, so ist „Der Nasenstüber“ in „Pavlos Papierbuch“ ein im strengen Sinne eigener Fühmannscher Text. Die Lager-Thematik hat ihn offenbar intensiv beschäftigt; Christa Wolf berichtet, daß Fühmann „gelegentlich davon (sprach), daß die nächste Zäsur ihn und uns wahrscheinlich in einem Lager ereilen würde, in dem man uns isoliert hätte – eine Erfahrung, die wir noch nicht gemacht

hatten, wohl aber er, nämlich in der Gefangenschaft, und er riet uns dringend, uns einen inneren Vorrat erzählbarer Geschichten anzulegen; der Erzähler werde nämlich in der unendlichen Öde des Lageralltags von den anderen Insassen dafür, daß er ihnen die Zeit verkürze, in der Regel mit Brot belohnt. Dies sei der unwiderleglichste Beweis für die elementare Bedeutung der Literatur, den er kenne.“⁴⁴ Wiederum also Bedrängnisse und Nöte, und sie werden schreibend materialisiert:

Der Häftling Nummer 441825 erhält jeden Morgen vom Scharführer einen Nasenstüber, einen Schlag mit der flachen Hand auf den Nasenrücken. Am 641 Tag winselt er wie ein Hund, der Schlag bleibt aus, und der Häftling meint, nun zu wissen, was von ihm erwartet werde. „Im Lager wurde nichts erklärt. Es wurde so lange geschlagen, bis man begriff, was zu tun war. Einer mußte täglich nach der Mittagssuppe auf dem Kopf stehen und krähen, und er wurde so lange geschlagen, bis er schließlich auch das begriff. Nun hab ich's begriffen, nun ist es zu Ende!“⁴⁵ Am nächsten Morgen winselt er wieder, doch der Scharführer schlägt zu. „Sollte er winseln oder nicht? Er wußte es nicht, und er wagte auch niemanden zu fragen.“⁴⁶ Elf Tage noch dauert es, aus dem Winseln ist ein Röhren geworden und der Scharführer schlägt elfmal zu, und Häftling 441825 ist im Wahnsinn. Er wird mit einer Hacke von 375288 getötet. – Die Schlußsequenz von „Pavlos Papierbuch“ und „Saiäns-Fiktschen“ sei ihrer Prägnanz wegen zitiert:

„Und dann stand da: ENDE; Pavlo las: „Ende“, und langsam, wie nach einem Schlag in die Magengrube, ein dumpfes Durchdringen von Leib und Seele, begann Pavlo zu begreifen, und er sagte: „Unsren täglichen Schlag –“

Plötzlich entsann er sich eines Satzes zum Ende der ersten Erzählung, über den er achtlos hingesehen und von dem er nun wußte, daß er ihn brauche, um zu verstehen. Er blätterte das Buch zurück, und als ob jenes Wort auf ihn gewartet, sprang es ihn aus den Zeilen an: ... es war armes, gedemütigtes Volk.“

Pavlo klappte das Buch zu, vor dem Zellenfenster violettes Glühen. Uniterr sandte seine Botschaft ins All.

„Unsren täglichen Schlag gebt uns heute –“, sagte Pavlo. Er wußte nicht, was er sagte, doch er sagte das so.

Dann trank er.“⁴⁷

„Ich werde kaum etwas einwenden können, wenn man diese Geschichten als monströs bezeichnet“⁴⁸, hatte Fühmann in seiner Einleitung in den Band geschrieben, und doch gewisse Deutungshinweise gegeben: „Die Welt dieser Geschichten ist irreale Endzeit, Summe und Konsequenz all des Negativen, das die sich bildenden Menschheit entäußert; aber alle diese Ende haben auch ihre Anfänge gehabt, und es sollte gelten, denen

zu wehren, vor allem da, wo alles anfängt: im persönlichen Bereich.“⁴⁹ – „Sie sind, diese Geschichten, insgesamt Schlüssepunkte, im Bereich gestockter Widersprüche, wo Stagnation als Triebkraft auftritt. – Entwicklung als Entwicklungslosigkeit.“⁵⁰

III.

Fühmanns „Saiäns-Fiktschen“-Zyklus fand in der DDR eine deutlich stärkere Nachfrage als z.B. seine Essaybände zu E.T.A. Hoffmann und Trakl. Die erste Auflage war schnell vergriffen, bereits 1983 erschien er bei Hinstorff in der zweiten und 1987 dann in der dritten Auflage, 1985 gab es zudem eine Reclam-Ausgabe. Auch die Resonanz bei Lesungen in der DDR sprach für eine interessierte, lebhafte Aufnahme, und insbesondere unter jüngeren Germanisten und Literaturwissenschaftlern wurde der Fakt der Veröffentlichung und die Frage, wie diese Geschichten zu verstehen seien, informell rege diskutiert. Man wird davon ausgehen können, daß bei allen verschiedenartigen Interpretationen, für die die Fühmannschen Erzählungen offen sind, der Bezug auf die DDR-Realität zentral war. Ihn zu ignorieren, wäre schlechterdings unmöglich gewesen, trat er dem Leser ja bereits in der Oberflächengestalt der Texte entgegen – in den oft nur kurzen Verweisen auf Uniterrs Mangelwirtschaft und die Tausch- und Kompensationsaktivitäten der Figuren, in den satirisch überhöhten Anspielungen auf Kampagnentum, propagandistische Schönfärberei und erstarnte Rituale. Fühmanns Bild einer Zukunft, in der die Menschen zu bloßen Objekten der Macht degradiert sind und deren permanenter Kontrolle unterliegen, in der Wissenschaft nur noch der Bestätigung des Vorbekannten und der ideologischen Legitimation von Herrschaft dient, in der subtler Terror im Namen der guten Ordnung das Menschsein zerstört, aktivierte und bekräftigte die humanen Grundüberzeugungen der Leser, es schärfe den Blick auf eine Gegenwart, in der viele Züge der Vergangenheit Uniterrs als angelegt, wenn nicht schon vorhanden erkannt werden konnten. Eigene Erfahrungen vom Verlust sinnhafter Handlungsoptionen in als entfremdet erlebten politischen Alltagsvorgängen, von notwendig erscheinender Einordnung in absurde Politik-Mechanismen und -Inszenierungen wurden literarisch bekräftigt und so in ihrer Verunsicherung und Irritation festgehalten. Verdrängung, Affirmation und Apologetik waren damit der Weg versperrt, vielmehr wurde das Grundgefühl, daß es nicht so bleiben könne, bestärkt. In dieser Entwicklung von Reflektionsfähigkeit und Kritikbereitschaft trifft sich Fühmann mit vielen Literaten der späten DDR, erinnert sei nur an Volker Braun, Christa Wolf und Heiner Müller.

In der von Fühmann gewählten Form der schwarzen Utopie wurde die Frage nach dem gesellschaftlichen ‚Wie heraus‘

dem Leser überantwortet. Die Formel von den gestockten Widersprüchen enthielt für den mit der marxistischen Dialektik vertrauten Rezipienten implizit eine Suchrichtung: Beide Seiten sozialer Widersprüche, die im blockierenden Gegeneinander erstarrt und degeneriert sind, bedürfen zur produktiven Gesamtbewegung wie zur eigenständigen Entfaltung der wechselseitigen Vermittlung – deren allgemeiner Begriff für die Gegensätze des Sozialismus von Staat und Gesellschaft, von Partei und Klasse, von Gemeinschaft und Individuum ist Demokratie. Wer also könnte das Subjekt einer demokratischen Veränderung sein? Die Partei oder Teile von ihr? Politische Akteure, die sich außerhalb der gegebenen Machtstrukturen bilden? Oder zwingt der notwendige ökonomische Fortschritt Demokratisierungsschritte gewissermaßen indirekt herbei? Im Anschluß an Fühmanns Erzählungsband sind solche Fragen von einigen, zumeist jüngeren Philosophen und Sozialwissenschaftlern in informellen Zusammenhängen durchaus debattiert worden, angesichts der fehlenden übergreifenden Perspektive gesellschaftlicher Neuförmierung blieben sie jedoch ohne stringenten inhaltlichen Ausarbeitung und Antwort.

Auch für Fühmann war im unmittelbar Gegebenen kein ‚Wohin‘ erkennbar. Libroterr ist in seiner Kultivierung des Perversen und der fehlenden Rückbindung wirtschaftlicher Freiheit an menschengemäße Zwecke kein positives Zukunftsbild. Eine Alternative zu Uniterr wie zu Libroterr, das erstrebenswerte und mögliche Dritte, konnte die Gegenwart nicht bieten. In dieser von Fühmann tragisch empfundenen Leerstelle reflektiert sich die weltpolitische Situation Anfangs der 80er Jahre, als in einer neuen Runde des Wettrüstens die globalen Systeme von Sozialismus und Kapitalismus sich in ihrem jeweiligen So-Sein bloß bestätigten. Seiner Forderung wie begrenzten Hoffnung, darüber hinaus zu kommen, gab er bei der „*Berliner Begegnung zur Friedensförderung*“ 1981 Ausdruck. „(W)as sich organisiert hat, sind ... Machtgebilde der Blöcke und Lager, die heute die Menschheit nicht zuletzt dadurch zertrennen, daß sie sich als einzig denkbare Modell ... betrachten. Das ungeborene Tradieren einer Ausschließlichkeitshaltung, die den Weg zur Konstituierung der Menschheit letztlich im Untergang des Anderen sieht, statt die Zukunft als Synthese zweier Widerspruchspole, also als ein Neues zu fassen, bietet wenig Hoffnung auf jenes Retten-de, das in dem Maße wächst, in dem die Gefahr wächst.“⁵¹

Erst nach Fühmanns Tod 1984 kam der die Blockierungen aufbrechende Impuls – Gorbatschows Neues Denken ordnete auch in der DDR die politischen Konstellationen und kritischen Debatten neu. Im zentralen Stellenwert, den die Demokratisierung in den Forderungen

der Bevölkerung wie den gesellschaftskonzeptionellen Überlegungen der Oppositions- und Reformkräfte 1989 einnahm, war auch Fühmanns allgemeiner Gedanke des Gewinnens humaner Zukunft aufgehoben.

So finden in den Formulierungen des Gründungsauftrags des NEUEN FORUM „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. ... Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben.“⁵² die ‚gestockten Widersprüche‘ ihre Konkretion. Die Heuersche Polemik in „Marxismus und Demokratie“ gegen die Identitätsdoktrin Polaks weist gerade die Vorstellung der widerspruchslosen Einheit von Gesellschaft, Staat, Recht, Individuum zurück, Sozialismus wird hier nunmehr gedacht als politische Demokratie, in der die Widersprüche gesellschaftlichen Eigentums ihre produktive Vermittlung finden.⁵³ Wie als sozialwissenschaftliche Reformulierung von Fühmanns Uniterr-Alutraum lesen sich Passagen aus den Materialien des Forschungsprojekts „Moderner Sozialismus“ zu Theorie und Realität des überlebten Sozialismusmodells: „Es wurde die These vom absoluten Monismus sozialistischer politischer Macht entwickelt. Die ‚bedingungs- und vorbehaltlose‘ Unterordnung unter staatlich vorgegebene Ziele, die einfache Übernahme vorgedachter Erkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge, das Mitwirken und Teilnehmen an der Durchsetzung zentral und ohne gesellschaftlich breite Diskussion gefaßter Beschlüsse wurden oftmals zum Wesen der demokratischen Mitwirkung erklärt. Bewußtheit als geistige Realisierungsform derart begriffenen sozialistischen Eigentums und sozialistischer politischer Macht mußte in dieser Konzeption zwangsläufig als Einsicht der zentralen Repräsentanten gesamtgesellschaftlicher Prozesse in deren Gesetzmäßigkeiten begriffen werden. Das ‚Hineinragen‘ dieser Bewußtheit in die Massen durch eine Avantgarde wurde zur Grundform der Entwicklung der Bewußtheit erklärt.“⁵⁴ Auch in den konzeptionellen Überlegungen des Projekts klingen Gedankengänge Fühmanns mit; im Anspruch, Emanzipation und Moderne zu verbinden, rekurrieren sie u.a. auf die notwendige Verselbständigung der gesellschaftlichen Teilbereiche von Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und deren interne Strukturierung gemäß des je besonderen Wettbewerbsmodus. Die Rückbindung ihrer Entwicklung an die Lebensbedürfnisse der Individuen sei über ein vielgestaltiges System von Institutionen der Interessenartikulation und -durchsetzung zu leisten; ein neuer Sozialismus wäre dadurch charakterisiert, daß die argumentativ erarbeiteten Inhalte von Kultur gegenüber den politischen

und ökonomischen Handlungs- und Evolutionszusammenhängen – ohne deren subsystemspezifische Eigenheiten zu brechen – Dominanz gewinnen, das kulturelle System in diesem Sinne zum evolutionär führenden werde.⁵⁵ Mit den hier genannten Beispielen sei nicht gesagt, daß die politische Bewegung und die theoretische Suche in der späten DDR nichts als eine Fühmann-Rezeption wäre, wohl aber, daß es inhaltliche Affinitäten und Kongruenzen gab – wie wohl immer bei Kunst und Literatur, die über den Tag hinausreicht.

IV.

Wie weit über den Tag hinaus aber reicht Fühmanns „Saiäns-Fiktschen“? Hat der Band uns heute, über zwanzig Jahre nach seinem Erscheinen – und für das Heute anderer gesellschaftlicher Verhältnisse – noch etwas zu sagen? Dies mögen in erster Linie diejenigen Leser beantworten, die ihn neu für sich entdecken (und als Einladung dazu ist dieser Beitrag zu „out of this world 3“ durchaus auch gedacht). Über die hier vorgestellte historisierende Deutung⁵⁶ hinaus haben die Fühmannschen Erzählungen m.E. zunächst Bestand als literarisch anspruchsvolle Darstellung von eben existenziell erfahrenen Bedrängnissen und Nöten. Sie entspringen aktuell gewiß anderen Konstellationen als in der DDR der 70er Jahre, das Erleben aber von abstrusen Mechanismen der Einordnung in institutionelle Zwänge, der ohnmächtigen Unterwerfung unter zumeist anonyme ökonomische Mächte, der Exklusion aus sinnvollen gesellschaftlichen Bezügen gibt es gegenwärtig zuhauf; und es bleibt immer die Frage, wie man da hindurchkommt und als welcher man da schließlich herauskommt. Sicherlich kann auch Fühmann, ähnlich wie Orwell mit „1984“, den Blick schärfen für totalitaristische Tendenzen der Gegenwart, sei es die Verquickung von Politik und Medienherrschaft im Italien Berlusconis oder die Versuche in den USA, öffentliche Kritik am Irak-Krieg zu unterbinden. Und vielleicht hält die Bekanntschaft mit den monströsen Zukunftsbildern von Uniterr und Libroterr bei manchem das Bewußtsein offen für die Notwendigkeit eines neuen Dritten als menschengemäße Utopie von Gesellschaft jenseits von Vermachung und Vermarktung – wie für das Bemühen, es mit herbeizudenken und mit herbeizuleben.

1 Franz Fühmann: *Saiäns-Fiktschen*. Erzählungen, Rostock 1981 (im weiteren: SF), S. 26.

2 Ebenda, S. 16.

3 Ebenda, S. 35.

4 Ebenda, S. 37.

5 Ebenda, S. 5.

6 Vgl.: „Ich bin nicht in allem ein orthodoxer Freudianer.“ – Franz Fühmann im Gespräch mit Berliner Lehrerinnen und Lehrern: www.dickinson.edu/departments/germn/glossen/heft4/fuehmanngespraech.html

7 SF, S. 6.

8 Franz Fühmann: *Zweiundzwanzig Tage oder*

- Die Hälfte des Lebens, Neuauflage Rostock 1999, S. 190.
- 9 Vgl.: ebenda.
- 10 Franz Fühmann: Vor Feuerschlünden. Erfahrungen mit Georg Trakls Gedicht, Rostock 1982, S. 209.
- 11 SF, S. 39/40.
- 12 Ebenda, S. 40.
- 13 Ebenda S. 59.
- 14 Ebenda, S. 62.
- 15 Ebenda, S. 76.
- 16 Ebenda, S. 69.
- 17 Ebenda, S. 73.
- 18 Ebenda, S. 79.
- 19 Ebenda.
- 20 Ebenda, S. 84.
- 21 Ebenda, S. 86.
- 22 Ebenda, S. 90.
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda.
- 25 Ebenda, S. 99.
- 26 Ebenda, S. 100.
- 27 Ebenda, S. 111.
- 28 Ebenda, S. 118.
- 29 Ebenda, S. 122.
- 30 Ebenda, S. 125.
- 31 Ebenda, S. 127.
- 32 Ebenda, S. 129
- 33 Ebenda.
- 34 Ebenda, S. 130.
- 35 Ebenda.
- 36 Ebenda, S. 150.
- 37 Ebenda, S. 159.
- 38 Ebenda, S. 159/160.
- 39 Ebenda, S. 160.
- 40 Ebenda.
- 41 Ebenda, S. 168.
- 42 Ebenda, S. 175.
- 43 Ebenda, S. 176.
- 44 Christa Wolf: Nachwort, in: Christa Wolf, Franz Fühmann: Monsieur – wir finden uns wieder. Briefe 1968–1984, Berlin 1998, S. 162/163.
- 45 Ebenda, S. 178.
- 46 Ebenda, S. 179.
- 47 Ebenda, S. 181.
- 48 Ebenda, S. 7.
- 49 Ebenda, S. 6.
- 50 Ebenda, S. 7.
- 51 Franz Fühmann: Essays, Gespräche, Aufsätze 1964–1981, Rostock 1983, S. 511.
- 52 Aufbruch 89 – NEUES FORUM, in: Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989, S. 18.
- 53 Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie, Berlin 1989. Vgl. dazu und zum Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ (FN 54, 55):
- Lutz Kirschner: Gesellschaftskonzeptionelle Vorstellungen der SED-Reformer in den 80er Jahren, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S. 477–494.
- 54 Michael Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Thesen in der Diskussion, in: Forschungsprojekt „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“: Materialien der Eröffnungsberatung November 1988, Humboldt-Universität zu Berlin 1989, S. 48/49.
- 55 Siehe insbesondere: Hans-Peter Krüger: Die kapitalistische Gesellschaft als die erste moderne Gesellschaft, in: ebenda, S. 94–123.
- 56 Anregungen verdanke ich insbesondere: Hans Richter: Franz Fühmann. Ein deutsches Dichterleben – Biographie, Berlin 2001; Jürgen Krätscher: Vom „Stocken des Widerspruchs“ oder etwas über die Erfahrung der Herr-und-Knecht-Dialektik bei Franz Fühmann, in: Berliner Debatte INITIAL 12 (2001) 4, S. 43–51; Jens Ebert: Saiäns Fiktschen statt Science-fiction: Franz Fühmann, in: Hans Esselborn (Hg.): Utopie, Antitopie und Science Fiction im deutschsprachigen Roman des 20. Jahrhunderts, Würzburg 2003, S. 150–156.

Rosa Luxemburg Stiftung



„Wir müssen uns alle zurückkaufen“

Out of this World: Zum dritten Mal Science-Fiction, Politik & Utopie in Bremen

„Es ist wenig bekannt, dass ‚Empire‘ von Negri/Hardt ursprünglich noch 500 Seiten länger war – auf denen genau beschrieben wurde, wie man den Kapitalismus wirklich los wird und was alle dabei zu tun haben. Leider gingen diese Seiten durch einen bedauerlichen Unfall verloren, so dass für den Schluss nur der Verweis auf das gute alte Weltproletariat übrig blieb, das man jetzt ‚Multitude‘ nennt.“ Wo erfährt man solche bizarren „Enthüllungen“? Natürlich auf dem Kongress „Out of this world – Science-Fiction, Politik und Utopie“, der vom 27. bis 29. Juni bereits zum dritten Mal in Bremen stattfand!

Die enge Beziehung zwischen gesellschaftlichen Utopien und Popkultur, die den roten Faden von „ootw“ bildet, war diesmal besonders augenfällig. Adé Odukoya von den „Brothers Keepers“,

Dachorganisation afrodeutscher KünstlerInnen, schilderte den Werdegang und die Arbeit seiner Organisation, nachdem er ein Musikvideo gezeigt hatte, das Rassismus durch vertauschte Rollen sichtbar macht: Ein junger weißer Mann bewegt sich durch ein „schwarzes“ Deutschland – zwischen Polizeikontrollen und Menschen, die einem das Wechselgeld lieber nicht in die Hand geben möchten. Auf dem Sonntags-Panel zu „Matrix Reloaded“ wurde ausgiebig beratschlagt, wie die Fortsetzung des Action-Blockbusters die historischen Möglichkeiten politischen Widerstands diskutiert: Ist die revolutionäre Organisation (ja, so was gibt es im Science-Fiction-Kino!) nur ein Kniff des Herrschaftssystems, um Widerstand zu bündeln und dadurch leichter wieder vernichten zu können – in einer historischen Endlosschleife? Oder führt die Geschichte der Niederlagen letztlich doch zum Sieg, weil auf Erfahrungen und Veränderungen aufgebaut werden kann? Ob wiederum das Erstarken patriarchaler Bildwelten und Handlungsmuster in gängigen Science-Fiction-Serien ein Ausdruck dafür ist, dass die uto-pistische Kraft des Feminismus eben auch im Gesellschaftlichen derzeit etwas erlahmt ist, war – üppig bebildert mit Filmausschnitten – Thema von Alexandra Rainer und Nadja Sennewald in der Sektion zu „Gender Fiction“.

Das thematische Feld des Kongresses ist erneut breiter geworden: von der Phantastik in der afrikanischen Gegenwartsliteratur bis zur angelsächsischen Horror-Literatur, von Star Trek bis zu Joseph Beuys. Wem das alles zu blumig war, der konnte sich einem sehr konkreten und kollektiv erarbeiteten Workshop zu Utopien in der Arbeitswelt („Work fiction“) unterziehen.

Das klingt unzusammenhängender, als es ist. Das Thema des Horror-Referrats, das Verdrängen und Wieder-Sichtbarmachen realer gesellschaftlicher Gewalt, hallte als ganz realer Horror im Brothers-Keepers-Vortrag wider, deren Gründung auf den rassistischen Mord an dem Mosambiquaner Alberto Adriano zurückgeht. Die schmerzliche Erkenntnis Franz Fühmanns, dass man sich dem Sozialismus nicht einfach „zur Verfügung stellen“ kann, sondern ihn in meist mühsamen Prozessen selber machen muss (in Lutz Kirschners kleinem, aber feinem Workshop zu Fühmanns „Saiäns-Fiktschen“-Erzählungen), nahm in überraschender Weise das Thema des Videos auf, das zu Beginn des Kongresses gezeigt wurde. „The p-files, Folge 1“ (wieder eine Eigenproduktion des Bremer Luxemburg-Clubs, in der eben auch Hardt und Negri „auftreten“), setzt sich schräg und lästerlich mit ökonomischen Fragen und linker Theorie-Verliebtheit auseinander, um zum Schluss zu kommen, dass die mühsame Arbeit der Wiederaneignung angesagt ist: „Wir müssen uns alle zurückkaufen.“

Die TeilnehmerInnen beklagten die späte Bewerbung des Kongresses, wünschten sich aber ansonsten unumwunden eine Fortsetzung mit „ootw4“ im nächsten Jahr. Dem schloss sich auch Science-Fiction-Autor Marcus Hammerschmitt, einer der Stammgäste des Kongresses, in seinem lebenswerten Teileopolis-Artikel zum Kongress an („Zukunftsschaffende wie du und ich“ in Teileopolis, 1.7.2003). Oder, wie Bodo Palmer von transfiction.trek.net aus Frankfurt es zum Abschluss formuliert hatte: „Wir haben da eine fette Entwicklung am Start.“

Christoph Spehr
www.outofthisworld.de



**1. September
Antikriegstag
bundesweit
Demonstrationen
und
Kundgebungen**

1.-5. September, Bielefeld: *Grundlinien einer alternativen Wirtschaftspolitik.* ver.di-Bundesschule in Bielefeld, Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, u.a. mit Hermann Bömer, Heinz J. Bontrup, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid, Wilfried Kurtzke, Mario Leonhardt, Norbert Reuter, Ingo Schmidt, Margit Schratzenstaller, Klaus Steinitz, Axel Troost und Joachim Trube, Info: Tel. 0421/9414480. www.memo.uni-bremen.de memorandum@t-online.de

5. bis 7. September, Leipzig: Parteireformkonferenz der PDS

12.- 13. September, Frankfurt a.M.: Spur der Gewalt: 30. Jahrestag des Pinochet-Putsches.

Historisch-politische Konferenz, unterstützt vom DGB-Landesbezirk Hessen/Türingen. Ort: Gewerkschaftshaus. U.a. spricht Horst Schmitthenner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, über die Bedeutung der internationalen Solidarität für die Politik der Gewerkschaften. Referate von Maria Rojas (Havanna) und Dieter Boris (Marburg) zur Entwicklung der sozialen Kämpfe in Lateinamerika seit 1973. Referat von Holger Gorr (Frankfurt) über die Jahre 1973 bis 1975 als Epochenzäsur, auch aus tarifpolitischer Sicht. Außerdem wird Dieter Hooge, ehem. DGB-Landesbezirksvorsitzender, am 11.9., dem Jahrestag des Putsches, um 18 Uhr im Rahmen einer Kundgebung auf dem Opernplatz sprechen. 19 Uhr Vortrag von Bischof Helmut Frenz in der Katharinenkirche. Anmeldung: Verwaltungsstelle Frankfurt der NGG, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main.

20. / 21. September, Kassel: *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft*

21. September, Bayern: *Landtagswahl*

27. September, Berlin: *Freier Handel mit Bildung?* Internationaler Workshop zu GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der sich mit dem Thema „GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme“ beschäftigen wird. Er findet am 27. September 2003 im Konferenzsaal der Stiftung in 10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe Ostbahnhof), statt und wird gemeinsam mit Helle Panke e.V. durchgeführt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Feleknas Uca (Mitglied des Europäischen Parlaments), Prof.Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel, Verfasser mehrerer Gutachten), Ulrich Thöne (Vorsitzender des GEW-Landesvorstandes Berlin), Jürgen Klausenitzer (Bildungökonom und Publizist, Frankfurt / Main), Nico Hirtt (Herausgeber und Chefredakteur der belgischen Zeitschrift „Die demokratische Schule“), Horst Bethge (Sprecher der AG Bildungspolitik bei der PDS, Hamburg), Dr. Andreas Keller (FU Berlin), Prof.Dr. Christa Uhlig (Mitherausgeberin des Jahrbuches für Pädagogik 2002, Berlin). Für Rückfragen steht Volker Eichstedt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, zur Verfügung. Tel.: 030 / 44 310 150. Um frühzeitige Anmeldung wird gebeten.

10.-12. Oktober, Universität München. *Making History - Tagung zu Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft.* Veranstaltet vom Arbeitskreis Kritische Geschichte in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Sozialgeschichte, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, AStA der Universität München, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Fachschaft Geschichte der Universität München. Näheres: www.kritische-geschichte.de.

11. Oktober, Fulda: *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: Bahnhof Fulda, Konferenzraum Nr. 5, 10.30 Uhr

12. Oktober, Hannover: *20. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall*

18. Oktober, Berlin: *ver.di-Bundeskongress*

25./26. Oktober, Chemnitz: *Programmparteitag der PDS*

26. Oktober, Brandenburg: *Kommunalwahlen*

12. bis 15. November, Paris: *Zweites Europäisches Sozialforum* in Paris und Saint-Denis sowie in den beiden benachbarten Städten Bobigny und Ivry

1./2. Dezember, Leipzig: *CDU-Parteitag*

5./6. Dezember, Berlin: *9. Kongress „Armut und Gesundheit“* mit dem Schwerpunktthema „Strategien der Gesundheitsförderung“. In der Einladung heißt es: Armut macht krank! Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm. Damit trägt jeder zehnte Mensch erhöhte gesundheitliche Risiken: Arme Menschen haben eine etwa sieben Jahre kürzere Lebenserwartung. Die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein, ist für sie mindestens doppelt so hoch wie bei reichen Menschen. Doch auch arme Menschen haben Rechte und Chancen zu Gesundheit: Sie müssen gestärkt werden in ihren Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und Gesundheit zu fördern, dort wo sie konkret leben. Sie brauchen Hilfe und Zugänge, um ihre eigenen Gesundheitspotenziale entfalten zu können!

Der 9. Kongress Armut und Gesundheit steht unter dem Motto „Strategien der Gesundheitsförderung - Wie kann die Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebenslagen nachhaltig verbessert werden?“. Auf dem Kongress werden erfolgreiche Konzepte, die in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt wurden, vorgestellt und auf die Möglichkeit einer breiteren Anwendbarkeit hin untersucht. Insbesondere sollen Ansätze und Ideen formuliert werden für ...

- Strategien der Gesundheitsförderung zum Abbau sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen,
- Zielgenauigkeit kurativer Versorgungsansätze,
- Ansätze für eine integrative, sozial orientierte Gesamtpolitik.

2.-4. Januar, Sondershausen: *Linke Schule* der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. Anreise am 1.1. abends, Ende 4.1. mittags.

30./31. Januar 2004, Berlin: *Europawahlparteitag der PDS*

7. Februar 2004, Fulda: *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: DGB Jugendbildungsstätte, 10.30 Uhr

3./4. April 2004, Fulda: *Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

10./11. Mai 2004, Bonn: *Nationaler Städtebaukongress*

13. Juni 2004: *Europawahl; Baden-Württemberg, Kommunalwahl*

JETZT ANMELDEN

**JAHRES-
TAGUNG
2003**

**Samstag, 22.11.2003
DÜSSELDORF**

**Globalisierung
ohne Alternative?**

**Die Welt im Griff
der Konzerne.
Am Beispiel des BAYER-Konzerns.**

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 · Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Informationen
abfordern, jetzt!

CBG